

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechspaltige Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 10. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Russische Zollwehre.

Herr v. Witte, der Finanzgewaltige Russlands, liebt es in seiner Werthschätzung deutscher Regierungskunst hin und wieder seinen verehrten Kollegen auf den deutschen Ministerbänken einen Posten zu spielen. Als vor einigen Monaten konservative Organe von einer geheimen Verständigung zwischen der deutschen und russischen Regierung über die deutschen Getreide-Zollerhöhungen und von einer Rückzahlung als Entschädigung zugestandenem Erleichterung seiner Petroleum-Einfuhr in das deutsche Zollgebiet zu berichten wußten, antwortete Herr v. Witte mit einer Meinungsäußerung über die deutsche Zolltarif-Politik, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ; und jetzt, wo wieder allerlei zur Verhütung der deutschen Exportindustriellen bestimmte und auf dem Wege über London weiterverbreitete Gerüchte von einem zwischen Berlin und Petersburg bestehenden Einverständnis aufstauen, bemüht er nochmals die Gelegenheit, seine (d. h. die russische) Stellungnahme zu den deutschen Zollprojekten zu präzisieren. Allerdings in der Form ist seine Äußerung, die von dem Petersburger „Wjestnik finansow“ veröffentlicht und von dem Wostschischen Telegraphenbureau verbreitet wird, diesmal entschieden höflicher. Fast scheint es, als hätte der russische Finanzminister ein Einlenken der deutschen Regierung in andre Bahnen noch immer nicht für ausgeschlossen und lege sich deshalb, wenigstens, was die Fassung des Schriftstückes anbelangt, eine gewisse Reserve auf. Vielleicht auch rechnet er auf einen Einspruch der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie gegen die agrarischen Zollforderungen, wenn diese sich erst vor die Alternative gestellt sieht, entweder auf das enge Bündnis mit den Agrariern zu verzichten, oder sich auf den Verlust eines bedeutenden Teils ihres russischen Absatzgebietes gefaßt zu machen. So beginnt denn der Artikel des „Wjestnik finansow“ mit einer einleitenden Erklärung, daß jede Regierung in der Fürsorge für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Staatsangehörigen unabhängig sei, und daß es der russischen Regierung ebenso wenig einstele, sich in die innere Politik fremder Regierungen mischen zu wollen, wie sie geneigt sei, sich eine Einmischung dieser in die wirtschaftlichen Verhältnisse Russlands gefallen zu lassen, wenn es auch im gemeinsamen Interesse läge, zu einem gegenseitigen „modus vivendi“ zu gelangen. Dann aber heißt es weiter in deutlicher Charakterisierung der beiderseitigen Stellung:

„Was die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland anbelangt, so sind zwei Wege möglich: 1. Beibehaltung der jetzt bestehenden Tarife, also Verlängerung des jetzigen Handelsvertrages auf eine im voraus festgesetzte Zeit; oder 2. Uebergang zu andern Zolltarifen, deren Säze unabhängig von den gegenseitigen Interessen der Staaten, welche den Vertrag geschlossen haben, festgesetzt werden und nur das heimische Bedürfnis zur Grundlage haben würden, die verschiedenen Industriezweige jedes Landes gegen die auswärtige Konkurrenz absondelt zu schützen.“

Diesen zweiten Weg wird Russland notwendigerweise betreten müssen, wenn der deutsche Zolltarifenwurf, welcher auf dem Princip des nationalen Egoismus beruht, angenommen wird. Im Jahre 1894 hat sich die russische Regierung dazu verstanden, den Zolltarif zu Gunsten Deutschlands beträchtlich herabzusetzen, einzig, weil Deutschland ihren Ackerbauprodukten gleiche Vorteile einräumte. Die russische Regierung hielt es damals für möglich, der russischen Industrie geringeren Schutz zu gewähren zu Gunsten des vom deutschen Markt abhängenden Ackerbaues. Wenn die deutsche Regierung es heute für nötig hält, in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedürfnisse ihres Landes die russische Einfuhr der ihr bis jetzt eingeräumten Vorteile zu berauben und die Zölle erhöht, so wird die russische Regierung ebenfalls im nationalen wirtschaftlichen Interesse keinen Nachteil ausgleichen müssen. Dies läßt sich dadurch erreichen, daß unser Tarifen je nach den Bedürfnissen der russischen Industrie besser angepaßt wird. Es würden in diesem Falle die Zölle wieder auf die Säze des Tarifs von 1891 gebracht und sogar für gewisse Gegenstände, welche eine kompliziertere Arbeit verlangen, noch mehr erhöht werden. Das würde zu einer ganz wesentlichen Abänderung einer ganzen Reihe von Artikeln unseres Tarifs führen. Bei dieser Sachlage würden Deutschland und Russland Zolltarife haben, welche den Bedürfnissen eines jeden Landes genügend entsprechen, und zwischen beiden Ländern könnte ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, welcher keine wechselseitige Herabsetzung irgend welcher Zölle festsetze, sondern beiden Ländern das Meistbegünstigungsrecht sichern würde.“

Was unter der Bemerkung, daß die russische Regierung ihren Zolltarif den jetzigen Bedürfnissen der russischen Industrie besser anpassen werde, zu verstehen ist, das ist nicht zweifelhaft und überdies erst vor wenigen Tagen von der offiziellen „Petersburger Wjedomosti“ in einem längeren Artikel dargelegt worden, in dem es heißt:

Die letzte Pariser Ausstellung hat die Welt belehrt, daß die deutsche Maschinenindustrie gegenwärtig unübertroffen in Europa dasteht. Doch die amerikanischen Trusts bringen es fertig, die Maschinen zu noch billigeren Preisen abzugeben, als die deutschen Fabriken es thun. Die Seefrachten sind ohnehin nicht hoch und können durch irgend ein Abkommen mit einer Dampfergesellschaft zu noch niedrigeren Säzen leicht führen. Der amerikanische Maschinenmarkt wäre vollkommen im Stande, den russischen Bedarf durch Eröffnung verschiedener Depots zu decken, und Russland könnte sich nach dieser Richtung hin — nicht aggressiv, sondern defensiv — vom deutschen Druck emanzipieren. Wir nehmen jedoch an, daß die ruhig und verständlich denkenden Elemente in Deutschland es nicht dahin kommen lassen, da der Verlust des russischen Absatzmarktes für deutsche Maschinen eine schwere wirtschaftliche und sociale Krisis dort heraufbeschwören könnte. Russland hält aber als Konsument einen Trumpf in der Hand,

den es nicht fahren lassen, sondern gerade ausnutzen sollte für den Fall, daß der Nachbar ihm den Absatz von Rohprodukten gar zu sehr erschweren könnte.

Die Absicht geht also dahin, die Schädigung der russischen Getreide-Einfuhr in Deutschland durch einen Schlag gegen die deutsche Eisen- und Maschinenausfuhr zu vergrößern; vom russischen Interessentstandpunkt der naheliegendste Gedanke, denn keine der deutschen Industrien hat auch nur annähernd einen gleichen Vorteil von dem deutsch-russischen Handelsvertrag gehabt, wie die Eisen- und Maschinenbranche. Stellt man die Ausfuhr nach Russland im Jahre 1892 der Ausfuhr der beiden letzten Jahre gegenüber, ergeben sich folgende Steigerungen:

	1892	1899	1900
Eisen und Eisenwaren	13,08	58,15	44,85
Maschinen, Instrumente zc.	11,94	62,78	61,83
Kurzwaren und Quincaillerien	3,25	9,98	10,76

Das ist ein recht ansehnlicher Aufschwung des Exports, den die deutsche Eisen- und Stahlindustrie seit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Russland erzielt hat, und der sich sofort in einen Rückgang verwandelt wird, wenn diesen Industrien die bisherigen Vorteile entzogen werden. Selbst der in dem Artikel des „Wjestnik finansow“ empfohlene Meistbegünstigungsvertrag würde daran wenig ändern, denn ein solcher würde höchstens die deutschen Eisenwaren und Maschinen mit den amerikanischen und englischen gleichstellen, es würden aber sofort die besonderen Vorteile fortfallen, die der bisherige Vertrag den deutschen Erzeugnissen im Konkurrenzkampf bot.

Juden aber behielt es Russland noch immer in der Hand, durch einen die Meistbegünstigung umgehenden speziellen Reciprocitätsvertrag nach amerikanischem Muster gewisse amerikanische Eisen- und Stahlprodukte günstiger zu stellen, oder durch Zollabfertigungsbestimmungen und eine speziell auf amerikanische Wünsche zugeschnittene Tarifierung, z. B. für landwirtschaftliche Maschinen, die deutsche Einfuhr zu benachteiligen, ganz abgesehen davon, daß von vornherein ein Meistbegünstigungsvertrag Russland weit mehr Vorteile in Aussicht stellt, als Deutschland; denn er würde Russland an allen Zollvergünstigungen partizipieren lassen, die Deutschland andern Ländern im Vertragswege zugestehet; dagegen wird Russland es kaum sehr eilig haben, mit andern Staaten, falls es mit Deutschland nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages gelangt, weitgehende Verträge abzuschließen. Kann es nach Deutschland seine Landbauprodukte nicht absetzen, so kommen dafür als nächste Absatzgebiete Großbritannien und die Niederlande in Betracht; beide Länder aber sind Freihandelsländer, wo die russischen Ackerbauprodukte auch ohne irgend welche Zugeständnisse seitens Russlands freie Aufnahme finden.

Den Agrariern ist gerade im gegenwärtigen Augenblick der russische Kaltwasserstrahl recht unangenehm, da er ihre Stimmungsmache, auf die zweifellos auch die Londoner Gerüchte zurückzuführen sind, empfindlich trifft.

Der „nationale Egoismus“ hat eben seine Schranken an dem „nationalen Egoismus“ der andern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember

Der Reichstag

hielt am Montag nur eine kurze Sitzung ab. Der eigentliche Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation des Abgeordneten Dr. Arendt über die Versorgung der Kriegsteilnehmer von 1870, konnte nicht erledigt werden, weil Staatssekretär v. Thielmann plötzlich erkrankt ist. Nach Erledigung einer kleinen deutsch-österreichischen Grenzregulierung hätte die Sitzung geschlossen werden müssen, wenn nicht Herr v. Ballestrem am Sonnabend in seinem abnungsvollen Gemüte die Fortsetzung der Zolltarifdebatte auf die Tagesordnung gesetzt hätte. So konnten wenigstens noch drei Reden abgelesen werden.

Den Anfang machte Herr Dr. Beumer, der Kollege Buedts im Generalsekretariat des Scharmacher-Verbandes und Nachfolger Möllers im Duisburger Wahlkreis. Er stellte sich in den ersten Säzen seiner Jungferrede als Freund der Landwirtschaft vor, erklärte aber am Schluß im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Herrn Heyl v. Herrnsheim, daß er und die Mehrzahl der Großindustriellen gegen den Minimaltarif für Getreide seien, weil der Abschluß der äußerst notwendigen Handelsverträge dadurch erschwert wird. Der Redner erwartete von der Regierung vertrauliche Mitteilungen in der Kommission, aus denen sich erkennen läßt, ob das Ausland wirklich geneigt ist, derartige Konzessionen auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Zölle zu machen. Zwischendurch erklärte sich der hochschützöllnerische Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustrie gerne bereit, auch noch höhere Zölle für einzelne Industrie-Artikel einzufachen, um die amerikanische Konkurrenz niederzulämpfen. — Herr Beumer erlaubte sich den Scherz, der rheinisch-westfälische Industriearbeiter sei glänzend gestellt und finde ständige Beschäftigung dank dem guten Verze der Industriellen, die lieber nach dem Auslande unter dem Preis verkaufen, als daß sie sich zu Arbeiterentlassungen entschließen. Aus seinem Hinweis auf den Lohnruck, der den amerikanischen Trusts und Milliardären im Pittsburger Anthracitrevier gelungen ist, klang aber doch die Sehnsucht hervor, daß auch die deutschen Syndikate ähnliche Erfolge auf Kosten der Arbeiter erzielen möchten. Herr Beumer spielte wieder ein-

mal die socialpolitische Belastung der deutschen Industrie aus und wünschte, daß sie in Gestalt der Zölle vom Ausland getragen werde. Der goldene Obelisk, den Graf Posadowsky auf der Pariser Weltausstellung zum Ruhme der deutschen Socialpolitik aufgebaut hatte, sollte also dem Ausland zeigen, was es zu bezahlen hat. In seinem Lobgefänge auf die großindustriellen Syndikate ging Herr Beumer so weit, die außerordentliche Mäßigung des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats beim vorjährigen Kohlenvucher hervorzuheben. Seine Versicherungen wurden auf unserer Seite mit der verdienten Heiterkeit aufgenommen.

Die Rede des Abg. Dr. Köstke, des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, war sehr unbedeutend, sie stellte nur eine Umschreibung der Wangenheimerschen Rede vom Sonnabend dar. Er stichelte ein wenig gegen den Reichskanzler und verlangte in üblicher Agrarierart Thaten an Stelle der Worte. Um mit der Socialdemokratie polemisieren zu können, hatte der Redner sich von seinem Sekretär einige Citate aus unsren Breslauer Agrarverhandlungen herausziehen lassen, die er mit möglichstem Ungeschick und Böswilligkeit verband.

Eine völlig verwirrte, unverständliche Rede des niederbayerischen Centrumsabgeordneten Aigner bildete den Schluß. Dann wurde ein Vertagungsantrag angenommen werden, da die weiter auf der Rednerliste stehenden Redner erklärten, nicht vorbereitet zu sein.

Dienstag gelangt die Polen-Interpellation zur Verhandlung.

Eine ungnädige Kaiserrede.

Eine Potsdamer Korrespondenz verbreitet den Bericht über eine kleine Ständrede Wilhelm II. über die Duellfrage.

Am Sonntag, den 1. Dezember, begab sich der Kaiser nach dem Kirchgang nach dem Regimentshaus des Potsdamer 1. Garde-Regiments zu Fuß, wohin sämtliche Offiziere des Regiments befohlen und auch Kriegsminister v. Goltz und Generalleutnant v. Kessel zugegen waren. Der Kaiser trug nicht die Uniform des Regiments, wie dies sonst üblich war, sondern die Uniform der Garde-Gularen. Es war, so heißt es, dem Kaiser bekannt geworden, daß die Söhne des Kriegsministers und des Generalleutenants v. Kessel, welche beim 1. Garde-Reg. als Unterleutenants Dienst thun, bei einem Liebesmahl über das Duell sich dahin ausgesprochen hätten, sie würden trotz des kaiserlichen Duellverbots sich schlagen, wenn ihre Ehre angegriffen würde. Dieses Gespräch der beiden Unterleutenants hatte ein Vorgesetzter gehört und weiter gemeldet. Der Kaiser versammelte nach dem Frühstück sämtliche Offiziere des Regiments um sich, und ließ ihnen durch den Mund des Obersten v. Stettenberg sein Duellverbot (?) noch einmal aufs strengste einprägen und unbedingten Gehorsam fordern. Hierauf ließ der Kaiser die beiden Unterleutenants noch besonders vortreten und während die Väter hinter ihnen standen, sprach er zu den beiden mit erhabener Stimme:

„Und wenn auch der Papa des einen mir lieb und wert und der Vater des andern mein verdienstvollster General wäre, ich würde die Söhne derselben ebenso mit schärfstem Abschied aus dem Heere entfernen, wie ich dies mit jedem andern Offizier halten würde, welcher mein Duellverbot nicht beachtet. Ich trage auch dieserhalb heute nicht die Uniform meines Regiments, weil ich Ursache gehabt, aus diesem Vorkommnis mit demselben nicht eines Sinnes zu sein und leider gerade solche jungen Leute Anlaß zu diesem Vergehen gegeben haben.“ Hierauf verabschiedete sich der Kaiser. Nach einer andern Mitteilung, die heute abend die „Potsdamer Zeitung“ bringt, soll der Kaiser sogar von „jungen Leuten, die hinter den Ohren noch nicht trocken sind“, gesprochen haben.

Es ist ja gewiß eine harte Strafe für die Herren Söhne des Kriegsministers und des Generalleutenants, daß Wilhelm II. zu ihnen nicht in der Uniform ihres Regiments gesprochen hat. Aber wir meinen, die jungen Herren könnten mit einigem Zug gellend machen, diese Strafe sei für sie unverdient hart.

Abgesehen davon, daß es sich um eine Privatäußerung bei einem Liebesmahl handelt, konnten die beiden Söhne so wenig wie irgend ein andrer der Meinung sein, daß die Kabinettsorder Wilhelm II. über das Duell ein Duellverbot vorstellen solle. Diese mit hervorragenden Vätern begabten Lientenants konnten natürlich, wie jeder, der den Wortlaut jener Order liest, diese so wenig für ein Verbot des Duells halten, daß sie ihnen vielmehr als eine Legitimierung und Reputierung des Duells erscheinen mußte. Der Umstand, daß Duellanten regelmäßig begnadigt zu werden pflegen, war schließlich auch nicht geeignet, in ihnen die Vorstellung zu erwecken, als sei die Ehrenschießerei verpönt. Im Grunde haben die beiden Lientenants nichts andres gesagt, als was der Papa Kriegsminister so oft im Reichstag auseinandergesetzt hat und was auch in der Kabinettsorder steht.

Man kommt also auf den Gedanken, daß die Lientenants etwas andres gesagt haben, wie die Korrespondenz angiebt; sonst wäre die Ungnädigkeit Wilhelm II. nicht zu erklären.

Nichtdeftonemiger ist die Äußerung der jungen Herren charakteristisch für den im Offiziercorps herrschenden Geist. Verbotten ist das Duell allerdings, aber nicht durch die Kabinettsorder, sondern durch das Gesetz, das Strafgesetz. Gegen das Gesetz haben sie sich verweigert, und es wäre zu wünschen, daß sie einfach zur Zurückhaltung der Gesetzgebung aufgefordert würden, selbst wenn eine solche Mahnung geringeren Einbrud auf die Militärs machen sollte, als die Strafsymbolik der Uniformwahl.

Die Maßregelung Hervés.

Paris, 8. Dezember. (Fig. Ver.) Der Fall Hervés bereichert die Geschichte des Kabinetts Waldeck-Roussier um ein weiteres schmachvolles Blatt. Nachdem die Geschworenen der Stadt Angere die Gymnasiallehrer Hervés wegen seiner antimilitaristischen Artikel freigesprochen hatten, ließ ihn die Regierung durch das bequeme Beamtengericht auf disciplinarem Wege abstrafen. Der „alademische Rat“ von Dijon verhängte über den „Vaterlandslosen“ die Anstreichung für die Dauer von 1 1/2 Jahren, was tatsächlich einem dauernden Ausschluss aus dem Lehrstand gleichkommt, da die Wiederanstellung dem Velleben des Ministers überlassen wurde. Hervés entschloß sich aber, den Kampf um die bürgerlichen Rechte der Lehrerschaft bis an Ende durchzuführen. Er legte gegen das Dijoner Urteil beim „Oberen Rat des öffentlichen Unterrichts“ Berufung ein. Dieser Rat hat nun gegen den Gewaltakt von Dijon noch verhängt.

Denn es ist in Frankreich ein purer Gewaltakt, die Mitglieder des Lehrkörpers wegen ihrer politischen Betätigung zu maßregeln. Kein Gesetz beschränkt ihre bürgerlichen Rechte. Das hat Genosse Briand, Sekretär des sozialistischen Generalkomitees, Hervés Rechtsbestand vor dem „Oberen Rat“ wieder einmal mit allem Nachdruck betont. Ihn nichts! Unter dem Vorhinein des Unterrichtsministers Peygues in Person leistete sich der Rat noch eine weitere Ungeheuerlichkeit. Das Disciplinargericht von Dijon hatte nämlich in Nachahmung des Dreyfus-Prozesses drei „Geheimdokumente“ von dem Angeklagten und seinem Verteidiger verheimlicht — unter dem Vorwand, daß Hervés darin nicht mit dem Namen genannt, obwohl klar genug bezeichnet wurde. Der „Obere Rat“ hatte nun zwar Schamgefühl genug, das Dijoner Urteil wegen jenes „Formfehlers“ zu annullieren, zugleich aber machte er sich das Recht an, unmittelbar über Hervés abzurteilen, das heißt diesen in Wirklichkeit eines erkunntanglichen Verfahrens zu berauben. So eifrig hatte es der Rat mit dem Minister an der Spitze, den beleidigten Patrioten das stänisch verlangte Opfer darzubringen.

Hervés geht nun weiter, er will noch ein Urteil des Staatsrats, des höchsten Verwaltungsgerichts, prozodieren. Dabei handelt es sich für Hervés natürlich nur oder doch vornehmlich um einen agitatorischen Zweck, denn der Staatsrat kann unmöglich toleranter und der Regierung gegenüber selbständiger auftreten als der Unterrichtsrat.

Die Agitation um den Fall Hervés wird aber noch wirksamer in der Presse, in Versammlungen und in der Deputiertenkammer betrieben werden. Genosse Sibiani, ein früherer Ministerialrat, der vom Ministerium sich immer entschiedener abwendet, wird über den Fall den Unterrichtsminister rüchichtslos zur Rede stellen.

Es ist die höchste Zeit, die Regierung wegen ihres Unvorsichtigens mit der Lehrerschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Die Maßregelung von Lehrern ist unter dieser Regierung zu einem System geworden. Außer Hervés sind im Laufe des letzten Jahres noch drei sozialistische und zwei nationalsozialistische Lehrer gemäßregelt worden. Es wird also nur den durchschnittlich bourgeois Elementen der Lehrerschaft die Betätigung ihrer Ueberzeugung gestattet. Schon vor den Sommerferien sollte eine bezügliche Interpellation des ministerfreundlichen Sozialisten Pasteur zur Verhandlung kommen, aber im letzten Augenblick wußte die Regierung die Verhandlung unmöglich zu machen. Jetzt wird es endlich zur Aussprache kommen.

Auch in den Reihen der Professoren hat der Fall Hervés große Erregung hervorgerufen, trotz der antimilitaristischen Artikel und der offen vor dem Disciplinargericht bekannten international-sozialistischen Ueberzeugung des Gemäßigten. Der Pariser Professor Louis Laponche wendet sich mit einem Aufruf an die Kollegen, „von den Arbeitern Solidarität zu lernen“ und Hervés materiell zu unterstützen. Jeder Kollege soll ein Prozent seines Gehalts oder mehr einzahlen, um so eine Unterstützungskasse zu schaffen für Lehrer, die wegen der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gemäßregelt würden.

Deutsches Reich.

An Gedächtnisfeier

leidet der Reichschahselektör Herr v. Thielmann. Am 2. Dezember erklärte der Minister im Reichstag: „Ich glaube ferner aber auch, daß gegen die Art und Weise der inneren Gliederung des Zolltarifs sich erste Widersprüche nicht erheben werden. Dieses — sozusagen — Scheitern des Zolltarifs hat lange, ehe überhaupt eine Einstellung der Sache stattgefunden hatte, sämtliche Bundesregierungen vorgelegen und ist von diesen Bundesregierungen im Verein mit ihren Handelskammern und sonstigen Vertretungen gründlich durchgearbeitet worden.“

Unser Nürnberger Parteiorgan, die „Fränkische Tagespost“, ist nun in der Lage, das Begleichschreiben zu veröffentlichen, mit dem seiner Zeit Herr v. Thielmann das „Scheitern“ den Regierungen der Einzelstaaten überhand hat. Es lautet:

Reichschahamt II. 9742 Berlin, den 1. Oktober 1898.

In seiner gegenwärtigen Gestalt eignet sich der Entwurf meines Staatsrats nicht zur Veröffentlichung. Eine solche würde zu Mißverständnissen führen können und würde Erörterungen in der Presse veranlassen, welche für die weitere Beratung der Sache nicht förderlich wären. Ich ersuche daher ergebenst, für eine vertrauliche Beratung des Entwurfs Sorge zu tragen und ich bitte insbesondere, von einer Mitteilung an Handelskammern und ähnliche Körperschaften zur Zeit abzusehen, es würde hierdurch der Begutachtung durch den Wirtschaftlichen Ausschuss vorgegriffen, dessen Berufung den Zweck verfolgt, den beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Aussprache über die mit der Aufstellung eines neuen Tarifs verbundenen Fragen zu bieten.

Der Reichskanzler. In Vertretung: gez. v. Thielmann.

Es ist kein Wunder, daß in dem wirren Labyrinth der regierenden Ueberzeugungen die Herren Minister das Gedächtnis für ihre Handlungen und Meinungen verlieren.

1898 verpflichtete Herr v. Thielmann nachdrücklich die Regierungen, jenes „Scheitern“ den Handelskammern vorzuentwerfen; er hatte offenbar ein schlechtes Gewissen und ahnte nichts Gutes von deren kritischen Eingreifen.

1901 rühmt sich der Herr, daß die Bundesregierungen im Verein mit den Handelskammern den ersten Entwurf beraten hätten.

Der Thielmann von 1901 tritt sich. Der Thielmann von 1898 hat dagegen klar die Methode gezeigt, wie der neue Entwurf in Nacht und Geheimnis gearbeitet werden sollte. Es galt von vornherein alle sachverständigen Gegner des Hochzollzollzoll auszuschließen. Nur der agrarische „Wirtschaftliche Ausschuss“ durfte von ihm Kenntnis erhalten und mitarbeiten.

Jenes Schreiben von 1898 bestätigt alles, was über die Vorbereitung des Tarifs von seinen Gegnern gesagt worden ist, und er macht alle nachträglichen Verheimlichungen zu Schanden.

Der germanisierende Nothstoß.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht zur Vorbereitung für die Poleninterpellation heute eine längere Darlegung über die Vorgänge in Breschen. Die Auslassung geht wieder, wie schon im Fall Aichhoff, tief in die Vergangenheit zurück. Sie citiert die verständigeren Anordnungen aus den Jahren 1884 und 1882, in denen das Recht den Polen noch einigermaßen gewahrt wurde, und stützt dann die geistlichen Grundlagen für die fortwährend gesteigerte Politik der Zwangsgermanisation.

Was die katholische Stadtschule in Breschen anlangt, so ist — der Darstellung der „N. A. Z.“ zufolge — nach den diesjährigen Osterferien in den drei Klassen der Oberstufe der deutsche Religionsunterricht eingeführt worden. Die Kinder hätten dem Unterricht auch anfangs Verständnis entgegengebracht. Erst nach vierzehn Tagen hätten die Schüler sich geweigert, im Religionsunterricht auf deutsche Fragen zu antworten. Von der Regierung habe dann der Kreis-Schulinspektor die Weisung erhalten, die Kinder, welche die Aufgaben nicht lernten, nachsichtig zu lassen und so weit sie Trost oder Widerspenstigkeit zeigten, auch körperliche Züchtigung anzuwenden.

Es geht daraus hervor, daß es sich nicht um den Uebergang eines einzelnen Lehrers und eines Schulinspektors handelt, sondern daß die Regierung selbst in aller Form die Verantwortung für die Einprägung des deutschen Christentums trägt. Die deutsche Religion der Liebe ist auf Geheiß der Regierung den Kleinen mit dem Nothstoß eingepreßt worden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht nun diese Züchtigung aus durchaus maßvoll zu bezeichnen:

„Es blieben insgesamt nur 14 Kinder zurück, die nach dem Maße des bekundeten Trostes körperliche Strafen erhielten, die sich in ganz mäßigen Grenzen bewegten. Mit einem dünnen Nothstoß erhielten drei Mädchen je vier Schläge auf jede Hand, 3 Mädchen und 1 Knabe je 3 Schläge, 1 Knabe und 5 Mädchen je 2 Schläge auf jede Hand und 1 Knabe 2 Schläge auf das Gesicht.“

Die Züchtigung war bekanntlich so „mäßig“, daß die Spuren deutlich sichtbar waren. Es thut aber auch nichts zur Sache, ob die Prügel auf 14 oder 30 Kinder angewendet wurde, ob sie nach dem Empfinden der „N. A. Z.“ mäßig war oder nicht. Die ganze Methode bleibt gleich verwerflich und barbarisch.

Schließlich gesteht das Blatt mit dem schneidigen Trost, der jetzt modern ist, ein, daß in Breschen ruhig weiter gebauet wird, weil geordnete Zustände noch nicht wieder hergestellt seien:

„Einige Kinder sind so weit gegangen, ihre Mitschüler, die sich der Anordnung ihrer Lehrer fügten, beschimpft, geschlagen und mit Steinen geworfen zu haben; im Gesangsunterricht haben sich 13 Mädchen geweigert, ein deutsches patriotisches Lied zu singen, da sie vollkommen feien; ein Knabe hat sich in gemeinen Beschimpfungen gegen unser Herrscherhaus vergangen. Hiergegen mußte trotz des ausgegebenen Salowortes: „Die Massenzüchtigungen dauern fort“, ernst eingeschritten werden.“

Es wird die Aufgabe des Reichstags sein, die Verantwortlichen für diese Erziehungsweise gebührend zu züchtigen und den halauitischen Trost zu brechen.

Kann man sich ein unerhörtes Verlangen denken, als arme Kinder, denen das Recht ihrer Rationalität ansprengelt wird, nun noch gewaltsam zu zwingen, die Ration ihrer Weisheit zu preisen?

Das erinnert an die nach Amerika von ihren Fürsten verkauften deutschen Soldaten, die bei der Abfahrt ihren allerwürdigsten Landesherren hochleben lassen mußten. Allerdinst ließ der Herr Kultusminister einmal Schillers „Kabale und Liebe“, ein Stück, das ja selbst auf Hoftheatern gegeben wird.

Der geadelte Zolltarif. Dem loburg-gothaischen Staatsminister Hentig ist durch den Regierungserverweiser Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg der Adel verliehen worden. Diese Adelsverleihung soll den Dank des Regierungserverweisers für die Verständigung mit dem Landtage in der Frage des Domänen-eigentums abtragen. Zugleich aber ist Herr Hentig bekannt als ungewöhnlicher Gewinner der Erhöhung der Agrarzölle.

Wieviel läßt sich nun der neue geadelte Minister am Bundesratsstische des Reichstags sehen und sagt dort im Anschluß an die Excellenzen anderer Bundesstaaten seine Meinung über den Zolltarif!

Ueberall Deficit. Das Deficit im preußischen Staatshaushalt für 1902 wird, wie der „Schlef. Jtg.“ aus Berlin gemeldet wird, mit Rücksicht auf die fortwährend zurückgehenden Eisenbahneinnahmen jetzt bereits auf 80 Millionen geschätzt.

In der Epithelgeschichte, die wir am Sonntag erzählten, bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wenn die Angelegenheit sich so verhalten hätte, so würde allerdings das Vergehen der Polizei nicht nur aus allgemeinen Gründen, sondern auch wegen seines hervorragenden Ungeschehens zu verurteilen sein.“

Das agrarische Blatt bedauert offenbar nur die Dummheit — die „allgemeinen Gründe“ sind vermutlich weniger aufrichtig gemeint.

Zwei der Vernichtung geweihte Dörfer.

Der Militarismus begnügt sich nicht damit, im Kriege seine kulturmörderische, landverwüstende Tätigkeit zu entfalten. Im Krieg freilich, namentlich in einem kolonialen Eroberungskrieg — siehe China und Südafrika — zeigt er sich erst in seiner vollen entsetzten Vernichtungswut, aber getriebene Sankfelder und in Brand geschossene Dörfer bezeichnen auch in Friedenszeiten und im eignen Vaterlande seine Spur. So wurde vor einigen Jahren ein Dorf des Lotharier Lagers, des großen schleswig-holsteinischen Militärübungsplatzes, den Granaten der manövrierenden Artillerie preisgegeben. In der nächsten Zeit werden zwei andre Dörfer, diesmal in der Provinz resp. dem Großherzogtum Hessen, die jetzt noch tausend friedliche Menschen beherbergen, vom Erdboden fortgerafft sein, damit ein geräumiger Übungsplatz für das 18. Armee-corps geschaffen wird.

Es handelt sich um die Dörfer Niddingshausen (Kreis Wiehen) und Betmertshausen (Kreis Marburg), das erstere mit 8000 Morgen Landes und 700 Einwohnern, das letztere mit 800 Einwohnern und 800 Morgen Land. Die Gemartung, die 1000 dauerliche Bewohner ernährte, wird in kurzen Wölft und brach liegen, damit der Militarismus seine Kriegsspiele inszenieren kann.

Die Schaffung dieser künstlichen Wüste wird natürlich einige Millionen kosten — um so mehr, da auch 500 Morgen freiherrlichen Bodens angekauft werden müssen — einsteuerten sind im Militäretat für 1902 15 000 M. für die einleitenden Kaufverhandlungen angesetzt worden.

Dort schafft man Hungergräber, um angeblich die vaterländische Eigenproduktion zu heben und zu fördern — und hier werden Millionen fortgeworfen, um Dörfer zu verwüsten und unter dem Pfuge befindliche Acker in eine unkrautüberwucherte Einöde zu verwandeln!

4065 Kreaturen zur Strecke gebracht. Auf der Bestätigung Ruedes des Fürsten von Donnersmarck wurde in Anwesenheit des Kaisers eine Jagd veranstaltet, bei der, wie die hössische Notiz eines Blattes meldet, 4065 „Kreaturen“ erlegt wurden. Der Kaiser selbst erlegte 868 Stück.

Bei den Gemeindevahlen in Stuttgart gelang es, der Mehrheit der reaktionären Deutschparteiern und Konservativen zu besiegen. Die Sozialdemokraten und Demokraten siegten. Von den 24 Gemeinderäten gebören 18 der Linken an, darunter 11 Volksparteier, 4 Sozialdemokraten, 1 Freisinniger; außerdem liegen 6 Deutschparteiern, 1 Konservativer und 1 Centrumsmann im Rathaus.

Sächsische Universitätsperre. Politik. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet: Vom Rektor der hiesigen Universität wird durch Anschlag bekannt gegeben, daß auf Grund einer Verordnung des Kultusministeriums das Reifezeugnis von russischen Mädchengymnasien ausnahmslos nicht mehr als genügende Grundlage für die Erlangung des Hörerscheins an hiesiger Universität angesehen wird.

Plötzlich genügt das Reifezeugnis russischer Mädchengymnasien nicht mehr! Es ist klar, daß das sächsische Kultusministerium hier wieder nach der in Sachsen üblichen, von dem Regierungsorgan der „Leipziger Zeitung“, recht eindringlich verurteilten Barocke, „Nicht zu ehrlieh“ handelt. Die Ausländer, die vielfach nicht die „guten Gesinnungen“ sächsischer Patriotenjünglinge teilen, sind den „Hellen Sachsen“ und dem sächsischen Kultusministerium — nicht zu verwechseln mit Kultusministerium — längst lästig. Jetzt hat man den Weg gefunden, sich ihrer zum Teil zu entledigen: man erkläre, ihre Vorbildung genüge nicht.

Wollekt erwidern demnach die russische Regierung diese Sperrepolitik durch Abspernung gegen deutsche Kaufleute und Fabrikanten. Warum sich auf die Warensperr beschränken? Der „gesunde nationale Egoismus“ sperrt auch den ausländischen Menschen aus, dessen Fleiß sächsischen Studienbesitzern able Konkurrenz betreiben könnte.

Die Schuler-Gesellschaft vor der bairischen Kammer.

In der Montagssitzung der bairischen Kammer erwiderte der Justizminister Freiherr von Leonrod auf die neulichen Angriffe des Abgeordneten Dr. von Haller (Soz.) gegen die Schuler-Gesellschaft und damit zugleich gegen die Nürnberger Staatsanwaltschaft, weil sie nicht eingegriffen habe. Der Minister verlas zunächst den Bericht der Staatsanwaltschaft am Landgericht zu Nürnberg. In diesem erklärt der Staatsanwalt, daß er keineswegs der Sache unthätig gegenüber gestanden habe, sondern von Amts wegen ein Verfahren eingeleitet habe, es etwaige Straftaten von Seiten des Vorstandes und Aufsichtsrates der Gesellschaft vorlägen. Er habe aber mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln nicht zu dem Ergebnis kommen können, daß der Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hätten. Er habe seine Untersuchungen und Erhebungen nicht auf Nürnberg allein beschränkt, sondern sich auch mit dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter in Leipzig in Verbindung gesetzt, freilich habe er seine Untersuchungen im Einverständnis mit allen Beteiligten im stillen und ohne Aufhebens gemacht. Minister v. Leonrod erklärt sodann, der Registrirter sei amtlich thätig gewesen und habe die Sache sorgsam geprüft, aber auch er habe die Frage, ob ein Strafverfahren einzuleiten sei, verneint. Ein Einwirken auf diese richterlichen Beschlüsse siehe der Justizverwaltung nicht zu. Im weiteren Verlaufe der Sitzung hielt Abg. von Haller seine Behauptungen hinsichtlich der Schuler-Gesellschaft aufrecht und hob hervor, daß der Fall des § 314 des Handels-Gesetzbuches zweifellos gegeben sei und es habe zweifellos im ganzen Vorgehen des Vorstandes und Aufsichtsrates bezüglich der Herausgabe des Geschäftsberichts ein edler und rechter dolus eventualis vorgelegen. Abg. Dr. Bichler erklärt, auf der betreffenden Generalversammlung sei außer 138 wirklichen Aktionären nur der Außenbesitz des Aufsichtsrates und Vorstandes der Gesellschaft selbst, sowie derjenige einiger großen Banken aufgezählt und hätte natürlich ohne weiteres Dehorge erteilt. Der Justizminister erklärt, er habe den Bericht des Staatsanwalts bekannt gegeben, und damit sei diese Sache an dieser Stelle erledigt. Die Abgeordneten Beck (fr. Vg.) und Wagner (lib.) meinen, es sei eventuell eine neue Untersuchung vor einem Münchener Gericht zu beantragen und eventuell durch alle Instanzen durchzuführen. Abg. v. Haller betont, seine Angriffe richteten sich nicht gegen die Schuler-Gesellschaft selbst; es müßten verschiedene maßgebende Persönlichkeiten aus der Leitung der selben entfernt werden. Haller sagte noch, er glaube jetzt bewiesen zu haben, daß die von ihm vorgebrachten Klagen von keinerlei Vorermählern ausgingen. Abg. Dr. v. Haller (fr.) sagt, ungewöhnlich verdienliche die Vorgänge die größte Aufmerksamkeit seitens der Staatsverwaltung; allein in Nürnberg sollen 120 Millionen verloren worden sein. Es sei vorzuziehen, daß dies Uebel nicht weiteres Anheil annehme.

Zur Reform des Wahlrechts in Baden.

Wir sind von dort geschrieben: Nicht weniger als vier Anträge auf Einführung des direkten Wahlrechts liegen augenblicklich dem Landtag vor. Das Centrum hat seine früheren Anträge auf Abänderung der Verfassungsbestimmungen über die Zusammenfassung der Zweiten Kammer wieder eingebracht, und jetzt haben sich ihm auch die Demokraten in einen ganz ähnlichen Entwurf angeschlossen. Auch die Nationalliberalen wollen nun zeigen, daß es ihnen mit ihren Wahlversprechungen ernst war, und sie haben zu diesem Zwecke einen Gegenterwurf eingebracht, der das direkte Wahlrecht verfassungsmäßig festlegen will. Im Gegensatz zu den liberalen und demokratischen Vorschlägen, die in der Hauptsache neben der Einführung der direkten Wahl eine Vermehrung der Abgeordneten der Volkammer entsprechend der gesteigerten Einwohnerzahl und Integralevermehrung der bisher alle 2 Jahre zur Hälfte erneuerten Kammer verlangen, verquiden die Nationalliberalen die Forderung des direkten Wahlrechts mit gewissen Kautelen, in erster Linie mit der Verstärkung der Ersten Kammer durch acht Abgeordnete, die von Stadträten, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern zu wählen wären, und mit der Einteilung der großen Städte in Wahlbezirke, deren jeder einen eignen Abgeordneten zu wählen hat.

Nach dem Antrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion soll das direkte Wahlrecht in dem proportional-wahlrecht seine Ergänzung finden. Das Land soll in vier Kreise eingeteilt werden, in denen die Parteien ihre Kandidatenlisten aufzustellen und der Behörde einzurichten hätten; die Listen werden amtlich bekannt gemacht. Jeder Wähler hat das Recht, eine ganze Liste Kandidaten — so viel, als auf den Kreis Abgeordnete entfallen — zu wählen. Die Stimmen werden dann nach Gemeinden, Wahlbezirken und Kreisen zusammengezählt und die Mandate entsprechend den auf die Parteien gefallenen Stimmenszahlen der Reihenfolge nach an die auf den Listen bezeichneten Kandidaten verteilt.

Die Zweite Kammer hat das Proportional-Wahlrecht bereits früher einmal, auf dem Landtag von 1898/94, im Prinzip acceptiert. Damals hatten auch die Nationalliberalen dafür gestimmt, allerdings nur in der Absicht, die ganze Vorlage mit dem ihnen unangenehmen direkten Wahlrecht zu Fall zu bringen, weil sie wußten, daß mit dem Proporz die Vorlage bei der Regierung keine Gnade finden würde. Man kann nun gespannt darauf sein, wie sie sich diesmal zu der Vorlage stellen werden.

Der Bischof des Kaisers in Mey. der frühere Mit-Gesetzler von Maria-Theresia, scheint das Vertrauen rechtserfüren zu wollen, daß bei seiner Ernennung in ihn gesetzt worden ist. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Maßregelung des Pfarres Colbus in Reulshausen, eines der wenigen noch politisch thätigen Repräsentanten der alten kirchlich-protestantischen Garde, die nun wohl bald ausstirbt, sich aber nicht ergibt. Colbus wurde von Reulshausen nach einem kleinen, abgelegenen Ort in Lothringen verlegt und ihm damit das politische Kampfwort aus der Hand genommen. Allen Anschein nach will der alte Handweg sich aber diese Verhandlung nicht ohne weiteres gefallen lassen. Er ist, wie die Blätter melden, um seine Entlassung eingekommen, um in seinen alten Tagen sich nicht noch in einen neuen Wirkungskreis gewöhnen zu müssen. Die kirchliche Presse verlangt angeht des Falles die geeignete Regelung der Pfarrenpositionen.

Ausland.

Frankreich.

Pichon und der Chinakong. Gegenüber der Behauptung einer Zeitung, daß der ehemalige Gesandte Pichon sich in Peking

Beltsachen im Werte von 250000 Franc angeeignet habe, erklärt sich, daß er lediglich für 500 Franc Beltsachen gekauft und den Händler bezahlt habe.

Es fragt sich nur, was das für ein Händler war, bei dem sich seine Beltsachen kaufte, ob er sie nicht so wohlfeil „ersteigerte“, daß er für 500 Franc Waren für 250000 Franc erhielt!

Italien.

Die Demission Turatis. Wir hatten schon oft berichtet, daß zwischen den Mailänder Socialdemokraten Streitigkeiten ausgebrochen seien. Ein Teil derselben hatte sich unter der Führung Turatis von der dortigen Partei-Organisation losgetrennt und eine besondere Gruppe gebildet. Der Parteivorstand nahm in seiner Sitzung vom 18. September zu dieser Seccession Stellung. Es kam eine Erklärung zu stande, in der es hieß, daß die Parteileitung nach dem Wortlaut und nach dem Geiste der Statuten an einem Orte nicht zwei Organisationen dulden könne. Es wurde, da die „Union“ (Turati und Genossen) eine „Reinigung“ der Partei verlangte, unter Zustimmung der anwesenden Vertreter beider Richtungen beschlossen, eine Revisionskommission, bestehend aus je 5 Vertretern beider Gruppen zu wählen. Dieser Kommission sollte es obliegen, die Auscheidung der vielen anarcho-syndicalistischen Elemente zu bewirken. Danach sollte die Verschmelzung der beiden Gruppen und auch der beiden bestehenden Zeitungen vor sich gehen. Beide Richtungen erklärten sich, wie erwähnt, mit dem Beschlusse einverstanden, die Revisionskommission hat auch gearbeitet. Dabei ist es aber zu neuen Streitigkeiten gekommen. Dieser Tage hatte sich deshalb die Parteileitung von neuem mit der Angelegenheit zu befassen. Sie kam nach langwieriger Verhandlung zu demselben Resultat wie in ihrer früheren Sitzung. Die Unstimmigkeiten seien weniger principieller als vielmehr persönlicher Natur.

Turati, der anwesend war, sich der Abstimmung aber enthalten hatte, hat hierauf, wie schon mitgeteilt, seine Demission als Mitglied der Parteileitung sowohl, als auch als Deputierter gegeben. Hiergegen erklärt er in seinem Schreiben an die Parteileitung ausdrücklich, daß er aus der Partei nicht aussteige. Er werde nie etwas anderes sein als Socialdemokrat.

England.

London, 7. Dezember. (Fig. Ver.) Der von der Südafrikanischen Chartered Company am letzten Mittwoch veröffentlichte Bericht für das Geschäftsjahr 1899-1900 weist ein Defizit von 800 000 Pfund Sterling auf. Das Defizit scheint chronisch zu sein. Die politischen Folgen der ungesunden finanziellen Lage der Chartered Company sind leider nur zu bekannt: der geplante Heberfall von Johannesburg durch Jameson und der südafrikanische Krieg. Die Boeren sind sich dieser Thatsache vollständig bewußt. Einer von ihnen sagte: „Johannesburg soll das Fetten in der Wasserwurzel Rhodesias werden.“ Eine ähnliche Aufgabe hatte das dem Transvaal entzogene Kimberley für die Kapitalisten der Kapkolonie zu erfüllen.

Die Lage in Dewsbury ist jetzt vollständig geklärt. Es kandidieren Gen. G. Quells (Soc.), Mr. Mancinan (liberaler Imperialist), Mr. Daley (Soc.), Trotz der Opposition von Kerr Hardie, J. A. Macdonald und Bruce-Glasser ist die Kandidatur Quells von den Socialisten des Wahlkreises anerkannt worden. Es ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß die anti-imperialistischen Liberalen für Quells eintreten werden. Die Wahl findet erst gegen Ende Januar 1902 statt.

Asien.

Neue Kurusen in Koweit? Wie aus Bombay berichtet wird, ist der englische Kreuzer „Fox“ nach Koweit abgegangen, wo Kurusen bevorstehen. Ein Kanonenboot ist ebenfalls in diesen Tagen nach dort abgegangen.

Chinesische Piraten. Aus Hongkong wird vom 9. Dezember gemeldet: Vorgesien nahmen Seetänzer auf dem Westflügel der Kriminallinie ein Dampfboot weg, setzten über den Fluß, überfielen und plünderten ein Dorf und fuhren Johann aus andere Ufer zurück, wo sie das Boot an Strand setzten und dann verließen. Gestern nahm dieselbe Räuberbande das schnellste Boot weg, das auf dem Westflügel verkehrt und jetzt lauert sie einem Schiff auf, mit dem ein reicher Chinese von Kanton stromaufwärts reist.

Der Boeren-Krieg.

Boeren gegen Boeren?

Die Londoner Morgenblätter melden aus Pretoria vom 7. Dezember, die früheren Feldbarnets Meyer und Collins hätten sich einer englischen National Scouts angeschlossen und eine erhebliche Anzahl von Boerenrekruten mitgebracht, welche aus dem Bezirk von Rustenburg stammen. Dieser Vorgang bringe der englischen Feldarmee eine beträchtliche Verstärkung.

Es ist schwer glaublich, daß sich ehemalige Unteroffiziere eines derartigen Verrats an ihrem eignen Volke schuldig gemacht haben könnten. Noch weniger glaubhaft erscheint es, daß sich eine größere Zahl von Boerenmannschaften gefunden haben könnte, die diesen perfiden Verrat mitgemacht hätte. Man wird also erst eine unzweifelhafte Bestätigung dieser Nachrichten abwarten müssen.

Boerenüberzogenen.

Die „Times“ melden vom 7. d. M. aus Pretoria: Die Kommandos Bothas sind nach dem Nordosten und Süden verstreut. Es wurden häufig Angriffe auf die Eisenbahn gemacht. Die Boeren zeigen das Bestreben, sich nordwärts zu ziehen, da ihr Operationsfeld durch die konsequente Erweiterung des Blockhausensystems beschränkt ist; es wird notwendig sein, alle 600 oder 700 Yards Blockhäuser zu bauen und sie miteinander durch Drahtgelenke zu verbinden, um die Distanz zu überbrücken; Blockhäuser, die eine Meile von einander getrennt liegen, sind machtlos. Die Boeren nördlich der Delagoabai werden von den Engländern nicht belästigt und sind mit allem Nötigen versehen. De Wet befehligt 1000 Mann im Süden von Heilbronn.

Nach einer Meldung aus Bloemfontein wurde De Wet am vergangenen Freitag in der Nähe einer Farm bei Bechtlop, 12 Meilen von Heilbronn, signalisiert. — Am Sonnabend fand eine Versammlung von Boerenkommandanten statt, an welcher sich acht Führer beteiligten, darunter De Wet, Steyn und Botha.

Aus Standerton wird berichtet: Die Anwesenheit Bothas wird nördlich von Ermelo gemeldet; er kommt aus Beyerseld. Die Zahl der Boeren, welche sich südlich von der Eisenbahnlinie befinden, übersteigt 1000.

Erkundung eines englischen Convois.

„Daily Mail“ berichtet aus Kapstadt: Ein englischer Convoi, bestehend aus 30 Wagen unter der Führung des Lieutenants de God, ist zwischen Lambertsdal und Klamvilliam von den Boeren erbeutet worden. Es fand ein heftiger Kampf statt, in welchem Lieutenant de God verwundet und mehrere Mann getötet wurden. Die übrigen ergaben sich den Boeren.

Die englischen Verluste im November.

Die Verluste der britischen Truppen in Südafrika während des Monats November betragen: Gefallene an Wunden, Infektionen und durch Krankheiten 337 Mann, verwundet 542 Mann, vermisst 25 Mann, als Invaliden nach England zurückgeschickt etwa 2000 Mann, so daß die englischen Streitkräfte im Monat November eine Verminderung um mehr als 3000 Mann erlitten haben.

Partei-Nachrichten.

Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel wird am 29. Dezember, 9 Uhr vormittags, im Maison du Peuple, Rue Joseph Steens, zu einer Sitzung einberufen. Die Tagesordnung lautet: Definitive Konstituierung des Bureaus; Bericht über die finanzielle Lage und die Arbeiten des Sekretariats; die Ausführung der Beschlüsse des Pariser Kongresses; Gründung eines internationalen Korrespondenz (Bulletin); internationale Arbeitermeetings zu Gunsten des Friedens; der internationale sozialistische Kongress zu Amsterdam im Jahre 1903; die imperialistische Politik. Die Beschlüsse des Komitees müssen, um definitive zu sein, allen Nationen unterbreitet werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder werden ersucht, dem Bureau ihre Teilnahme an der Sitzung mitzuteilen.

Gemeindevahlen. In D a r e m wurde, wie schon telegraphisch gemeldet, bei der Stichwahl ein Parteigenosse gewählt. Damit zieht zum erstenmal ein Socialdemokrat in die Stadtverwaltung einer rheinischen Großstadt ein. Der Kampf, der 3 Tage währte, war, wie man uns von dort schreibt, ungemein heftig, denn 58,5 Proz. der Wahlberechtigten gaben ihre Stimmen ab. Unsere 4 Kandidaten — es findet hier Pfostenwahl statt — erhielten 4800 bis 4821 Stimmen, die Konservativen, die getrennt von allen bürgerlichen Parteien unterführt wurden, 4278—4970 Stimmen. Genosse S t ä r m e r, der die Höchstzahl unter unsten Kandidaten erreichte, ist neben drei Konservativen gewählt. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß das Wahlrecht äußerst beschränkt ist, da dasselbe von einem steuerpflichtigen Einkommen von über 900 M. abhängig ist. Daher ist nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft, die hier hauptsächlich in der Textilindustrie beschäftigt ist, wahlberechtigt. Die Arbeiter können ihrem „Stimmrecht“ nicht froh werden, da derselbe die Wahrscheinlichkeit gebracht hat, daß in 2 Jahren unsere Partei gleich im ersten Wahlgang einen vollen Sieg erringen wird. Vor zwei Jahren erzielten wir in der Hauptwahl 2080, in der Stichwahl 2025 Stimmen, ein deutlicher Beweis, daß wir hier marschieren.

Der Erfolg unserer Parteigenossen in Wismar ist, nachdem jetzt das Wahlergebnis der über mehr als eine Woche ausgedehnten Wahl vorliegt, als probant zu bezeichnen. Als Vertreter der dritten Wählerklasse ziehen 13 Socialdemokraten in das Stadtparlament ein; der letzte Parteikandidat wurde mit circa Zweidrittelmehrheit gewählt.

In J ä d e n b a c h (Sachsen-Meiningen) eroberten unsere Parteigenossen sämtliche vier zur Wahl stehenden Mandate.

Einem gemeinverständlichen Kommentar zu ihrem Programm wird die österreichische Partei herausgegeben. Es soll eine zur Massenverbreitung geeignete Broschüre werden, die Genosse Victor Adler schreiben wird. Die Broschüre soll bereits im nächsten Monat erscheinen.

Gen. Tom Mann gab sein Geschäft in London auf und schiffte sich letzten Donnerstag nach Neuseeland ein; er hofft dort seinen ständigen Aufenthalt zu nehmen.

Politikales, Gerichtliches usw.

— Zur Rechtmäßigkeit der Versammlungsverbote. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die Polizeiverordnungen, welche die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen am Freitag und Sonntag sowie während der Hauptgottesdienstzeit an Sonn- und Festtagen verbieten, rechtmäßig sind. Solche Polizeiverordnungen verstoßen gegen Art. 29 und 30 der Verfassungsurkunde. Das haben wir bereits im Jahre 1898 nach Erlass der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg in den Jahren 1896 und 1898 ausführlich dargelegt. Im Gegensatz zu unserer Ansicht nahm jedoch das Kammergericht unter dem 8. April 1897 und das Ober-Verwaltungsgericht am 9. April 1899 an, solche Polizeiverordnungen seien rechtmäßig. Diese irrige Ansicht ist in diesem Jahre, wie wir seiner Zeit mitteilen, am 22. April und neuerdings am 5. November vom Kammergericht aufgegeben worden. Das Erkenntnis des Kammergerichts, das die Nichtigkeit unserer Ansicht ausführlich darlegt, ist im Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts, Band 22, S. 60—71 ausführlich begründet. Mehrere Verwaltungsbehörden wollten dennoch die Rechtmäßigkeit jener Polizeiverordnungen behaupten. So hat der Polizeipräsident von Berlin eine vom Genossen Wändel auf den 28. April anberaumte Versammlung für die Dauer des Hauptgottesdienstes verboten. Gegen dieses Verbot ist das Verwaltungsstreit-Verfahren eröffnet. In diesem hat der Oberpräsident die Rechtmäßigkeit seiner Verordnung fortwährend behauptet. Wändel hat deshalb im September Klage gegen den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht erhoben. Termin wird in nächster Zeit zu erwarten sein. Bei der großen Wichtigkeit dieses Streitfalles für das politische und gewerkschaftliche Vereinsrecht erscheint es angebracht, die in dem Erkenntnis des Kammergerichts niedergelegten Gründe wiederzugeben. Dieselben gehen dahin: a) Die vom preussischen Vereinigegesetz umhüllten Versammlungen unterliegen als solche (in ihrer Eigenschaft als Versammlungen) politischen Beschränkungen nur insoweit, als das Vereinigegesetz selbst derartige Beschränkungen gestattet. Dies gilt namentlich für alle Beschränkungen im Interesse der öffentlichen oder geselligen Ordnung, wozu die äußere Heiligsaltung der Sonn- und Festtage zu rechnen ist. b) Deshalb dürfen wohl die in den §§ 9, 10 des Vereinigegesetzes genannten Versammlungen (öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, öffentliche Aufzüge) und diejenigen Zusammenkünfte, welche vom Vereinigegesetz und den Art. 29, 30 der Verfassung nicht umhüllt werden (öffentliche Lustbarkeiten, Theater, Konzerte usw.), im Interesse der äußeren Sonntagshelligung polizeilichen Beschränkungen unterworfen werden, nicht aber diejenigen, welche unter § 1 des Vereinigegesetzes und Art. 29, Abs. 1 der Verfassung fallen, nicht also Versammlungen in geschlossenen Räumen, in welchen öffentliche (oder private) Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. c) Diese letzteren Versammlungen unterliegen polizeilichen Verböten im Interesse der Sonntagshelligung auch deshalb nicht, weil sie nicht die äußere, sondern höchstens die innere Sonntagshelligung zu fördern geeignet sind. In dem Verwaltungsstreitverfahren hat nun das Ober-Verwaltungsgericht auszusprechen, ob es diesen Darlegungen sich anschließt. Thut es dies, so ist zu erwarten, daß die ungiltigen Versammlungsverbote endlich außer Kraft gesetzt werden. Steht es sich auf einen andern Standpunkt, so kann ein Auspruch des Reichsgerichts dadurch herbeigeführt werden, daß öffentlich zum Ingehoram gegen die vom Kammergericht wiederholt für ungiltig erklärten Polizeiverordnungen aufgefodert wird. Sobald Termin in dem schwebenden Verwaltungsstreit-Verfahren anberaumt sein wird, werden wir unsere Leser in Kenntnis setzen.

— Wegen Verletzung der Polizeiverwaltung in Gesehmünde wurde der verantwortliche Redacteur der „Norddeutschen Volksstimme“, Genosse Dittmann, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Belegschaft und Löhne im preussischen Bergbau. Für das dritte Quartal giebt die amtliche Statistik wiederum einen Rückgang der Löhne an, von dem fast ausschließlich die unterirdisch beschäftigten Arbeiter betroffen wurden.

Der durchschnittliche Schichtlohn fiel bei dieser gerade in den Bezirken mit starker Belegschaft am erheblichsten. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund laun man auf die Kategorie der unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter rund 117 000 Köpfe rechnen. Sie erhielten nun im III. Quartal pro Schicht in den nördlichen Revieren 5,08, in den südlichen Revieren 4,71 M. pro Kopf. Im II. Quartal dagegen betrug der Schichtlohn noch 5,14 resp. 4,76 M., im Mittel 1900 5,24 resp. 4,99 M. Der Lohnausfall für diese Schichten der Bergarbeiter beträgt also allein in dem einen III. Vierteljahre zwischen 4—500 000 M. gegenüber den Schichtlöhnen des unmittelbar vor-

hergegangenen Quartals. Dagegen haben die Schichtlöhne der anderen Arbeiterkategorien im Bergbau vielfach eine Erhöhung erfahren. Die insgesamt angelegten Lohnsummen in den einzelnen Bezirken haben dadurch und noch mehr wegen der größeren Zahl der beschäftigten Schichten eine Steigerung erfahren, die für sämtliche Bergbaubezirke 6—7 Millionen Mark beträgt. Im ganzen erscheint trotz der schon vielfach erfolgten Förderungsbeschränkungen doch die Einwirkung des schlechten Geschäftsganges, soweit sie in den Arbeiterverhältnissen zu Tage tritt, noch ziemlich begrenzt. So zeigen die Nachverfassungen der verdienten Vergarbeiterlöhne wie schon im zweiten Vierteljahre abermals eine teilweise Zunahme sowohl der Belegschaft als auch der Schichten. Im Steinkohlenbergbau ist die Zahl der Arbeiter sogar in sämtlichen Bezirken gestiegen. Die Gesamtbelegschaft in Ober- und Niedererschlefen, im Oberbergamtsbezirk Dortmund, bei Aachen und Saarbrücken betrug im zweiten Quartal 387 206, dagegen im dritten Quartal 390 911 Köpfe. Die Zunahme beträgt also doch noch 3645 Arbeiter, d. h. beinahe 1 Proz. mehr als im II. Quartal. Davon entfallen allerdings 1776 allein auf die nördlichen Reviere des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Im Braunkohlenbergbau hat die Zahl der Arbeiter abgenommen, ebenso im Erzbergbau, wo in Siegen-Rassau die Abnahme mit 602 Köpfen am stärksten ist. Die Zahl der beschäftigten Arbeitsschichten war im III. Quartal durchweg größer als im II. Die Zahl der Arbeitsschichten schwankt zwischen 2 und 7. Die Schichtlöhne sind freilich durchschnittlich fast in allen Bezirken zurückgegangen.

Die Hamburg-Amerika-Linie und die Deutsche Levante-Linie haben einen Vertrag abgeschlossen, wonach die beiden Gesellschaften sich zu einem gemeinschaftlichen Betriebe einer Dampferlinie zwischen den Häfen der Vereinigten Staaten von Nordamerika einerseits und der Levante andererseits vereinigen. Der erste Dampfer wird im Januar von New York die Reise antreten. In den Vereinigten Staaten besorgt die Hamburg-Amerika-Linie die Geschäfte, in Europa übernimmt die Levante-Linie die Leitung. Die Fahrten werden in monatlichen Turnus, später in vierzehntägigen Zwischenräumen erfolgen. Die Schiffe werden auch den Passagierverkehr übernehmen. Bisher ist der Verkehr nur von englischen Linien zwischen Amerika und der Levante herabgegangen.

Die „Hamburgische Börse“ erfährt, daß die deutsche Levante-Linie die Aufnahme einer neuen 4 1/2 prozentigen Prioritätsanleihe zum Betrage von 8 000 000 M., zurückzahlbar zu 102 Proz., beschlossen hat. Diese Anleihe ist von einem Bankkonsortium übernommen worden und wird wahrscheinlich schon zu Anfang des nächsten Jahres an die Börse gebracht werden.

Für das Spiritusmonopol macht sich in den Kreisen der Spiritusbrenner Stimmung geltend. Die Diffe mittels der Liebesgaben-Politik hat nur immer eine kurze Periode der Bereicherung eingeleitet und schließlich die ungeheure Entwertung dieser Industrie ins Maßlose gesteigert. Jetzt sehen die Interessenten nur noch den Ausweg, daß ihnen der Staat ihre Unternehmungen zu möglichst hohen Preisen abnimmt. Das wäre ein würdiger Schlussstein der hochgezeigten Begünstigung einer Interessengruppe auf Kosten der Allgemeinheit. Das Verlangen geht von dem Verwertungsverband deutscher Spiritusfabriken aus, dessen Mitglieder in einer Sitzung der Abteilung Schlesien in sehr entschiedener Weise für das Spiritusmonopol eintraten. Der große Lagerbestand von Spiritus, der für das neue Geschäftsjahr mit 100 Millionen Liter abschließen dürfte, läßt ein weiteres Herabgehen der Preise sicher erscheinen und damit erschöpft sich die Kraft des Ringes immer mehr; die großen Hoffnungen, die man auf ihn setzte, haben sich nicht erfüllt, deshalb greift man zu dem letzten Rettungsanker, dem Spiritusmonopol.

Lohnherabsetzung. Wie das „Königsflüster Tagesblatt“ mitteilt, beschloß die Versammlung der Betriebsleiter sämtlicher ober-schlesischen Hüttenwerke, angelehnt der mäßigen Konjunktur die Arbeitslöhne auf sämtlichen Hütten herabzusetzen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Konferenz der Blumen- und Feder-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 4. d. M. im Gewerkschaftshaus, um die Gründung eines Centralverbandes zu beraten. Ein einheitlicher Zusammenschluß macht sich notwendig, um eine bessere, planmäßige Agitation zu betreiben. Das wurde besonders lebhaft von den Dresdner und Schöpiger Arbeiterinnen gewünscht, nachdem die Handels- und Transportarbeiter auf ihrem letzten Verbandstag den bei ihnen angeschlossenen Blumenarbeitern eine eigene Organisation zu gründen empfahlen.

Die Konferenz war durch Vertreter von Dresden und Sebnitz be- sichtigt und von der Agitationskommission in Berlin einberufen. Die Gründung des Centralverbandes wurde einstimmig beschlossen und als Sitz desselben Berlin bestimmt. Der Verband soll mit dem 1. Januar 1902 ins Leben treten. Als Vorsitzende wurde Frau Jäger-Paulow, als Kassiererin Frau Jergang-Berlin gewählt.

Der Verein der Blumen- und Feder-Arbeiter und Arbeiterinnen hielt seine letzte Mitgliederversammlung am 4. d. M. in den Kaminhallen ab. Dieselbe war nur schwach besetzt; die Vorsitzende hob hervor, wie sehr in den großen Geschäften vielfach Arbeiterinnen gemacht werden, oder die Mädchen nehmen ihre Arbeitspächden nach Feierabend mit nach Hause, während in der Federbranche ein großer Teil der Arbeiterinnen arbeitslos sei.

Frau Jäger referierte über: „Die wirtschaftliche Krise und wie wir sie in der Blumen- und Federbranche“. Ihre Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung.

Die Ergänzungswahl zum Centralverband ergab als Schriftführer Frau Sim und zwei Kassierinnen. Mit dem von der Konferenz beratenen Statut erklärten die Mitglieder sich einverstanden, ebenso mit den übrigen Neu-Einrichtungen.

Sociales.

Jugendfürsorge.

Die preussischen Minister des Unterrichts, für Handel und des Innern haben an die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt: Berlin, den 24. November 1901.

Wie wir aus den Berichten, die dem mitunterzeichneten Minister für Handel und Gewerbe auf Grund des Erlasses vom 19. Januar v. J. erstattet worden sind, mit Freude entnommen haben, ist es bereits in weiten Kreisen als eine wichtige Aufgabe erkannt worden, die gewerbliche männliche Jugend thunlichst vor den mancherlei Gefahren zu bewahren, die ihr heute drohen, wenn sie sich selbst überlassen bleibt.

In erster Linie suchen die konfessionellen Jünglings-, Lehrlings- und Gesellenvereine, daneben aber auch mancherlei andere Vereinigungen von gewerblichen Unternehmern, Zünften, Gemeinden, Kirchen- und Schulbehörden, andern Korporationen und freien Vereinigungen die aus der Schule entlassenen Anaben während ihrer freien Zeit zu sammeln und sie in angemessener Weise zu unterhalten und zu beschäftigen. Zahlreiche Gesellige, Lehrer an den Volls-, Fach- und Fortbildungsschulen, Handwerksmeister und andere Gewerbetreibende, öffentliche und Privatwohneinrichtungen haben ihre Kräfte mit dankenswerten Eifer in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. In vielen Orten ist demgemäß durch die regelmäßigen Versammlungen der erwachsenen Vereine, durch Jugend-, Lehrlings- und Kaufmannsbeiräte, durch Darbietung von Schreib-, Les-, Spiel- und Erholungsgelegenheit der verschiedensten Art, durch Aufsummfahrungen, durch Turn-, Gesangs-, Preis-, Vortrag- und sonstige Unterhaltungsabende den aus der Schule entlassenen Jünglingen, die eines geeigneten Familienan schlusses entbehren, die Möglichkeit geboten, ihre freien Abende und Sonntage in einer Weise zuzubringen, die ihnen und ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung förderlich ist.

Andererseits lassen die Berichte erkennen, daß diese Möglichkeit nicht überall in der wünschenswerten Weise benützt wird, daß sie aber auch noch an vielen Orten fehlt, wo ihr Mangel schmerzhaft zu beklagen ist.

Es wird dann von Regierungspräsidenten die nachdrückliche Unterstützung solcher Veranstaltungen anempfiehlt durch Einwirkung auf Gemeinde- und Schulbehörden zur Erweiterung bestehender und Neubestellung solcher Veranstaltungen wo sie fehlen, für unentgeltliche Herabgabe, Reinigung, Heizung und Beleuchtung geeigneter Räume und für Interessierung von Lehrern usw. zur Beteiligung an solchen Veranstaltungen. Nach zwei Jahren sollen die Regierungspräsidenten Bericht über den Erfolg ihrer Bemühungen erstatten.

Es dürfte angebracht sein, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß auch die organisierten Arbeiter der Erziehung der heranwachsenden gewerblichen Jugend ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zuwenden und für ihre geistige Ausbildung sowie zweckentsprechende Unterhaltung zahlreicher Veranstaltungen getroffen haben. So die Gewerkschaftsorganisationen einermachen über die nötigen Mittel und Kräfte verfügen, da haben sie allerhand Fortbildungskurse eingerichtet, zahlreiche Volksbildungsvereine, von Arbeitern geschaffen, bestehen mit Unterrichtskursen, mit Turn-, Gesangs- und dergleichen Abteilungen für jüngere Leute. Es ist aus dem Ministerialerlaß nicht zu ersehen, ob auch diese Veranstaltungen der organisierten Arbeiter nun der Fürsorge der Regierungspräsidenten empfohlen werden. Bisher haben sie sich zwar vielfach auch einer gewissen Berücksichtigung durch die Behörden zu erfreuen gehabt, aber nicht im fördernden, sondern ganz im Gegenteil in behinderndem Sinne! Wenn es den drei Herren Ministern im Ernst um nichts weiter als um die geistige und sittliche Hebung der Jugend zu thun ist, dann dürfte es sich empfehlen, dem Erlaß noch einen Kommentar folgen zu lassen — man hat ja schon ein Vorbild solchen Verfahrens in dem Kommentar zu dem bekannten Schul-Prüfungs-Erlaß aus dem Kultusministerium —, in dem die Polizeibehörden noch besonders angewiesen werden, in Zukunft den Jugendveranstaltungen der organisierten Arbeiter keine Schwierigkeiten mehr zu machen.

Ein Urteil über den Achtstundentag. Im Jahresbericht des Gaswerks der Stadt Offenbach a. M. für das abgelaufene Jahr 1900/1901 findet sich der bemerkenswerte Passus, daß trotz Einführung der Achtstundenschicht bei den Feuerleuten, die seiner Zeit auf Antrag der Direktion geschah unter Beibehaltung der für die frühere Zwölfstundenschicht gezahlten Löhne, die Gas erzeugungskosten pro 1000 Kubikmeter sich nicht erhöht, sondern gegen das Vorjahr noch vermindert haben. Es liegt dies, wie der Bericht hervorhebt, insbesondere an den durch den günstigen Stand der Industrie im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielten höheren Preisen für die Nebenprodukte, zum großen Teil aber auch daran, daß relativ die Leistungsfähigkeit des einzelnen Mannes gegen das Vorjahr gestiegen ist. Genosse Ulrich nahm daher Veranlassung, in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeisterei anzuprophezeien, die beim Gaswerk mit dem Achtstundentag gemachten günstigen Erfahrungen auch bei den übrigen Industriezweigen zu nütze zu machen.

Deutsche Krankenkassen-Zeitung. Organ für die Interessen der Krankenkassen-Mitglieder, nennt sich ein neues Wochenblatt, das im Verlage von Hermann Spöher in Berlin, Niederwallstr. 14, erscheint und von Paul Kampffmeyer redigiert wird. Der Preis ist auf 1 M. pro Quartal gestellt.

Ein Specialblatt, das die Frage der Krankenversicherung viel sorgfältiger behandeln kann wie die Tageszeitungen, ist ein ganz nützlichem Unternehmen, aber wäre es nicht empfehlenswerter gewesen, es gleich auf das Gebiet des gesamten Versicherungswesens — Krankheit, Unfall, Invalidität — auszudehnen? Auch die beiden anderen Versicherungsgebiete wären einer Specialbehandlung bedürftig, und der interessierte Personenkreis ist zum Teil derselbe, würde aber durch Einbeziehung der anderen Versicherungsarten wesentlich größer. Das vielfache enge Nebeneinandergehen der drei Versicherungen spricht auch sehr für eine solche Kombination.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen saßen in einer stark besuchten Versammlung, die am Montagabend im Concordia-Saal tagte, folgenden Beschluß:

Die Generalversammlung erwidert in dem **Schiedsspruch des Einigungsamts** vom 4. Dezember eine wesentliche Beschränkung des Rechts der Arbeitgeber, die zu zahlenden Löhne entsprechend der Geschäftslage und dem Angebot von Arbeitskräften mit ihren Arbeitgebern festzusetzen. — Die Auslegung, welche der am 20. März 1900 vor dem hiesigen Gewerbegericht geschlossene Vergleich durch obigen Schiedsspruch erfahren hat, nötigt die Versammlung zu dem Beschluß, daß dieser Vergleich in seinen wesentlichen Bestimmungen nicht mehr innegehalten werden kann und demgemäß **das bisherige Vertragsverhältnis als gelöst zu betrachten ist.**

Der Hauptredner **Ern** führte unter anderem aus: Wenn jetzt die Achtstunderkommission nicht mehr besteht, so solle damit nicht angebrückt sein, daß überhaupt keine Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern mehr stattfinden. Die Vorstände der Arbeitgeber würden nach wie vor mit jedem Einsichtigen verhandeln, und auch die Arbeiter würden sich hüten, die Brücke zwischen den beiderseitigen Organisationen abzubauen. Die Arbeitgeber würden nicht auf dem Standpunkt, daß nunmehr kräftig abgezogen werden solle, man möge vielmehr nur in solchen Fällen Lohnabzüge machen, wo es die Geschäftslage unbedingt gebiete. Es solle an dem Grundsatz festgehalten werden, daß der Arbeitgeber den Lohn bestimmt, daß er aber mit seinen Arbeitern Fühlung behalte, damit der Friede nicht gestört werde. — Ein Redner aus der Versammlung sprach den Wunsch aus, daß man jetzt, nachdem die Vereinbarung aufgehoben ist, auch mit der Abschlagszahlung unter 24 M. hinabgehen dürfe. Die Vorstände widersprachen dem ganz entschieden und betonten, es solle bei der Abschlagszahlung von 24 M. bleiben.

Achtung, Aemtmacher! In der Notiz der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die Kollegen haben nicht die Arbeit niedergelegt, sondern sind entlassen worden, weil sie zu den neuen Bedingungen (bis zu 80 Proz. Abzug) nicht arbeiten wollten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der **Scherefabrikanten-Verein** in Solingen saß in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß: Die Schleifpreise der 1/2 polierten Scheren (ausgeschliffen Sadscheren) werden ein halbes Jahr lang reduziert. Nach Ablauf von sechs Monaten, welche mit dem Tage der Zustimmung seitens der Schleifer ihren Anfang nehmen, tritt das alte Preisverzeichnis ohne Abänderung wieder in Kraft. Falls die Schleifer innerhalb 5 Tagen auf dieses Angebot nicht eingegangen, würde gegen alle nicht zu Kreuzen ziehenden Schleifer die Sperre verhängt, wenn sie nicht ihr schriftliches Einverständnis mit dem Minimalpreisverzeichnis bezeugen. Sehen die Arbeiter auf das Angebot ein, so muß seitens der Arbeitgeber die schwarze Liste, und seitens der Arbeiter die verhängte Sperre aufgehoben werden. — Nun haben die Arbeiter das Wort.

Die neue Abteilung des **Verbrecher-Albums!** Gewohnheitsmäßige Betrüger, Spitzhaken und andre Verbrecher werden bekanntlich auf Staatskosten photographiert und ihr Konterfei dann dem sogenannten „Verbrecher-Album“ einverleibt. In der ganz dem bürgerlichen Denken angepaßten Uebersetzung, daß jeder Streikende nichts anderes als ein Verbrecher sei, hat die Polizeibehörde in Hamburg jetzt in ihrem Verbrecher-Album eine Abteilung für — „Streikwälder“ eingerichtet, in der alphabetischen Reihenfolge vermischlich zwischen den Räubern und den Totschlägern. Bei Gelegen-

heit eines Streiks der Abbrucharbeiter redete der Streikleiter einen „Arbeitswilligen“ an, wurde aber von der Wache entfernt und dann zur Wache geführt. Nachdem der Sünder schon mehrere Male vom Untersuchungsrichter zum Besuch eingeladen worden war, erschien in seiner Wohnung ein Wachtmeister, der sich seine Photographie erbat. Der Unhöfliche weigerte sich, eine solche herauszugeben, unter der für die Polizei fidele höchst lächerliche Motivierung, er betrachte sich nicht als Verbrecher. Am letzten Dienstag wurde er jedoch abermals vor den Untersuchungsrichter geladen, um zwangsweise photographiert zu werden! Er erhob Einspruch, aber wenn er nicht verhaftet und nach dem Stadthaus gebracht werden wollte, mußte er sich fügen. So ging er denn „freiwillig“ mit dem Herrn Polizeiphographen nach dem Stadthaus, wo er auf Staatskosten abfotografiert wurde. Leider weiß der Mann, der doch nur hoffentlich von seiner Verbrecherqualität überzeugt ist, nicht einmal, wie seine Photographie gelungen ist, do man ihm das bei andern Photographen übliche „Probefeld“ nicht zusandte. — So geschah im Jahre des Heils 1901 in der Freien und Hansestadt Hamburg!

Ausland.

Einem **Lesesaal für Arbeitslose** haben die Gewerkschaften Kopenhagens am Montag eröffnet. Der Lesesaal ist von morgens 10 bis abends 8 Uhr geöffnet, der Zutritt für organisierte Arbeiter gratis. An dem Unternehmen sind vorläufig 70 Organisationen mit circa 25 000 Mitgliedern beteiligt.

Ungefähr 400 Arbeiter der Sägewerke bei Votsfärnas in Schweden sind in den Streik getreten. Ursache des Ausstandes sind Lohnherabsetzung und unerträgliche Arbeitsverhältnisse.

Die **Gewerkschaften und Genossenschaften Englands** haben beschloffen, am 14. und 15. Januar 1902 in London eine Konferenz abzuhalten, um einen Plan bezw. einen Gesegentwurf betreffend Alterspensionen auszuarbeiten.

Der **Centralverband der amerikanischen Gewerkschaften** (The American Federation of Labor) wird demnächst in Scranton (Pennsylvania) seine 26. Jahres-Versammlung abhalten. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen sich außerordentlich lebhaft gestalten werden. Der Anlaß hierzu dürfte zum Teil von Sozialisten kommen, die zum so und so vielen Male den Versuch unternommen werden, von dieser gewerkschaftlichen Delegierten-Versammlung eine Erklärung zu Gunsten des Sozialismus zu erlangen. Zum andern Teil ist ein schwieriges Problem rein gewerkschaftlicher Natur zu lösen, indem sich ein scharfer Gegensatz zwischen den alten Handverändern und den (wenigstens in der Form) mehr modernen Industrierwerbenden herausgebildet hat, und da stehen die den Verband regierenden konservativen Gewerkschaftler vor einer Aufgabe, um die sie sich nicht mehr lange herumdrücken können.

Für die **freilebenden Glasarbeiter** gingen im Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend vom 4. Oktober bis 26. November 1901 folgende Beiträge ein: Gesangsverein Neu-Gradow 5.00. Bretterträger und Brettschneider durch Hing 30.00. Tischler auf Liste 4710 5.55; auf Liste 4154 8.95; auf Liste 3468, 3470, 3475 11.40; auf Liste 4058 9.80; auf Liste 4153 9.50. Wälder auf Liste 3556—3557 5.20. Verein der Infallso-Kantinen 50.—. Köhler auf Liste 4121, 4122, 3501, 3503 5.85. Tischler auf Liste 4087 5.80; Kiste, zweite Rate 9.65. Musikinstrumenten-Arbeiter (Rechtsachtung) 32.10. Bretterträger und Brettschneider auf Liste 2581 5.65. Metallarbeiter 200.—. Köhler auf Liste 3512, 4093, 4094, 4095, 4096, 4097, 4098, 4099 23.45. Korbhauer 9.75. Hilfsarbeiter und Stürzer auf Liste 4124, 4126, 4127, 4128, 4129, 4130, 4131, 4132, 3546, 3549, 3551, 3553, 3554, 3555 52.90. Portiermeister auf Liste 2501, 2502, 2503 19.85. Tischler auf Liste 3471 2.40; auf Liste 4712, 4713 7.10. Schürmacher auf Liste 3560, 2585, 2586 21.05. Kistenmacher (Rechtsachtung) 25.25. Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer, Spanndau 10.00. Maler 23.20. Bauarbeiter auf Liste 2522, 2523, 2524, 2526, 2527 5.60. Kleber durch Vester auf Liste 4.90. Für die **freilebenden Tabakarbeiter:** Verein der Infallso-Kantinen 50.00. Arthur Fischer, Kassierer.

Versammlungen.

Zwei **Kulturbilder—Jüterburg und Weischen**, lautete das Thema, über das Rechtsanwalt **V. Frankl** am Freitag in einer öffentlichen Versammlung des 1. Wahlkreises referierte. Als zwei Denkmäler der Unkultur und leider nicht die einzigen, so führte der Redner aus, mächten die Vorgänge in Jüterburg und Weischen bezeichnet werden. Der Redner erinnerte an die Vorlesungen in Mörchingen, wo sich nach einem Liebesmahl die bekannte Tragödie abgespielt hat. Das Charakteristische hierbei sei, daß bei der Beurteilung des Oberleutnants Käpfer strafverhängend ins Gewicht fiel, daß er einen Vorgesetzten erschossen hat. Dadurch erkläre sich nicht nur die verhältnismäßig geringe Strafe für einen Verleser, der ja nur einen gewöhnlichen Zivilisten ermordet hat, sondern es ferner zeichne auch die Rechtsanschauungen, die in diesen Kreisen vorherrschen. Der Redner verwies darauf, daß jetzt in Frankfurt ein Gesegentwurf beraten wird, nach dem die Militär-angehörigen in Friedenszeiten den ordentlichen Gerichten unterstellt werden sollen. Er schilderte sodann die Entstehung und Entwicklung des Zweikampfes, den weder die Kirche noch die weltlichen Fürsten im stonde waren auszurotten. Referent erinnerte an die recht lauwarme Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten **Kasermann**, der sich in seiner Rede geradezu entschuldigte, daß er diese Sache überhaupt im Reichstage zur Sprache brachte. Unter diesen Umständen sei es nicht zu verwundern, daß das Duell noch immer weiter geübt und schließlich zu solch tragischen Vorgängen führe. Während Arbeiter oftmals wegen eines geringfügigen Vergehens zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt, socialdemokratische Redactoren wie Verbrecher von Polizisten gefesselt durch die Strophen geführt werden, kommt der Duellant, der Wörder, der seinen Gegner erschossen hat, für einige Zeit auf die Festung, ruht sich dort gewissermaßen und hat noch Aussicht auf Begnadigung.

Der Redner beleuchtete sodann die Vorgänge in Weischen, die im In- und Auslande eine ungeheure Aufregung hervorgerufen haben und überhaupt von symptomatischer Bedeutung sind für die gegenwärtigen Zustände. Man verlangt und ist erfreut darüber, daß die Deutschen in andern Ländern das Deutschtum bewahren, man verurteilt die von Rußland beliebte Russifizierung, und in demselben Augenblick werden die polnischen Kinder windelweich und blutig geschlagen und man läßt die Eltern ins Gefängnis stecken, weil sie ihre Mutterzunge nicht aufgeben wollen. Der Referent kritisiert scharf die Germanisierungspolitik der preussischen Regierung. Er verlangt Herstellung einer autonomen Verwaltung und einer freiheldischen Schule, in welcher deutsche Kultur gepflegt, die polnische Sprache aber nicht unterdrückt wird; hingegen muß die Religion aus der Schule beseitigt werden. Der Redner führt dann noch an, daß die letzten Vorlesungen in Jüterburg und Weischen (die Weischener Vorgänge will der Redner zu gegebener Zeit noch besonders und principiell besprechen) wiederum den vollstündigen Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft bewiesen und daß nur die Socialdemokratie im stunde ist, den Morast und den Sumpf trocken zu legen. Dem interessierten, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der auch für und gegen eine Sonderorganisation der polnischen Genossen gesprochen wurde, in der sich aber übrigens sämtliche Redner im Sinne des Referats äußerten bis auf einen Herrn **Rickel**, der anscheinend das Vorgehen der Regierung zu verteidigen suchte und schließlich der Versammlung die „Reinheit“ aufstufte, daß sich auch Kassele duelliert habe.

Über den **Militärstaat und das Rechtsgefühl des Volkes** sprach Genosse **Wolfgang Heine** am Freitag in einer öffentlichen Versammlung für den dritten Reichstagswahlkreis. Die Versammlung war recht gut besucht. Anknüpfend an die Verhandlung der Interpellation betreffend des Jüterburger Duells legte der Redner dar, daß die Anschauung, welche in Offizierskreisen über die Standesherrschaft herrscht, und die dem sich beleidigt fühlenden Offizier, oft gegen seinen Wunsch und Willen, die Waffe zum Zweikampf in die Hand zwingt, sich aus den Zeiten des Mittelalters, aus den feudalen Anschauungen des Mittelalters herleite. Aber der Duellkampf sei nur ein Symptom

dieser feudalen Anschauung. Wir finden dieselbe auch in der Ansicht, wonach das Heer, welches in unserer Zeit ein Volk in Waffen sein sollte, betrachtet wird als ein Instrument des Monarchen, und daß das Kriegshandwerk etwas Vornehmeres sei als die bürgerliche Beschäftigung. Diese altfeudalen aristokratischen Anschauungen seien durch den Reserveleutnant in die Kreise des Bürgertums getragen worden. Durch die kriegerischen Erfolge Deutschlands sei dem Militarismus der Kampf gewaltig geschwollen. Gebendet durch diese Erfolge, sei das Bürgertum zu einer gewaltigen Ueberschätzung des Heeres gekommen. In jenen Kreisen sei der närrische Glaube verbreitet, daß alles, was die Vertreter des Militarismus als notwendig für die Landesverteidigung erklären, ohne weiteres bewilligt werden müsse. Diese Anschauung herrsche in allen Parteien mit Ausnahme der socialdemokratischen. Wenn auch einzelne entschiedene liberale Führer ehrliche Gegner des Militarismus seien, so hätten sie doch nicht die Masse ihrer Wähler hinter sich. Diese möchten dem Militarismus gern alles bewilligen. Wir Socialdemokraten regen uns nicht auf über einzelne Ungehörigkeiten, die der Militarismus mit sich bringt, sondern wir sehen deren Ursache in dem System, in der Einrichtung: der Trennung zwischen Heer und Volk. Dazu kommen die schon bezeichneten feudalen aristokratischen Anschauungen von der besonderen Vornehmheit des Heeres, und noch viele andre, die in engster Fühlung stehen mit den Ansichten, welche innerhalb der heute noch vorhandenen winzigen Reste der Grundaristokratie herrschen, und die zum Ausdruck kommen in den Forderungen, welche die Grundaristokratie hinsichtlich der Postpolitik stellen. Die Grundsätze, welche der Aristokratie nützlich sind, werden als die einzig richtigen hingestellt. Gegen diese Aristokratie haben wir den Kampf zu führen. Auf das Bürgertum können wir uns dabei nicht verlassen. Wir Socialdemokraten haben den Kampf allein zu führen, und wir können stolz sein, daß uns die Ehre dieses Kampfes für eine höhere Kultur allein zufließt. Wer einsieht, daß der Kampf gegen die herrschende Klasse im Interesse der Kultur notwendig ist, der muß zu uns kommen. Der Sieg kann nur errungen werden im Zeichen der Demokratie und des Sozialismus.

Zur Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag meldete sich niemand. Der Vorsitzende, Genosse **Hoch**, schloß die Versammlung, indem er die Anwesenden erbat, aus dem Vortrag die naheliegende Lehre zu ziehen und sich, soweit sie noch nicht Mitglieder der socialdemokratischen Organisation sind, derselben anzuschließen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In der Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher, welche am 7. Dezember stattfand, teilte der Obmann mit, daß nicht die „Bürsten-Verfälschungsgesellschaft“, sondern der „Verein für Unfallverletzte“ eine Werkstatt zur Anfertigung von Bürstenwaren errichtet hat, in welcher Unfallverletzte bei 2 M. Tagelohn und achtfündiger Arbeitszeit beschäftigt werden, um so wenigstens vor der größten Not geschützt zu sein. Gegenwärtig werden für die Firma Wertheim Bürsten angefertigt, 7 Arbeiter werden beschäftigt. Die Versammlung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß der Arbeiter, wenn er im Beruf verunglückt ist, sich auf die Wohlthätigkeit verlassen muß, während doch eigentlich die Gesellschaft verpflichtet wäre, für ihn einzutreten. In diesem Sinne sprach auch ein Unfallverletzter, welcher noch um seine Rente klagt.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Gemeinbewahl in Mainz.

Mainz, den 9. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Glänzender Sieg. Mit überwältigender Mehrheit wurden heute fünf Socialdemokraten gewählt.

Bosen, 9. Dezember. (B. Z. B.) Die „Bosener Neuesten Nachrichten“ melden aus **Warschau:** In dem nahen Kalkbruch Acrostain ereignete sich gestern ein **Unfall**. Bei der Sprengung der Gesteinsmasse hatte eine Dynamitpatrone versagt. Eine Anzahl Arbeiter waren dabei beschäftigt, ein Boherloch zu schlagen, als die Patrone sich plötzlich entzündete. Von den Arbeitern wurden sieben schwer verletzt; einer ist bereits gestorben.

Essen (Ruhr), 9. Dezember. (B. Z. B.) Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wird aus **München-Glabach** gemeldet: Infolge Weichens des Fundaments ist ein Teil des Monarwerks eines dreistöckigen Gebäudes in der hiesigen Landgemeinde **eingestürzt.** Drei Arbeiter wurden verschüttet; zwei derselben wurden schwer und einer leichter verletzt.

Bochum, 9. Dezember. (B. Z. B.) Infolge heftiger Regengüsse sind die Ruhr und die Leune nebst Nebenflüssen rasig gestiegen und überschweben weite Flächen. Die Hammerwerke und Wählen im Bolmethal nükten des Hochwassers wegen den Betrieb einstellen. Eine Brücke bei Dahl wurde durch die Fluten fortgerissen. Im Industriebezirk ist heute abend ein Gewitter mit heftigem Sturm niedergegangen.

Frankfurt a. M., 9. Dezember. (B. Z. B.) Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus **Amsterdam** erklärte wegen mangelnder Beteiligung des Auslandes das **Ausführungs-Komitee** die Bewegung zum Boykott englischer Schiffe für **ausgehoben.** Die auf den 16. d. Mts. angelegte internationale Konferenz ist hiermit überflüssig.

München, 9. Dezember. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung des **Finanzausschusses** des Abgeordnetenhauses traten bei der **Veratung des Postetats** die Redner aller Parteien für die **Erhaltung des bayerischen Reservatrechts** unter Beibehaltung der bayerischen Postwertzeichen ein. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident, **Graf v. Craillshaim**, er spreche sich heute wie schon früher aus bestimmteste für die **Erhaltung** des Reservatrechts aus. Man könne seitens des Reiches nicht auf die Zustimmung Bayerns hinsichtlich der Vereinheitlichung der Postwertzeichen rechnen. Die Einführung einer Weltpostmarke hält der Ministerpräsident für einen Traum.

Wien, 9. Dezember. (B. Z. B.) Im Abgeordnetenhause beantwortete Ministerpräsident **v. Koerber** die Interpellation, betreffend die Demonstrationen in **Lemberg** wegen der **Breschener Affaire** dahin, daß Graf **Sokolowski** in dieser Angelegenheit keinerlei Ursache zu Erklärungen gehabt habe. Die Regierung werde nie dulden, daß die internationalen Beziehungen durch innerpolitische Vorgänge getrübt würden, und stelle ihr Vorgehen pflichtgemäß stets in vollstem Einklang mit der internationalen Politik. — Die **Prinzessin Adam Lubomirski** wird zwei Kinder von in Weischen Verurteilten bis zu ihrem 18. Lebensjahre in einem galizischen Institut auf ihre Kosten erziehen lassen.

Wien, 9. Dezember. (B. Z. B.) Die Abendblätter bringen ausführliche Berichte über die gestern hier abgehaltene **polnische Versammlung.** Dieselbe war von etwa 1000 Personen, zumeist Studenten und Socialdemokraten besucht. An der Versammlung nahmen keine offiziellen Persönlichkeiten teil. Die Versammlung nahm unter Angriffen auf die **Schlichta**, deren Vertreter eine **Schlichte**, aber keine polnische Politik betrieben, mehrere Resolutionen an, in welchen die tiefste Entrüstung über das Vorgehen der preussischen Behörde in der **Breschener Angelegenheit**, ferner Entrüstung über das **Sane** Eintreten des Polenklubs im Reichsrat sowie über seine „**nicht-sagenbe**“ Interpellation im deutschen Reichstage ausgedrückt wird.

Paris, 11. Dezember. (B. Z. B.) Das Justizpolizeigericht in **Genève** verurteilte den nationalpolitischen **Pariser Stadtverordneten Watillier**, welcher in einer Versammlung gegen den Präsidenten **Loubet** grobe Beschimpfungen ausgeprochen hatte, zu sechs Monaten **Gefängnis.** „**Le Drapant**“, das Organ der Patrioten-Liga, hat infolge Abonnentemangels sein Erscheinen als tägliches Blatt eingestellt.

Reichstag.

108. Sitzung vom Montag, 9. Dezember 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Niemand. Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation der Abg. Dr. Arendt (Np.) u. Gen.:

„Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Kriegsteilnehmern, denen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1899 die jährliche Beihilfe von 120 M. bewilligt ist, auch gegenwärtig wieder „mangelnde finanzielle Mittel“ die Auszahlung verweigert wird? Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um schleunigst und endgültig diesem Mißstande ein Ende zu machen?“

Präsident Graf Vallaschew: Kurz vor Beginn der Sitzung ist mir die Mitteilung zugegangen, daß der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamt's plötzlich an Influenza erkrankt ist und infolge dessen die Interpellation nicht beantworten kann. Unter diesen Umständen ist es wohl das Beste, wenn wir den ersten Punkt von der Tagesordnung ablesen.

Abg. Dr. Arendt (Np., zur Geschäftsordnung): Es ist leider nicht möglich, die Interpellation heute zu verhandeln; ich spreche aber den dringenden Wunsch aus, dieselbe unter allen Umständen vor den Weihnachtsferien auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Vallaschew: Ob „unter allen Umständen“ (Heiterkeit) die Interpellation vor den Weihnachtsferien verhandelt werden kann, vermag ich nicht zu sagen, jedenfalls wenn irgend möglich.

Der Gesuchentwurf über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze längs des Regens-Flusses wird in dritter Beratung debattellos genehmigt.

Darauf wird die erste Lesung des Zolltarifs fortgesetzt.

Abg. Dr. Deumer (natlib.):

Ich freue mich, als homo novus in diesem hohen Hause erklären zu können, daß die Industrie in meinem Wahlkreis, der einer der größten der Monarchie ist, den aufrichtigen Wunsch hat, mit der Landwirtschaft Hand in Hand zu gehen. (Beifall rechts.) Wir dürfen der Landwirtschaft nicht denjenigen Schutz entziehen, dessen sie zu ihrer Fortexistenz bedarf. Die Aufstellung eines angemessenen autonomen Tarifs soll uns ein Kampfmittel geben zum Wählung günstiger Handelsverträge. Wir glauben, daß manche Sätze des uns vorgelegten Tarifs zu niedrig sind, während andere Sätze für Industriellen, die ausschließlich auf den Bezug der betreffenden Materialien angewiesen sind, zu hoch erscheinen können und herabgesetzt werden müssen. Innerhalb der Eisen- und Stahl-Industrie besteht im allgemeinen ein Wunsch nach Erhöhung der gegenwärtigen Zölle nicht, was nicht ausschließt, daß für manche Sätze auch dieser Industrie ein höherer Zoll angebracht erscheint. Wir sehen die Zölle des autonomen Tarifs von 1879 als das Minimum dessen an, unter das beim Abschluß von Handelsverträgen nicht herabgegangen werden darf.

Unsere Eisenindustrie ist heute schutzlos der amerikanischen Einfuhr preisgegeben; so hat ein amerikanisches Haus mit einem großen süddeutschen Geschäft ein Abkommen in schmiedeeisernen Röhren geschlossen, wodurch das erstere von vornherein jedes Geschäft zu jedem Preise guthieß, das mit einem Deutschen geschlossen wurde. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Die Amerikaner unterhalten in Deutschland große Konfigurationslager zur Verfügung der betreffenden Abnehmer, ohne vorher den Preis irgendwie zu bestimmen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Eine Menge von Ländern, die auf dem Weltmarkt mit uns in Konkurrenz stehen, bezahlen niedrigere Löhne als wir. Das gilt namentlich von Amerika. Es ist freilich Passion geworden, von den „exorbitanten Löhnen“ in den Vereinigten Staaten zu reden. 1893 sind im Pittsburger Revier die Löhne durchschnittlich um 20 Proz. reduziert worden, und 1898 verdienten die Arbeiter nur noch 1/3 des Lohnes von 1893. Die Bezahlung des gewöhnlichen Hilfsarbeiters ist 1898 auf 10 Cents für die Stunde bei zehnstündiger Arbeit zurückgegangen. Inzwischen haben sich dann bei einzelnen Industrien die Löhne wieder gehoben. Die rheinisch-westfälischen Arbeiter sind, zumal in Anbetracht ihrer ständigen Beschäftigung, glänzend gestellt gegenüber den Arbeitern des amerikanischen Anthracitreviers. Dazu kommt die feurere Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Lebensmittel!) Ich spreche nicht von den Lebensmitteln, sondern von der Lebenshaltung. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Sie sind sehr vorständig!)

Dazu kommt, daß man bei uns nicht wie in Amerika bei schlechter Konjunktur die Arbeiter in großen Massen entläßt, sondern man behält wenigstens die älteren Leute. Ebenso müssen die socialpolitischen Lasten, die den deutschen Industriellen im Gegensatz zu den wettbewerbenden Nationen auferlegt sind (Zuruf bei den Socialdemokraten: Pfennige!), berücksichtigt werden. Wir tragen diese socialpolitischen Lasten freudig und ich

wünsche als Freund der Arbeiter (Lachen bei den Socialdemokraten), daß wir recht bald in die Lage kommen können, noch mehr in dieser Richtung zu thun. Aber wir müssen diese Belastung jetzt den wettbewerbenden Nationen in Rechnung stellen. Neben der Zollpolitischen Gesetzgebung muß übrigens eine Verbilligung der Frachten durch Ausbau unserer Wasserstraßen einhergehen. Was die Handelsverträge anlangt, so können dieselben natürlich nur langfristige sein. Es ist die Ansicht geäußert worden, daß unser Export in absehbarer Zeit abnehmen könne. Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Gerade die jetzige wirtschaftliche Depression beweist, wie notwendig für uns die Ausfuhr ist. Unsere Eisen- und Stahlindustrie fährt jetzt 60 bis 65 Proz. ihrer Produkte aus zu verlustbringenden Preisen, lediglich um die Arbeiter noch beschäftigt zu können. Herr Richter machte der deutschen Industrie, besonders den Syndikaten einen Vorwurf daraus, daß sie zu billigeren Preisen nach dem Ausland als in das Inland liefert. Weich Herr Richter nicht, daß fast alle wettbewerbenden Nationen dasselbe thun? Daß unsere Syndikate Fehler begangen haben, werden die Syndikate selbst nicht leugnen. Das liegt daran, daß sie noch neue Formen unseres wirtschaftlichen Lebens sind. Ich möchte aber betonen, daß das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt zur Zeit der Kohlenknappheit eine außerordentliche Mäßigkeit bewahrt hat (Lachen bei den Socialdemokraten) und zu billigeren Preisen verkauft hat, als sie auf dem ganzen Weltmarkt geboten wurden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn wir damals den freien Wettbewerb gehabt hätten, wären die Kohlenpreise um das Drei- und Vierfache höher gewesen.

Ohne die Syndikate, namentlich das Großblech-Syndikat, wären Tausende und Abertausende von Arbeitern schon jetzt brotlos; die Syndikate haben die Aufrechterhaltung zahlreicher Betriebe ermöglicht.

Daß unsere Exportindustrie nicht die Lebensader unterbunden werden kann ohne schwere Schädigung des gesamten wirtschaftlichen Lebens, ist ohne weiteres klar. Wir müssen für diese Exportindustrie günstige Einfuhrbedingungen in die fremden Länder schaffen, und das können wir mittels eines Kampftarifs erreichen.

Ueber die Getreide-Minimalzölle sind die Meinungen innerhalb meiner politischen Freunde geteilt. Der Teil, dem ich angehöre, ist der Meinung, daß die gesetzliche Festlegung der Minimalzölle unter Umständen den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich mache, und diese Meinung wird auch im Lande von der weitans größeren Zahl der Großindustriellen geteilt. Die Regierung hofft ja, trotz der Minimalzölle zu Handelsverträgen zu kommen, allein es ist hier nicht mit solchen allgemeinen Wendungen gethan. Ich bitte, uns in der Kommission vielleicht nähere vertrauliche Mitteilungen darüber zu machen.

Ich bin im wirtschaftlichen Ausmaß wiederholt vernommen worden und habe stets die größte Unparteilichkeit des Verfahrens innerhalb derselben beobachtet. Der Industrielle, der dem Abg. Gotheim gegenüber den wirtschaftlichen Ausmaß eine Anmiederung für höhere Zölle genannt hat, hat ein würdevolles und latloses Wort gesprochen. (Lebhaftes Oho! links.) Der Direktor des Reichsamts des Inneren, der die Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses geleitet hat, hat sich nicht als Anmiederer für höhere Zölle benommen (Zuruf links: Hat auch niemand behauptet), sondern als tüchtiger, leistungsfähiger, unparteilicher Beamter.

Abg. Dr. Vogel leant bloß eine Frau Potiphar; der Handelsminister leant auch einen Herrn Potiphar und hat ihn sich ungefähr in der Rolle des jüdischen Reichskanzlers gedacht. Daß dieser Kämmerer in der Weltgeschichte weniger bekannt geworden ist als seine geehrte Frau, die dem ägyptischen Handelsminister Joseph als Anmiederer eine unerlaubtes Verhältnis anbot, das dann man doch wahrhaftig dem jetzigen preussischen Handelsminister nicht in die Schuhe schieben. Der Handelsminister befindet sich außer dieser Festigkeit in der Oberbekleidungs auch nicht in der unangenehmen Position des zwischen zwei Stühlen Sitzenden, sondern in der sehr angenehmen Lage des Metacentrum. Fürst Bismarck hat uns 1879 mit dem autonomen Zolltarif eine Waffe geschaffen, ohne die unsere Industrie niemals ihren großen Aufschwung genommen hätte; es war nicht seine Schuld, daß diese Waffe bei den 1893er Handelsverträgen von ungeschickten Leuten gebraucht wurde. Bismarck hat bis an sein Ende im Sackennwald die Interessen-Solidarität zwischen Landwirtschaft und Industrie hochgehalten. Wenn wir seinem Vorbild folgen, wird auch aus dieser Zollgesetzgebung etwas Gutes herauskommen, Arbeit für den Pflug, für den Amboss und für den Webstuhl! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Köhler-Kaiserslautern. (V. d. L.):

Die langen bisherigen Zolldebatten wären recht langweilig geworden ohne einige erhebende Momente. Dazu hat namentlich beigetragen der Abg. Bräse. Er hat sehr richtig ausgeführt, die Rolle der Landwirtschaft, die auch er nicht bestritten hat, rühre

ihre Kraft durchmachen. Alles also unter einem Dach und so dicht bei einander wie wir möglich.

Aber ich darf nicht verschweigen, daß jede der beiden Familien, die unter diesem köstlichen Dache lebten, auch noch einen besonderen Raum hatten, dem Schweineboden entgegengekehrt, und sogar verschließbar. Es war ein kleines Stübchen, wenige Meter breit und ebenso lang, dazu nicht zu hoch. Das war der Salon. Denn die Schlafgelegenheit war wo anders untergebracht. Die bestand sich hinter ein paar Schiebethüren, an der Rückwand des Salons. Es war eine sogenannte „Bucht“. Abends schloß man die Thüren zurück. Dann ist der Salon eine Schlafstube. Und morgens werden die Thüren wieder vor die schmalen Lagerstätten geschoben. Dann ist die Schlafstube wieder ein Salon. Eine billige Art, einen armen Häusler und Tagelöhner mit zwei Zimmern zu beglücken. — Nachdem ich mir die Räumlichkeiten angesehen, führten mich die Kinder zu der Mutter, die draußen im Regen aus ihrem Acker arbeitete. Sie zog Seltette aus der Erde.

„Na, morgen soll es wohl Salat geben?“ fragte ich. „Jawohl, das ist wohl nicht für uns!“ antwortete sie lächelnd. „Die verkauf ich an die Geschäftslente in Eisebrügge. Man muß doch seine Familie ernähren. Wir können uns dat nich leisten, Salat, Salat aus Sellerie. Bei uns giebt's Kartoffeln und Speck, und Speck und Kartoffeln, manchmal auch bloß Kartoffeln. Damit wir nich zu äppig werden.“

„So, da essen Sie also Ihre Schweine allein auf?“ „Das möchten wir wohl, das möchten wir wohl! Aber zwei dabon werden verkauft. Der einzige Verdienst ist dat, den wir haben. Und wenn die Schweine jetzt nicht so teuer wären — fünf- undvierzig Mark krieg ich uff hundert Pfund lebend Gewicht — denn wär' auch nich an. Na, das ist auch so nich. Erstens zahlt man zwanzig Mark fürs Ferkel. Und dann jeder Saß Schrot zehn Mark und fünfzig Pfennige. Und die Kartoffeln und dos Kraut dazu; und die Fütterung beim Futterlochen — wenn ich das alles rechne, dann ist dos bloß, daß man mal das Geld, das man so nach und nach auslegt, in einem Mal wiederkriegt. Dann ist die Arbeit aber noch gar nicht bezahlt, die ich gehabt habe. Ja, wenn man selbst so dos Futter hätte, wie die Bauern, dann lohnt es sich, Schweine zu füttern. Aber bei dem teuren Schrot! Und es soll ja immer teurer werden. Die wollen ja noch Zoll drauf haben, die Bauern.“

Sie beschritt die Selleriefelder und fuhr dann fort: „Wie das dann werden soll, ist mir noch nicht klar, aber rein noch gar nicht klar. Denn daß der Bauer meinen Mann wieder zulegt, glaube ich nich. Jetzt hat er ja 'ne Mark für den Arbeitstag. Dat sind sechs Mark in der Woche. Aber das hatten wir auch erst mit Aach jektzeit. Früher hatte mein Mann nur fünfundsiebzig Pfennige. Da gingen wir denn 'mal zum Bauern und sagten: Giebst Du uns nich 'ne Mark, denn flüchten wir in de

von der geringen Rente her. Er hat sich mit vollem Rechte auf den Acker Kräftig bezogen; dieser sein Anspruch steht auf derselben Höhe wie Kräftig's Wort: Die Armut kommt von der Faulheit!

Wir sind gewohnt, daß der Reichskanzler in seiner Redegabe die Macht des Humors und die Macht der Dichtkunst zum Ausdruck bringt, aber wir verstehen auch, daß er mit diesen Waffen ganz vorzüglich das zu verhüllen weiß, was er vielleicht sagen will, was er denkt, und man weiß mir nicht so ganz genau, was er nun eigentlich in seinem Innern meint. Abg. Richter hat die Rede des Reichskanzlers bedeutungslos genannt; ich brauche den Reichskanzler in dieser Beziehung nicht zu verteidigen, aber über die Bedeutung der Rede des Reichskanzlers für uns werden wir erst dann ein Urteil fällen, wenn die Tarifvorlage in einer uns genehmen Form die Zustimmung der Regierung gefunden hat. Draußen im Lande ist in vielen Kreisen die Meinung verbreitet, daß, so oft der Reichskanzler spricht, der Schall hinter ihm nicht und sagt: „Du kennst mein Herz noch lange nicht.“ (Heiterkeit.) Wir wollen deshalb weniger auf seine Reden als auf seine Thaten sehen. Für die Regierungsvorleger ersehen der Abschluß von Handelsverträgen unter allen Umständen notwendig; für uns ist die erste Bedingung die Regelung unserer Zollverhältnisse in einer unsrem Wirtschaftsleben entsprechenden Weise; für uns besteht keine Notwendigkeit, sondern nur eine Möglichkeit von Handelsverträgen.

Nedmer sucht des weiteren nachzuweisen, daß die Ursachen der Handelsverträge politischer Natur waren, im Gegensatz zu den Ausführungen der Denkschrift. Um die Handelsverträge abzuschließen gab man die Landwirtschaft preis. Herr Müller hat offen zugefanden, daß die Getreidezölle damals Oestreich-Ungarn auf dem Präsentierteller dargebracht wurden, um sich gewissen politischen Unannehmlichkeiten zu entziehen. Die Ausfuhr ist gegenüber den Vertragsstaaten absolut nicht mehr gewachsen als gegenüber den andren Staaten. (Abg. Gotheim: Nein!) Herr Gotheim wird hoffentlich Gelegenheit finden, dieses Rein zu beweisen. Ich erwarte indes, daß er es nicht so machen wird, wie der verstorbene Herr v. Siemens, der immer uns richtigen Vorderfragen falsche Schlüsse zog. Zu letzter Zeit freilich schien er sich zum Agrarier entwideln zu wollen. (Lachen links.) Hoffentlich folgt ihm der erste Vorsichtige des Handelsvertragsvereins auf diesem Wege. — Wo sind denn die günstigen Wirkungen der Handelsverträge? Der Kursverlust unserer Aktiengesellschaften hat allein im letzten Jahre zwei Milliarden betragen. Ueberproduktion und Uebergründungen haben die Bankroths hervorgerufen. Wir stehen jetzt in einer Zeit der Krisis und unser Aufgabe ist, diese Krise für die Zukunft zu mildern. Das kann nicht durch Handelsverträge geschehen, die nur einseitig die Industrie begünstigen. Landwirtschaft und Industrie müssen gleichmäßig berücksichtigt werden. Der Maximal-Getreidezoll kommt ja gar nicht in Betracht. Als Minimalzoll sind 5 Mark festgesetzt. Aber bereits 1887 betrug der Zoll 6 M., und damals waren die Getreidepreise höher. Man will den Wertesoll nicht erhöhen. Warum? Der Industrie wegen! Ich behaupte, daß wir allerdings in der Lage sind, Deutschland allein mit Getreide zu versorgen. Der Gegenbeweis ist bisher nicht erbracht worden. Man spricht immer von Vorkünder! Wenn jemand seinen Lohn, der nicht auskömmlich ist, erhöhen will, ist das Wucher? (Lachen links.) Ich frage Sie, wie billig soll denn das Brot sein, damit es diejenigen kaufen können, die nichts übrig haben? — Herr Wedel warf uns aufsehende Apitulation vor. Da hat Herr Wedel sich jedenfalls selbst noch nicht reden gehört. (Sehr richtig! rechts.) Die Substitutions sollen zurückgegangen sein. Gewiß, aber was ist der Grund. Erstens hat in Westpreußen die Anstehungskommission sehr reichlich gewirkt und dann haben die Gläubiger in vielen Fällen eingesehen, daß für sie die Ausführung der Substitution ein zweischneidiges Schwert ist. Bei zu großer Verschuldung kann es leicht kommen, daß er überhaupt nichts heraus bekommt.

Abg. Wedel hat behauptet, die socialdemokratischen Landwirte wollten keine Zölle haben. Es ist demgegenüber interessant, was die Socialdemokratie mit der Landwirtschaft vorhat. Auf dem internationalen Socialistenkongreß in Paris 1889 erklärte Liebknecht, das stärkste Volkwerk gegen die Ausbreitung der Socialdemokratie sei bisher gewesen das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigentum. Deshalb sehe die Socialdemokratie in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Würgerlaster für ihren baldigen Erfolg. (Hört, hört! rechts.)

Und auf dem socialdemokratischen Parteitag in Breslau wurde erklärt: „Als Besitzer können wir die Bauern nicht zu uns herabziehen, sondern nur als Befreiende. Unser Erfolg hängt ab von der Verarmung der deutschen Landwirtschaft.“ (Hört! hört! rechts.) Ganz ungerührt ist die Behauptung von dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen Getreidezoll und Getreidepreis; in der Zeit des Freihandels, 1870—79, kostete die Tonne Roggen und Weizen 198 M., heute nur noch 150 M. Abg. Wedel hat die elende

Aus Dr. Diederich Hahn's Wahlkreise.

II.

Neben dem „glänzenden Elend“, das ich im ersten Artikel*) schilderte, fand ich auch Elend ohne jeden Glanz. Aber überall, nur nicht bei den Hahn'schen Wählern. Die Leute, denen es schlecht ging, hatten keine Stimmen für den Vertreter des agrarischen Reichstages abgegeben. —

Ja, zwischen den bis zur Giebelspitze oft vierhöckrigen Häusern der Bauern standen hier und da auch stumme, windstiefle Lehmhütten, die nur mit Schilf gedeckt waren und die nur wenige, kleine Fenster hatten, mit denen sie wie verschüttete Armut in das fette, üppige Land blickten. Das waren keine Bauernhütten, sondern die Wohnungen der Tagelöhner. Wie es in denen aussieht, das erfuhr ich in der Hütte des Tagelöhners jenes Bauern, dessen Heim ich im ersten Artikel geschildert habe.

Als ich durch die waldige Thür der Giebelwand eingetreten war, umgab mich ein Dämmergrau. Ich wollte vorwärts schreiten, merkte aber beim ersten Schritt, daß es hier unter dem Dach nicht entfernt so eben war, wie draußen auf den vielbefahrenen Wegen. Nicht die geringste Spur von Steinpflaster oder gar Holzdielen. Ganz gewöhnlicher, notdürftig festgestampfter Lehm bildete den Fußboden. Bei dem feuchten Wetter hatten die von draußen hereinkommenden eine glitschige Spur in der Mitte des Raumes hinterlassen.

Nach und nach gewöhnten sich meine Augen an das Halblicht. Nur trotz mir etwas an meinen Gesichtorganen. Und bald hatte ich die Ursache entdeckt. Zwei offene Herde. Zu beiden Seiten des Raumes je einer. Der Rauch mochte sich einen bescheidenen Ausweg suchen. Etwas durch den Schornstein? So etwas gab es hier natürlich nicht. Die Not der Landwirtschaft ist eben zu groß. —

Alles, was hier in der Diele, dem großen Mittelraum des niederdeutschen Bauernhauses, stand, war von dem Rauchniederdruck in einen bestimmten, höchst malerischen Ton gebracht. Ein Künstler hätte seine Freude an dem harmonischen Zusammenklang der Farben haben können. Die Decken und Wände glänzten in einem tiefen Schwarz, als seien sie mit Teer getränkt. Neben den Herden standen rüchensche und Geräthehalter mit dem notdürftigsten Küchengerät. An der Erde hockten Kinder, die vom Rauch umschwefelt wurden. Trübe sahen sie zur Thür hinaus in den Regen. Der konnte nicht ganz die ausgedehnten Obstkulturen verdecken, deren reiche Erträge von den Bauern nach England verkauft werden.

Ein Endchen weiter hinten in der Diele waren Kartoffeln und allerlei andre Feldfrüchte aufgehäuft. Und dahinter kam das erfreulichste: Verschläge zu beiden Seiten, in denen je drei Schweine

Stadt. — Ach, was streubte sich der erst! Aber er wollte doch meinen Mann nicht verlieren. Dat is doch een Arbeiter, wie er so leicht keinen kriegt. Der Nachbar hat seinem Häusler nicht zugelegt. Da is der Häusler eben gesünder. Ach, die Anfängen flüchten alle. Die werden doch nicht so jämmerlich leben? Ann, da müssen sich die Bauern schon Vorkasse holen. Gebessert haben wir uns mit dem höheren Lohn gar nicht. Et is jo allens so teuer geworden. Vor allem dat Schrot und dat Mehl.“

„Na, da haben Sie doch aber freies Wohnen und Feuerung und freie Weide für eine Kuh und einen Morgen Kartoffelfeld und einen halben Morgen Flachland und kriegen noch ihr monatliches Deputat an Mehl und Ousefrüchten, wie die Tagelöhner auf den ostelbischen Gütern?“

Die Frau schwieg eine Weile. Dann sah sie mich misstrauisch an, ob ich sie etwa zum ersten haben wollte. Plötzlich lachte sie bitter auf:

„Jawohl, für die Wohnung zahlen wir sechzehn Thaler jährliche Miete. Und außer dem Tagelohn giebt es nichts weiter. Nichts! Nur dies kleine Stübchen Land, auf dem ich ein bißchen Gemüse für die Geschäftslente pflanze. Etwas ein viertel Morgen. Die fünfzig Ruten Kartoffelfelder müssen wir mit einer Mark pro Rute Pacht gleich machen. Und wenn Sie nun die Feiertage und Sonntage und die ausfallenden Tage rechnen, können Sie sich vorstellen, was wir alle Jahr rauskriegen beim Bauer. Einmal wird ja hier nur gerechnet. Na, da bleibt nichts. Und da mein Mann von früh bis in die Dunkelheit hinein beim Bauer schuften muß, bleibt mir nichts andres übrig, als für uns zu sorgen. Manchmal, wenn das Land trägt, kommt man ja grade so aus. Aber wenn's nu' in diesem Jahre nicht zwei Mark für den Saß Kartoffeln gäbe? Wenn ich nu' nicht zweenundvierzig Saß hätte verkaufen können? — Dann wär's besser, wir gingen ins Armenhaus! Da haben die Leute wenigstens warme Stuben und keinen Rauch drin. Und dazu kümmern sich die Bauern noch um dat, wat man denkt. Wenn unserens die Kinder wat lernen läßt, dann heißt et, ob man nich ganz richtig wär! Und 'ne Zeitung brauche man doch auch nich halten.“

„Als ich näher das geräumige, lustige Armenhaus besuchte, in dem jede Familie eine warme, helle Stube bewohnte, und wo ein schlichter Hausvater für die Armen sorgte, verstand ich, warum die Häuslerin ihre jämmerliche Wohnung gern für das Armenhaus geopfert hätte.“

Vielleicht haben die Bauern den Dr. D. Hahn gewählt, damit er das echte ländliche Elend beseitigen helfe? Vielleicht meint er auch das wirkliche Elend auf dem Lande, wenn er vom Reichstag der Landwirtschaft spricht? Vielleicht verstehen wir alle ihn nur falsch? Vielleicht wird er uns nächsten in der Auffassung seiner Ansichten berechtigen? —

Hans Bauder.

*) Siehe Nr. 270.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 10. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein liberale Nummer. — Erklärung von F. Mehring. — Zwei literarische Ergebnisse über die Frauenfrage. Von A. Bebel. — Was revolutioniert die Arbeiterklasse? Von Georg Ledebour. — Christian Dietrich Grabbe. Von Franz Mehring. — Jiffen des Verbrechens, insbesondere die starke Abnahme der Vermögensdelikte. (Schluß). — Literarische Rundschau: Prof. Dr. E. S. Müller, Das Heilalter der Entdeckungen. — Notizen: Die Festlegung des Militärstrafgesetzbuchs. Die Arbeitskammern in Italien. Was leidet die Arbeiter? Von W. H. D. W. W. W.

Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München, J. Schönböcker Verlag (Karl Schönböcker). Das vorliegende 12. Heft 1901 hat folgenden Inhalt: Die Post der indirekten Steuern. Von Geh. Admiralitätsrat P. Koch in Berlin. — Die Tabaksteuer in Deutschland. Von Franz Graf, Ober-Regierungspräsident in Passau. — Miscellen. Gesamtregister der Jahrgänge 1868—1901.

Der neue Gesetzentwurf betreffend die Reform der französischen Militärstrafprozess-Ordnung. Eine kritische Studie von Dr. Ernst Franz Weiß. Verlag der „Deut.-ung. Staatszeitung“ in Wien.

Die Handarbeit, der Grund- und Aufbau der harmonischen Erziehung. Von Robert Seibel. 50 Pf. Leipzig, Richard Döberlein.

Legen der armen Familien hervorgehoben, die sich nicht einmal ihr Brot kaufen können. Aber dies Elend existiert nicht nur auf dem Lande, sondern in den Städten. Warg hat in seiner Rede über die Abschaffung der englischen Getreidezölle gesagt, das englische Volk erblicke in den dortigen Vorkämpfern gegen die Getreidezölle seine größten Feinde und die schlimmsten Feindler. Man sieht, Warg hatte schon ähnliche Andeutungen an der Hand, wie heute Abg. Bebel. Warg sagt weiter, ein Fall des Preises der landwirtschaftlichen Produkte reduziere die Löhne nicht nur der landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch der Industrie-Arbeiter. Die Industrie bekommt heute ihre Zölle ohne weiteres, und nicht einmal sie (zu den Sozialdemokraten) wagen, sich dagegen aufzulehnen. Die Landwirtschaft hat seit zehn Jahren auf den jetzigen Moment gewartet. Wenn wir jetzt wieder den notwendigen Schutz nicht bekommen, nun, so lassen wir einmal alle Zölle fallen, wir wollen wünschen, daß die Löhne uns dabei unterstützen, dann wollen wir unter gleichen Bedingungen mit der Industrie arbeiten, dann wollen wir die Produktion der Industrie nicht teurer bezahlen, sondern auf gleichem Boden den gleichen Kampf aufnehmen. Es ist mit Recht der nationale Stolz im Kampf mit dem Ausland vom Reichstagler betont worden; diese Erwägung hätte auch neulich maßgebend sein

solten, wo in England eine amtliche Persönlichkeit Deutschland und das deutsche Volk nicht sehr glimpflich behandelt hat. Ich hoffe, daß später, bei einer andern Gelegenheit, den Empfindungen des deutschen Volkes genügend Rechnung getragen wird. Wir können keine Weltpolitik treiben ohne eine gesunde Heimatpolitik. (Sehr gut! rechts.) Hoffentlich stellt sich im weiteren Verlauf der Entwicklung nicht wieder das alte Bild ein bei Regierung und Reichstag, daß der angeborenen Falbe der Entschliebung des Gedankens Flüsse angekränelt wird. Ich hoffe, daß wir endlich werden sagen können: Im Anfang war das Wort, am Ende war die Tat! (Lebhafter Beifall rechts.)

Nach einigen kurzen Ausführungen des Abg. Ragner (C.), die auf der Tribüne vollkommen unverständlich blieben, teilt Präsident Graf Ballestrem um 3/4 Uhr mit, daß ein Antrag auf Vertagung eingegangen sei, da eine größere Anzahl Redner sich erst für einen späteren Termin vorbereitet hatten. Der Vertagungsantrag, für den die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die meisten anwesenden Centrumsmitglieder stimmen, wird angenommen. (Große Heiterkeit.) Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Fürst Radziwill (Polen) betr. die Wreschener Vorgänge, Fortsetzung der ersten Lesung des Zolltarifs.) Schluß 3/4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 10. Dezember. Cyrenhaus. Die Abreise. Bajazet. Schenkelbrödel. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen. Schiller. Die Braut von Messina oder: Die feindlichen Brüder. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Der rote Hahn. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Der Kronprinz von Bante. Anfang 8 Uhr. G. v. Wolzogen. Bunte Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr. Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr. Carl Beck. Die Schlangentänzerin. Vorher: Karfreitag. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ofenbach-Gullus. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Reinigung. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Königiana. Luftballon „Origo-Land“. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtgänger. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Täglich: Sternwarte. „Ueber den Wolken.“

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken. Im Hörsaal um 8 Uhr: „Die Leichtmetalle.“ — Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Passage-Panoptikum.

Neu! Der indische Neu! Doppelmensch! 4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

Castans Panoptikum.

Neu! — Neu! Das neueste Wunder der Elektrizität: Vorführung d. Telegraphie ohne Draht. Vorstellungen von 11 bis 1 Uhr und 4—10 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Benefiz für Herrn Willy Brackmann. Novität! Novität! Die Schlangentänzerin. Hoffe in 3 Akten nach dem Englischen des Anthony Hope u. Edward Roth. In Scene gelegt v. Ernst Ritterfeldt. Vorher: Karfreitag. Drama in 1 Akt v. Willy Brackmann. Regie: E. Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr. 25. Dezember: Operetten-Saison.

E. von Wolzogen.

Bunte Theater (Ueberbrett) Köpnickstr. 68. Gastspiel der japanischen Truppe Sada Yacco u. Kawakami. Gerichtsscene aus dem Kaufmann von Venedig, in japanischer Umdichtung. Vorstellung des Bunte Theaters. U. a.: Der Uberschante von Raoul Quernbeimer; Der Nachtwandler. Musik von R. Schönböcker; Brunnengänger. Musik von Jopler; Das tote Elchhorn von Rudolf Preller. Anfang 8 Uhr.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236. Das neue Dezember-Programm. 28 Internationale Künstler 1. Ranges, unter andern die Cantomimen und Chansons animés in der Pariser Original-Befegung. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Braunstrasse 16. Benefiz für den Kapellmeister Fritz Kleber. Einmalige Aufführung: Die Haubenlerche. Schauspiel in 4 Akten von G. v. Wildenbruch. Heute Tanz-Kränzchen. Mittwoch: Der Glöckner von Notre Dame.

Cirkus A. Schumann.

Dienstag, den 10. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr: Große außerordentliche Gala-Vorstellung.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Zum Schluß: Neu! O Tannebaum! Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Dienstag, 10. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Origin-Pantomime des Cirkus Busch.

Künstliche Zähne von 2 Mark an.

W. Schindler, Alexanderstr. 32, 1. Polizeigebäude.

Metropol-Theater.

Zum 107. Male: Schön war's doch. Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. Thomas, Josephi, Bender, Frid-Frid, de Vere, !! Bender als Saharet !! Anfang 8 Uhr. Rauben überall gestattet.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 6 Uhr. Ende 11 Uhr. Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats. Mme. Jourda in ihrer grossartigen Imitation der Sada Yacco. Die Harrison-Truppe. Hella v. Schmidt. Lotte Sebus. Sisters Pontell. „Mascagni“ etc. etc. 16 neue erstklass. Nummern.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg durch Neubesetzung u. Umarbeitung der Ausstattung-Burleske: König Aqua mit Willi Walden, Georg Kaiser, Emil Richard, Arnold Rieck, Martin Keitner, Emay Kröcher. Vorher: 10 auserlesene Spezialitäten und La Roland. Georg Kaiser. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Casino-Theater.

Vollbringerstr. 37. Neu! Das Volksstück: „Weihnachten“. Neu! Die Gefangenen: „Mädchenjäger“. Ser. Spec. Progr. Corradini. Anf. Bod. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Solree: Tanz. Neu! Neu! Neu! Lehmanns Heimkehr. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Berücksichtigung gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Zum Schluß: Neu! O Tannebaum! Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Dienstag, 10. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr: „Klondike“. Origin-Pantomime des Cirkus Busch.

Künstliche Zähne von 2 Mark an.

W. Schindler, Alexanderstr. 32, 1. Polizeigebäude.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornahmst. Vergnügungsort. Täglich: Internationale Konzerte. Specialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Palast-Theater.

(früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Ganz Berlin lacht! und amüsiert sich! über das neue riesengroße Dezember-Programm. Um 9 Uhr die allabendlich mit solofassem Beifall aufgeführte erfolgreiche Aufführung: Gesangsburleske Großstadtzauber Hugo Veltig: Direktor R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Sorverkauf v. 11—1 Uhr.

Guten Nebenverdienst.

durch Handel mit meinen höchst originellen echt japanischen Vögeln mit jedem Stück 10 Pf. Große Ehrlichbaum- und Kirschbaum- für Händler und Hausierer hohen Rabatts. 2992L. Reinickendorferstr. 56 b. Gegenüber der Weddingstraße.

Herren-Kragen.

rein leinen, garantiert 4 fach. sämtliche neue Fasern, in allen Weiten Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht. Geschlossene Kragen per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf. Manschetten, prima, garantiert 4 fach, 1/2 Dutzend 2,25 Mark. Oberhemden, Servietten, Kravatten in größter Auswahl. Tricotagen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 2942L. Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.



Cirkus Renz-Konzert-Tunnel.

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Jaden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Louis Kellers Festsäle.

Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger (Fahrmann, Horst, Walde). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig. 27752L. Nach jeder Solree: Familien-Kränzchen. — Bond haben Gültigkeit. — Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Rastauer-Allee. Avis: Am 2. Weihnachts-Feiertag u. 1. Januar: Gr. Extra-Solree.

Die richtige, wirkliche, grosse Weihnachts-Messe u. Ausstellung.

Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35 ist eröffnet!! Zum frohwilligen, weihnachtlich decorierten Anstellungs-Palast kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich! Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Caroussells, Erste Vano-romen, Panoptikum, Vorführung freier Böller, dreifache Feldbatterien und Lager, Varietés mit ersten Kräften, Automaten-Anstellung, Musikanten, Circus, Boerentriebe unter Leitung von Dan Krüger, Musikanten, Klunderhöhle, Schießbänke, Kaspartheater, Olympia-Billard und vieles andere! Verkauf-Centrale für Weihnachtsartikel! Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf. Bis 3 Uhr nachmittag Entree frei! Direktion: O. Granz.

Berein für Frauen u. Mädchen.

Schönebergs u. Umgegend. Todes-Anzeige. Am Donnerstag, den 5. Dezember, mittags 1/2 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet die 13jährige Tochter unfrei thätigen Mitgliedes, Frida Flöter. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofes, Raxstrasse, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 204/6 Der Vorstand.

Steinarbeiter!

Am Freitag hat unser Kollege Johann Winterrath. Die Beerdigung findet heute Dienstag nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Moabit (Eingang Birkenstraße) nach dem Sebastian-Kirchhof in Dallendorf statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 192/9 Der Vertrauensmann.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin II. Am 3. Dezember verstarb durch Unfall unser Mitglied Gustav Müller im Alter von 52 Jahren. Seine Hinterbliebenen: Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Rathh.-Kirchhofes in Schöneberg, Priesterweg 9, aus statt. 154/17 Zahlreiche Beteiligung der Kollegen erwünscht. Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.

u. anderer gewerblicher Arbeiter. (Verwaltung Weissensee.) Dem Mitgliede zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter Heinrich Appelt am 8. Dezember verstorben ist. Seine Hinterbliebenen: Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Eschstr. 155/3 in Weichen, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Am Freitag, den 6. Dezember, verstarb unser Mitglied, der Kollege Karl Leopold. Seine Hinterbliebenen: Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Kranienhause Charlottenburg aus nach dem St. Hedwigs-Kirchhof in Reinickendorf, Plettenbergstr. 9, statt. 125/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Todes-Anzeige. Am 7. d. M. verstarb unser treues Mitglied, der Kollege Joh. Kozubeck. Seine Hinterbliebenen: Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Charlottenburg aus nach dem St. Hedwigs-Kirchhof in Reinickendorf, Plettenbergstr. 9, statt. Um rege Beteiligung bitten Die Ortsverwaltung der Bezirksstelle Berlin N. Die Mitglieder werden ersucht, die Leiche am Eingang des Friedhofes um 3 1/2 Uhr zu erwarten.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater). Dienstagabend 8 Uhr: Die Braut von Messina oder: Die feindlichen Brüder. Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller. Mittwochabend 8 Uhr: Zum erstenmale: Die schöne Helusine. Donnerstagabend 8 Uhr: Die schöne Helusine.

Central-Theater.

Geute Anfang 7 1/2 Uhr zum 723. Mal: Die Geisha. Morgen, Mittwoch, 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr: Salbe Preise! Jeder Erwachsene kann ein Kind frei einführen: Schneewittchen bei den 7 Zwergen. — Abends 7 1/2 Uhr: Der Seefahrer.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44. Dienstag, den 10. Dezember 1901, abends 8 1/2 Uhr: Vorstellung vor Serenissimus. Auftreten der Harmon-Virtuosin u. Sängerin Mlle. Jeanno de la Prax. Morgen u. die folgenden Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Heute und folgende Tage: Die Badepuppe. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm a. G. Guido Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Wannovius, Junker-Schatz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Achtung! **Achtung!**
32. Kommunal-Wahlbezirk,
Rosenthaler Vorstadt.
 Dienstag, den 10. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr,
 im Lokale des Herrn Dase, Brunnenstr. 154:
Grosse öffentl. Kommunalwähler-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Nachwahl im 32. Bezirk. Referent: **Georg Ledebour.**
 2. Diskussion.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Das Komitee.

Achtung! 6. Kreis. Achtung!
Rosenthaler Vorstadt.
 Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr,
 im Lokale des Herrn Dase, Brunnenstr. 154:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung: Verkündigung des Wahlergebnisses.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 12. Dezember, abends 7^{1/2} Uhr:
General-Versammlung
 im „Gästehaus“, Chausseestraße Nr. 88.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Bericht der Revisoren.
 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes sowie der Mitglieder für die Presb.,
 Lokals- und Agitationskommission, ferner der Sitzungsrevisoren. 4. Ber-
 schiebendes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verein abstinenten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.
 Mittwoch, den 11. Dezember 1901, abends 8 Uhr:
Volksversammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Schäden des Alkoholgenußes. Referent: Herr Dr. C. Julius-
 burger. 2. Diskussion.

Nichtenberg! **Friedrichsberg!**
 Heute bei Höflich, Frankfurter Chaussee 120,
Volks-Versammlung.
Achtung! **Achtung!**

Maurer.
Arbeitslose Verbandskollegen
 Können sich zwecks Nachweilung von Arbeit sofort im Bureau der Verbands-
 leitung, Engel-Hfer 15, Zimmer 23/29, melden.
 154/8
Die Verbandsleitung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Post VII, 353.
 Mittwoch, den 11. Dezember cr., abends 8 Uhr:
Bezirksversammlung für Schöneberg
 im „Stubhaus“, Hauptstraße Nr. 5.
 Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtige Krise und die Stellung der Gewerkschaften dazu.
 Referent: Genosse v. Elm. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung.

Mittwoch, den 11. Dezember cr., abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirksversammlung für Moabit
 in den „Arminiusbuden“, Bremerstraße 12-13.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Metzner. 2. Diskussion. 3. Verbands-
 angelegenheiten und Beschiebendes.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger!
 Donnerstag, den 12. Dezember cr., abends 8 Uhr, im Englischen
 Garten, Alexanderstraße 27 e:
Öffentliche Versammlung.
 Beratung des neuen Lohnsatzes. 250/26
 Nur Fliesenlegern ist der Zutritt gestattet. **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Mittwoch, den 11. Dezember, abends präc. 8^{1/2} Uhr:
Branchen-Versammlung der Telephon-Tischler
 sowie derjenigen Tischler, welche auf photographische,
 telegraphische und chirurgische Apparate beschäftigt sind
 im „Nächtlichen Hof“, Admiralsstraße 18 e.
 Alle Redegänger müssen vertreten sein. Die Versammlung wird pünktlich
 eröffnet. Besondere Einladung erfolgt nicht.
 128/10
Der Einberufer: Ch. Hofmann.

Gänsefedern 60 Pf.
 Nr. 08. (größer zum Schreiben)
 2 schärfste Federn, wie sie in d. Gänse-
 fallen, mit alten Taunen III. 1,50,
 halbtaliger Gänsefedern III. 2,00,
 weitere dänische Weiss III. 2,50,
 3,00, beste schwarze III. 3,50,
 russische Taunen III. 3,50, weiß-
 bühnen Taunen III. 5,00, er-
 ste Fein-Fein III. 1,50, 2,00,
 2,50, Prima geriffelte III. 3,00,
 2,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin 2,
 Erste Bettfedernfabrik m. elektr.
 Betrieb. Viele Anerkennungsbriefe.

Komme mit Muster zum Mes-
 sen im Haus. Bitte Post-
 karte. Auch Ausserhalb.
 Son 33 Mt an
 tiefele bis 40 Mt nach
 Weh. H. Wachener reinn.
 Stoffe, engl. Sergefutur,
 feine Juchaten,
 2 Knopfb., garant. tabellof.
 Big. feinst. Handnäharb.
 Paletot nach Maß
 u. 35 Mt an.

Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
 Grossartige Auswahl!
 Billigste Preise! Exakte Garantie!

Goldene Medaille für gutigende
 Arbeit machen Werk im Hause.
 kurze Lieferzeit. Engel, Münz-
 strasse 26. Wehr. 1892. 145/18
Patentanwalt Dammann,
 Moritzplatz 57.
 Anstufung bis abends neun. [7678]

Ziehung am 13. December 1901
 im Kaiserhof in Berlin.
Berliner Pferde-
Lotterie.
 3333 Gewinne, Gesamtwert H.
100 000.

- 1 Gew. 10 000 = 10 000
- 1 „ 8 000 = 8 000
- 1 „ 5 500 = 5 500
- 1 „ 5 000 = 5 000
- 1 „ 4 000 = 4 000
- 1 „ 3 000 = 3 000
- 2 „ 2 500 = 5 000
- 3 „ 2 400 = 7 200
- 8 „ 2 000 = 16 000
- 12 „ 250 = 3 000
- 32 „ 200 = 6 400
- 40 „ 100 = 4 000
- 110 „ 20 = 2 200
- 1020 „ 10 = 10 200
- 2100 „ 5 = 10 500

Loose à 1 Mark, 11 Loose 10 Mark.
 Porto und Liste 20 Pfg. extra,
 versendet auch unter Nachnahme
Carl Heintze,
 General-Debit,
 Berlin W., Unter den Linden 3.

1 1/2 Millionen Mk.
 sind mit einem Los zu ge-
 winnen. Jedes Los mindestens
 ein Gewinn. Der kleinste
 Treffer beträgt mehr als der
 Einsatz, daher kein Risiko.
 Keine Klassenlotterie, keine
 Serien- oder Ratenlose. Ge-
 setzt erlaubt! Kein Schwin-
 del! Jeder überzeugt sich
 und verlange Prospekt.
P. Seidenfaden, Mühl-
hausen 181 (Thüringen).

Herm. Arnhold
 Alexadrinen-
 strasse 110,
 Neoplatz, 1. Stock
 im 2. Hof Verkauf
 direkt aus dem
 Fabrikmutterlager
 Private auch
 Teilzahlung
 Moderne
 Sattelknoten von 21,00 Mt. an
 Speisefal-Arten 36,00
 Uhren 2,00
 Petroleumgehänge 4,00
 bis zu den elegantesten Genres.
 Gasöfen, Gasöfen, Gasplatten, Ver-
 trafeum- u. alte Bronzestruen werden in
 Zahl. gen. u. a. Wunsch auch auftroug.

Eigene Confection
Costümröcke
 elegante Façons
Enorm billig
 in Kamagara, Gomcipun
 Fach u. Nibelne
 6 Mt., 7 Mt., 10 Mt., 12 Mt.,
 15 Mt., aus Seide 25 Mt.,
 aus Rippen 4,50 Mt., 6 Mt.,
 bis 30 Mt., aus weiss und
 crème-Cheviot und Pique
 3, 5, 7-15 Mt.
praktische reinwoil.
Jackettkleider
 neue Modelle
 elegante Façons
 in Covercoat u. Homespun
 15 Mt., 20 Mt., 25 Mt.,
 in feiner Ausführung 36 Mt.
Morgensücker alle Weiten.
Blusenhemden
 einschlägige Blauer Streifen
 4,50 Mt., 6,50 Mt., 8 Mt.
Eleg. weisse Kleider
 20 Mt., 25 Mt., 30 Mt.
Seidenblusen
 für Ball und Gesellschaft
 6,50 Mt., 8 Mt., 10 Mt., 15 Mt.

Golf Capes
 5,50 Mt., 8 Mt., 10 Mt., 15 Mt.
Jackets
 aus Götting, Gomelpun, moderne
 Façons, in tabelloser Ver-
 arbeitung, 10 Mt., 12 Mt., 15 Mt.

Sackpaletots
 90-110 cm lang, von 12 Mt.
Seidenplüsch-Jackets
Seidenplüsch-Kragen
 glatt, heidit und Belgeley
 27 Mt., 30 Mt. bis 50 Mt.
 2 schwarze glatte und bestre-
 c Capes und Kragen in
 Götting a. wairiert 10 Mt., 15 Mt.
Theatercapes u. wattierte
Abendmäntel,
 10 Mt., 12 Mt., 15 Mt.

Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße,
 Ecke Lindenstraße,
 Maass - Anfertigung.

Hermann Meyer & Co.
 Amt 7, 3781. BERLIN O. Amt 7, 3781.
Fruchtstrasse 74.
Billigste Bezugsquelle reeller Spirituosen.

Tafel-Liqueure A.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Alpenkräuter	0,75	
Thorer Lebenstropfen	0,80	
Stonsdorfer	0,70	0,40
Berliner Getreidekummel	0,90	
Berliner Doppelkummel	0,80	
Halb und Halb	0,80	0,45
Ingwer, Citronen, Kalmus, Bergamott, Himbeer, Pfeffermünz, Magen- bitter, Pommeranzen, Rosen, Vanille, Star- garder Tropfen, Ingwer- Magenwein, Trakehner Meyers feiner Magen- bitter	1,-	0,55
	0,90	0,50

Die Tafel-Liqueure A. sind die gewöhn-
 lichen in Berlin gangbaren Sorten.
 Die billigen Preise sind durchaus nicht auf
 Kosten der Qualität gestellt, vielmehr gehören
 diese Liqueure zu den besten gleichnamigen
 Fabrikaten.
 Unser Grossbetrieb und der grosse Absatz
 ermöglichen uns diese günstige Preisstellung.

Feine Tafel-Liqueure B.
 in Originalflaschen.
 Anisette, Bergamotte,
 Bitter und Grün-Pome-
 ranzen, Curaçao, Vanille,
 Rosen, Ingwer, Ingwer-
 Magenwein, Maraschino-
 Pfeffermünz

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
	1,40	

Tafel-Liqueure B. gehören zu den
 feinsten in Deutschland hergestellten Qualitäten.
 Diese Liqueure sind nur in unsren Original-
 flaschen käuflich.

Hochfeine Tafel-Liqueure C.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Cherry-Brandy	1,65	
Alasch	1,75	
Cordial	1,75	0,95
Goldwasser	1,90	1,00
Eccau 00	2,25	
Cacao à la vanille	2,40	1,25
Crème de Mokka	2,40	1,25
Pomeranzen 00	2,40	
Choriner Cistanjenser grün u. gelb	2,40	1,25
Peppermint grün	2,40	1,25
Kurfürstl. Magenbitter	2,40	1,25
Abrietine	2,90	1,50
Abtey-Liqueur I	2,90	1,65
Abtey-Liqueur II	1,80	1,00
La Mirabelle	2,90	1,50
La Prunelle	2,90	1,50

Wir stehen in der Fabrikation feinsten Liqueure
 nicht im mindesten hinter Frankreich und Hol-
 land zurück; leider herrscht aber das Vorurteil
 noch vielfach, dass alles dasjenige besser sei,
 was aus dem Auslande kommt.
 Bei keiner Ware ist dieses Vorurteil so wenig
 berechtigt, wie bei Liqueuren. Unsre aus dem
 feinsten Weinsprit, bester Raffinade und den
 ausgesuchtesten Zusätzen hergestellten Liqueure
 sind in Qualität den renommiertesten aus-
 ländischen gleich und übertreffen viele der-
 selben. Unser Preis ist kaum halb so hoch,
 da Zoll, Fabrikations- und Handelsgewinn bei
 unsren deutschen Fabrikaten wesentlich geringer
 sind.

Booncamp
 Nervus rerum, Gesund-
 heits-Bitter (gesetzlich
 geschützt)

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
	1,65	
Kujawiak, arom. Bitter	1,90	1,00
Angostura-Bitter	2,25	1,20

Bitter-Liqueure.
 Unser Nervus rerum ist ein aus magen-
 stärkenden, medizinischen Kräutern hergestellter,
 sehr kräftiger Süss-Bitter mit ausgezeichneter
 Wirkung bei Verdauungsstörung.

Ei-Cognac,
 das Beste zur Stärkung,
 stets frisch.
 Nur in feinsten Qualität.
 1 Ltr. 2,40 M., 1/4 Ltr. 1,80 M.,
 1/2 - 1,25 - 1/4 - 0,65 -

Wird von uns nur in frischer bester Qualität
 hergestellt. Besonders für schwache genesende
 Personen zu empfehlen, und auch in Kranken-
 häusern als Stärkungsmittel gebraucht.

Branntweine.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Nordhäuser	0,50	
Nordhäuser, fein alt	0,90	
Nordhäuser, sehr alt	0,90	
Schl. Weizenkorn, fein alt	0,65	
Schl. Weizenkorn, sehr alt	0,90	
Tafel-Aquavit	0,80	
Steinhäger	1,40	0,75
Slibowitz u. Kirschwasser	1,75	0,95
alt fein	2,25	1,20

An Stelle der teuren Cognacs ist ein alter
 Nordhäuser und Weizenkorn zu empfehlen,
 nicht minder Slibowitz und Kirschwasser.

Cognac.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Deutsch. Verschnitt-Cognac	0,90	0,50
♥ - Cognac	1,40	0,75
♥♥ - Cognac	2,40	1,25
♥♥♥ - Cognac	3,40	1,75
Franz. Verschnitt	2,-	1,05
Franz. Cognac	2,75	1,50
Franz. Cognac, fein	3,90	2,15
Franz. Cognac, hochfein	5,40	2,90

Das oben von den Liqueuren C. Gesagte gilt
 in noch höherem Masse von Cognac. Wenn die
 Flaschen nur ein französisches Etikett und noch
 irgend eine mehr oder weniger bekannte fran-
 zösische Firma tragen, wird ein ganz ausser-
 gewöhnlicher Preis bezahlt. Unsre Cognac-
 Fabrikation ist aber in Deutschland auf solcher
 Höhe, dass die an Frankreich zahlenden Millionen
 für diesen Artikel einen Nationalverlust dar-
 stellen. Unsre deutsche Original-Cognacs
 halten jede Konkurrenz mit dem viel teureren
 französischen aus. Auch die von uns geführten
 franz. Cognacs sind bei gleicher Qualität wesent-
 lich billiger als die anderer französischer Firmen,
 welche sich lediglich ihren durch Reklame be-
 kannt gewordenen Namen bezahlen lassen.

Rum und Arac.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Verschnitt	0,60	0,50
fein	1,25	0,70
hochfein	1,75	0,95
Original	2,50 bis	1,30 2,20

Wir beziehen nur feine, ausgesuchte Sorten in
 Rum und Arac und stellen die Qualität nach dem
 Preise, welcher jedoch sehr billig kalkuliert ist.

Punsch-Extrakte.

	1/4 Fl.	1/2 Fl.
Glashwein	1,-	0,55
Arac-Punsch	1,25	0,70
Grogk-Punsch	1,25	0,70
Rum-Punsch	1,25	0,70
Rotwein-Punsch	1,25	0,70
Schlummer-Punsch	1,25	0,70
Feinere Qualitäten	1,75	0,95
Ananas-Punsch	2,25	1,15
Burgunder-Punsch	2,25	1,15

Sind rein und zweckentsprechend fabriziert.
 Die teureren Sorten sind erste, unerreichte
 Fabrikate.

Zu gleichen Preisen auch in unsren 270 Niederlagen erhältlich.
 Alles excl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Nach
 auswärts gegen Nachnahme. Nicht Zufriedenstellendes wird zurückgenommen,
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.



Die nützlichsten Weihnachtsgeschenke.



Singer Nähmaschinen sind mustergültig in Konstruktion und Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Gewerbe.
Singer Nähmaschinen sind die meistverbreiteten in Fabrik-Betrieben.
Singer Nähmaschinen sind unübertroffen in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind vorzüglich geeignet für Moderne Kunststickerei.

Welt-Ausstellung
Paris 1900
„Grand Prix“
Höchste Auszeichnung!

Nutzgeliche Unterrichtskurse in allen händlichen Näharbeiten, wie in Moderner Kunststickerei. — Lager von Stickseide in großer Farbauswahl. — Elektromotoren für einzelne Maschinen zum Hausgebrauch.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges., BERLIN,

Kronen-Str. 11
und
Leipziger-Str. 86.

Ausstellung für Feuerschutz
Berlin 1901
GOLDENE MEDAILLE
Höchster Preis.

Filialen in allen Stadtgegenden.

Wegen vollständiger

Auflösung

meines seit **43 Jahren** bestehenden Geschäfts

— Gänzlicher —

Ausverkauf

der grossen Lager von

Teppichen
Gardinen
Portieren
Steyppdecken
Schlafdecken
Läuferstoffen
etc. etc.

Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.

Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.

A. Löwenthal

Breite Strasse 20
Ecke Scharrenstrasse.

Puppen-Fabrik

Otto Kreyszig

Brunnenstrasse 110, Laden und I. Etage.

Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

E. Schmidt, Phonographenfabrik, Berlin S. 13,

Kommandantenstr. 27, zwischen Alte Jacob- u. Alexandrinenstr.

107/17

Abteilung I.
Verkauf von Phonographen (Walzen).
Der Preis dieses brillant lautsprechenden, klingenden und spielenden Phonographen ist auf **10,25** herabgesetzt. Ferner gebe ich noch **5 Walzen gratis**. Die Walzen sind von ersten Künstlern besungen und bespielt und kosten einzeln per Stück **Mk. 1,-**. Meine besseren Apparate verkaufe ich auf **Teilzahlung**, monatlich **Mk. 1,50** bis **3 Mk.** Abzahlung.

Abteilung II.
Lehrlinstitute für **Phonographen** und **Walzen** auf **Tage und Wochen** gegen günstige Abonnement-Bedingungen. **Man verlange Prospekte.**

Kaufen Sie nur auf **Teilzahlung!**
Herrn- und Damen-uhren, Weckeruhren, Regulateure, Damen-Ringe, Ketten (wöchentlich 1 Mark)

Jahre & König, Warschauerstr. 72.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Hautleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27, Sp. 9-1-4-7.

Kinderwagen-Bazar „Baby“

Ch. Kaliski, Invalidenstrasse 160, an der Brunnenstrasse.

Betten für Kinder und Erwachsene **8,00, 12-75,00**

Kinderstühle verstellbar von **4,00 an**

Metall- u. Holzbettstellen für Kinder und Erwachsene. Teilzahlung gestattet. Bei grossen Raten **Cassapreise**.
1,00-10,00 Lief. d. Post-Spar- u. Vorschuss-Vereins. **1,50-25,00**

Reinhold Werner

Schneidermeister **2617L***

jetzt nur: **Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage**

Elegante Anzüge und Paletots

nach Mass von **30 M. an**. — Telefon Amt VII. No. 23.
Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Aug. Stein

Gold- und Silberwaren

Berlin SO. **177 Oranien-Strasse 177** Ecke Adalbertstr.

Weihnachts-Geschenke

Langue Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 Mk. an. Gontons, Broschen, Herzchen, Goldketten, Verlobungs-Ringe, gefasst geschmückt 900, 1 Duftstein 10 Mk., 2 Duftstein 20 Mk. Vajel, Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre. Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preise ausgezeichnet. (28822)

Hermann Howe & Co.

Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 39

empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Instrumente. Musikwerke, selbst spielend und zum Dienen, in allen Preislagen. — **Bele Guitars** Jitter Nr. 12. — **Violoncelles** von 1,50. — **Harmonikas** von 3,25. — **Geigen** mit Sagen und Vogen von 10. — **Mundharmonikas**, Trommeln, Clavierspiele usw. in nur bester Qualität. **28412***

— Grosse Fabrikation und Reparaturwerkstätte.

Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.

Gustav Jaaser, Brunnenstr. 84.

Knaben-Anzüge und Paletots in grösster Auswahl zu **Engros-Preisen.** **27872***

Anfertigung nach Mass in kürzester Zeit. Grosser Stofflager.

Herren J. Kurzberg

Anzüge, Paletots, elegante Ausfühung, geringe Teilzahlung.

Landesbergerstr. 13, parterre. 20562*

Dr. Schönemann,

Spezialarzt für **Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.**
Sprechstunden: **1/2, 1/3, 1/5, 1/8.**

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Edelrestaurant, voller Schanz, Arbeiterverehr, Vereinszimmer, drei Kabinen, zu verkaufen. In der Umgebung bei Anders, Salzweberstr. 8. **779***

Schankwirtschaft kleine Venne, Str. 28. **779***

Wasserpumpe, seit 30 Jahren bestehend, verkauft Gemeinlich, Friedrichsstraße bei Berlin, Berlinerstr. 76. Gute Erfindung. **24596***

Wardenschand Große Frankfurterstr. 9, parterre. **737***

Einzeln Rusterungen 15 Pfennig, bessere Sachen stannend billig verkauft das Fabrikcomptoir früher Barnimstr. 20, jetzt Kottbuserstr. 25a, I. Ecke Alexanderstr. **2232***

Wortjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. **2277b**

Stoffe, Herrenpaletots, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Reanderstr. 25. **1674b***

Winterpaletots wegen vorzüglicher Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Kottb. Str. Berlin, Fernsteinerstr. 8. **2277b**

Winterpaletots, Reimontour, in, sportlich, Leihhaus, Reanderstr. 6. **108/16***

Betten, Regulateure, Operngläser, sportlich, Leihhaus, Reanderstr. 6.

Teppiche, Gardinen, Steppdecken, sportlich, Leihhaus, Reanderstr. 6.

Christbaumzweige, billige Einzelstücke für Geschäft und Händler. Unterstr. 47. **24286***

Weihnachtsgeschenke! Hoch elegante Salongarnituren, Bildstufen, Sofas 65,-, Lätzchen, Truhen mit Stufe 45,-, Küchenschrank verschiedene Farben, Ankermodell. Grosse Werkstätten. Dirschowig, Mariannenstr. 7a. **9442***

Nußbaummöbel, Tischensofa, Isoknen, 50,00, Säulenstimmeln 25,00, Bettstellen, Kleiderkasten, Bücherschrank, Tischspiegel, ganze Wirtschaft sofort verkäuflich. Gartenstr. 148, I. Hof, Vorderhaus. **1139***

Möbel-Gesellschaft, Behn Kautzsch, Direktor Otto Ribbe, Köpenickerstr. 25 (Bahnhofstr.), stehen zum sportlichen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Polster-Säulenstimmeln 30,00, Salonstühle 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Bücherschrank, Salongarnituren, Paneele, Sofas, Kuchentische, Schreibtische, Schreibstühle, Bücherregale, Salonbilder, geputzte Lebergardinen, Einbanden, Stühle, Steppdecken, Salontischen, Bildstufen 5,00, verschiedene Gelegenheitsstücke. Gefährtes Lager unentgeltlich. **19132***

Gelegentlich! In meinem grossen Möbelspeicher mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu sportlichen Preisen: Truhen, Kleiderkabinette, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze 52, Tischensofa 55, Kuchentische 18, Schlafsofa 40, Gobelins, garnitur 100, Komplette Zimmereinrichtungen in jeder Preislage. R. Rosenkrantz, Möbelspeicher, Stallfährerstr. 5. **9162***

Nämmungshalter verkaufe zu Sportpreisen: Kuchenschrank, Kleiderkasten, Bettstellen, Schlafsofa 42, Truhen, Tischensofa 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze 100, Büchergarnituren 80, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermässigung. R. Rosenkrantz, Schönhauser Allee 171.

Teppiche mit Gardinen, Habitusverläge Große Frankfurterstr. 9, parterre. **737***

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Potsdamerstr. 4, Bahnhofstr. **112/14***

Uhren, Regulateure 10,00, Hängeuhren 18,00, Leuchte 8,00, Tischuhren, Steppdecken, Bettvorleger, Portieren, Gardinen, Damenschürzen, Remontouruhren verkauft sportlich. Kautzsch, Unterstr. 9, Hof 2-8 Uhr. **24896***

Nähmaschinen und Feuer-Verleumdung vermittelt Gustav Schmidt, Solowstr. 43, Hof Keller. **857b**

Malstrassier, handbühnd, für Eintracht, Krankheits, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überaus, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 inklusive. Nicht falschen, Qualität entscheidet. Postrezeptioner Ringler, Bernauerstr. 119. **134,20***

Garren, Habrit A. Diez, Invalidenstr. 124 und Reichstr. 23. Hervorragende Nummer 21 & Pfennig, 27 & Pfennig, 27 Pfennig, 31 7/8 Pfennig. Bei Entnahme von 100 Stück 10 Proz. Rabatt, bei 500 zu Fabrikpreisen. **7136***

Steyppdecken billig habrit Große Frankfurterstr. 9, parterre. **737***

Kanarienvögel verkauft Brandt, Holzmarktstr. 9. **2472***

Aquarium und Gefangnisse zu verkaufen bei R. Böfel, Schöneberg, Monumentenstr. 10. **7124***

Händler kaufen Christbaumzweige 10 Prozent billiger als bei jedem Großhändler bei Holzweber, Stromstr. 62, Quergebäude III. **779**

Gute Weige billig zu verkaufen Alte Jakobstr. 39, II. **2507b**

Weihnachtsbäume, Holzknecht, in Waggons, auch geteilt abzugeben. Glasow, Königsbergerstr. 1. (100/16)

Weihnachtsbäume aus erster Hand verkauft an Händler, Herberstr. 1. **2500b**

Grüntraugeschäft zu verkaufen. Näheres bei Marx, Kottbuserstr. 96.

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau, Teltowerstr. 11, 1. Etage, Eingabengesuche, Rateteilung. **9212***

Rechtsbureau, ersahreich, reell, billig, Kauf, Schlemmerstr. 13. **1740b***

Insaffachen, Kragen, Eingaben, Restantionen! Puyger, Streifenstr. 65. **1740b***

Kunstschere von Frau Koloff, Stettinerstr. 48, Quergebäude hochparterre.

Kostümröde von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneiderei elegant, billig. Reanderstr. 25, parterre links. **1672b***

Kostümröde von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billig. Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 15, Laden. **1672b***

Bauhandwerker! Rein Wasserwagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue Köpferstr. 8, Julius Bayliff. **1851b***

Kollegen! An Händler, Holzweber und Private liefert meine Firma die preiswertesten Garren. R. T. 4 Postamt 8. **24896***

Bücherkauf und Beleuchtung. Dammann, Kochstr. 56, I. Hof 6, 3907. **8872***

Metallbruch aller Art, Kupfer, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom, Nickel, Kupfer, Zinn, Zink, Eisen, Stahl, Messing, Bronze, Silber, Gold, Platin, Nickel, Chrom. **2474b***

Zahnärztin G. Gebide, Star-garderstr. 3. **7139***

Mugulabad, Köpenickerstr. 60. Jeder Art für sämtliche Krankheiten. **7302***

Achtung! Empfiehe meine Restauration zur freundlichen Benutzung. Besondere Zimmer mit Piano noch einige Tage in der Woche frei. Paul Kobus, Andreestr. 33. **9192***

Schneiderin empfiehlt sich an der dem Hause, Brigenstr. 8, Hof 4 Treppen. **2497b**

Rechtsbureau Rechtshilfe, Rateteilung, Andreestr. 33, dreimal wöchentlich (neben Concordestr. 2504b)

Rechtsbureau! Wer sich über die rechtliche Grausamkeit seiner Zeit unterrichten will, verlange die Broschüre des Reichsbundes gegen Divifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichsbund Berlin, Königgrüderstr. 108. Dieselbe können auch Interessenten für Beiträge in Arbeitervereinen über Divifikation bestellt werden. Um gütigen Rücktritt wird gebeten. **1671b***

Stellenangebote.

Achtung! Herren und Damen aus allen Kreisen können durch Nachweisung von Lebens-, Volks-, Sterbe-, Unfall- und Rinderversicherungen viel Geld verdienen, insbesondere solche, die in Fabriken und größeren Arbeitsplätzen bekannt sind. Auch Arbeiter und Arbeiterinnen können dadurch großen Nebenverdienst erwerben. Auch werden auf Wunsch Herren und Damen jeden Standes sehr angeheilt. Anleitung leicht und schnell. Persönliche Beratungen von 8-8 Uhr abends. Varna, Generalgouverneur Spittelmarkt, Ballstr. 1. **2414b**

Belegerin für Goldleihen sucht Barthel, Reichstr. 17. **2499b**

Mamsell auf bessere Fäden verlangt Fruchtstr. 52, II. **2456b**

Kleider - Näherinnen im und außer dem Hause. Schreyer, Panfow, Kaiser Friedrichstr. 67. **2154b**

Im Arbeitsmarkt durch bezugbaren Druck hervorhebende Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung!

Klavier-Arbeiter!

Der Zuzug von Klavierarbeitern aller Branchen ist wegen Kohlenpreisen bei der Firma G. Neugebauer Nachf., Bell u. Comp., Andreestr. 32, Gruner Weg 79 (Kudershof), streng ferngehalten. Die Cribberverwaltung.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter.

Der Streik bei Jerabek, Griebnowstr. 2, dauert unverändert fort. Zuzug fernhalten. **834***
Der Vorstand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Morgen findet die Nachwahl im 32. Kommunal-Wahlbezirk statt. Gewählt wird von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Wer es irgend ermöglichen kann, gehe zeitig zur Wahl.

Diejenigen Genossen, die morgen, am 11. Dezember, dem Tage der Wahl, helfen wollen, mögen sich im Wahlbureau Rosa, Ruppinerstr. 42, früh 8 Uhr, melden.

Genossen! Am 8. November hat die Sozialdemokratie glänzende Erfolge erzielt. Sorgen wir morgen dafür, daß alle Frauen und Tüchtigen von ihrem Wahlrecht im Sinne der Sozialdemokratie Gebrauch machen.

Achtung, 32. Kommunal-Wahlbezirk! Rosenthaler Vorstadt Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Kommunalwähler-Vertammlung im Lokale des Herrn Dase, Brunnstraße 154.

Wilmersdorf. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet eine Volksversammlung im Witten's Volksgarten, Berlinerstr. 40, statt.

Lichtenberg. Heute, Dienstag, findet eine Volksversammlung im großen Saal von Höflich, Frankfurter Chaussee, Ecke Büchelstraße (am Stadtbahnhof Frankfurter Allee) statt.

Johannisthal. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die Versammlung morgen ausfällt, dafür findet am Sonntag, den 14. d. M. im Lokale Rau, mit Nieder-Schönebrunn eine Versammlung statt.

Tokales.

Zeitverdröbelung.

Es gab nicht wenige Leute, welche predigten, daß namentlich in der Arbeiterklasse die Stenographie zu den unumgänglich notwendigen Gebrauchsgegenständen gehöre. Die Stenographenvereine schossen wie Pilze aus der Erde; unter kundigen Thebanern begannen ein Wettrennen in der Erfindung besonders leicht erlernbarer Systeme, und bald genügten wenige Übungsstunden, um eine Stenographiemethode neuester Art fertig zu haben.

Diese Warnungen haben viele vor unnützer Zeitverdröbelung bewahrt; immerhin ist der Fetischdienst vor der Stenographie auch bei uns noch arg genug, als daß auch Arbeiterkreise aus einem in der letzten Nummer der „Zukunft“ veröffentlichten Artikel nicht Gewinn ziehen könnten.

In ganz Deutschland giebt es höchstens fünf- bis sechszwanzig Stenographen, die zu den schwierigsten stenographischen Leistungen befähigt sind, nämlich zu wortgetreuen, fehlerfreien Aufzeichnung parlamentarischer und sonstiger öffentlicher Reden. Daneben mag es noch dreihundert Stenographen geben, die im stundenlangen, einem schnelleren Diktat bis zu 200 Silben in der Minute fehlerfrei oder doch fast fehlerfrei zu folgen. Darüber hinaus hört die Stenographie als ausgebildete Kunstfertigkeit auf und beginnt das Handwerk mit mehr oder weniger Stümpern.

Nachdem Herr Engel dann leider der Wahrheit entsprechend auseinandergesetzt hat, daß die Erfinder der neuesten Stenographie-Systeme ganz im Gegensatz zu den praktischen Berufsstenographen Stolz und Gabelberger selber gar nicht im Stande sind, in den von ihnen reklamehaft angepriesenen Systemen eine brauchbare Leistung zu liefern, warnt er nachdrücklich vor dem Erlernen solcher Stenographien, die als besonders leicht erlernbar angepriesen werden.

Die Erwerbung der Fertigkeit, doppelt so schnell zu schreiben als mit der gewöhnlichen Schrift, 100 bis 200 Silben in der Minute, fordert mindestens ein Jahr angestrengter Übung und jede weiteren 50 Silben in der Minute erfordert ein weiteres Jahr. Danach beurteile man die widerwärtige Reklame! Da werden Stenographiesysteme angepriesen, die man in 8, in 6 und 4 Stunden

lernen könne. Da wird überhaupt — das ist das Kennzeichen alles Stenographieschwinds! — der größte Nachdruck auf die leichte Erlernbarkeit gelegt. Lieber Leser, hüte Dich vor allem, was Dir als leicht erlernbar gepriesen wird, da Du doch weißt, um eine wie schwierige Kunstfertigkeit es sich handelt. Es giebt keine leicht zu erlernende Stenographie und es kann keine geben. Die einfachsten theoretischen Unterlagen zu irgend einer stenographischen Schrift kann man allenfalls in wenigen Stunden lernen, wie man ja auch die Theorie des Schwimmens oder Seiltanzens im Zimmer in einer Stunde lernen kann; aber was hat das mit der praktischen Stenographie zu thun? Man kann auch die wichtigsten Regeln der Grammatik einer fremden Sprache in kürzester Zeit überschauen; aber wie steht es dann schon mit dem mündlichen Gebrauch der Sprache? Jede Stenographie erfordert zu ihrer praktischen Verwendung mindestens dieselbe Zeit wie die Erlernung einer schwierigen fremden Sprache; und jeder Systemerfinder, der das Gegenteil behauptet, sagt bewußt oder unbewußt eine Unwahrheit. Es giebt eben auf Erden nichts Wertvolles, das mühelos und schnell zu erlernen wäre.

Das sind goldene Worte, welche vor allem von Arbeitern beachtet werden sollen, die in einem mit Unerfahrenheit gepaarten Drang nach Wissen besonders leicht sich zum Erlernen der Stenographie verleiten lassen — mit keiner andern Wirkung, als daß sie nach monatelanger Quälerei nichtmutig an ihren Fähigkeiten zweifeln. Ehre jedem jungen Proletarier, der die ungenügende, oft spott-schlechte Volksschulbildung aus eigenem Antrieb zu verbessern trachtet. Er möge sich dann aber auf notwendigen und nützlichen Wissensgebieten schulen, in Sprache, Geschichte und Socialwissenschaft, jedoch von einer Kunst lassen, die, von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, auch nicht entfernt die auf sie verwendete Zeit und Mühe lohnt.

Die Unzufriedenheit der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter wird nur durch Agitation von außen her geschürt — diese Ansicht ist bei den städtischen Behörden allmählich zu einer Art Glaubenssatz geworden. Recht drastisch kommt das wieder zum Ausdruck in dem soeben durch den Magistrat veröffentlichten Bericht über die Verwaltung der Wasserwerke im Etatjahr 1900. An der Spitze des Berichtes findet sich eine Bemerkung über die am 1. April 1900 für die sechs Betriebe der Wasserwerke gebildeten Arbeiterausschüsse. „Diese Einrichtung (heißt es da) hat sich, soweit es in der kurzen Zeit ihres Bestehens möglich war, ein Urteil zu gewinnen, bewährt; insbesondere ist dadurch eine Agitation von außen her, die die Unzufriedenheit einzelner Arbeiterklassen schürte, eingemagert worden.“ Hier ist wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Die Einschüchterung oder völlige Verleugung dessen, was der Bericht „Schürung der Unzufriedenheit“ nennt und auf bloße Agitation von außen her“ zurückführt, mag der Wasserwerks-Verwaltung in der That als eine der Wirkungen vorgezeichnet haben, die von der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse zu erwarten seien. Aber diese Wirkung ist ausgeblieben. Die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter wissen die Arbeiterausschüsse, soweit solche bisher eingerichtet sind, zu schätzen als einen ersten Anfang, auf dem sich weiter bauen läßt. Sie lassen sich aber nicht darüber täuschen, daß diese Institution noch sehr der Verbesserung bedarf, daß die Arbeiterausschüsse der städtischen Betriebe nach ihrer gegenwärtigen Organisation (das kann sich ganz besonders die Wasserwerks-Verwaltung erlauben) nicht im entferntesten ausreichen, um den Wünschen der Arbeiter volles Gehör und gebührende Berücksichtigung zu verschaffen.

Die städtischen Markthallen haben im letzten Jahre, wie der neueste Bericht der Markthallen-Verwaltung sagt, ein günstiges Ergebnis gehabt, doch haben sie wiederum weniger Ueber-schuß als im vorhergehenden Jahre gebracht. Der Etat der Markthallen schloß für das Geschäftsjahr 1. April 1900 bis 31. März 1901 in Einnahme und Ausgabe mit 2 770 404,20 M. ab. Als Ueber-schuß konnten dem Erneuerungs- und Ergänzungsfonds 104 404,02 M. überwiesen werden, um 37 076,88 M. weniger als im vorhergehenden Jahre. Die Standgebühren, die den Hauptbestandteil der Einnahmen bilden, brachten diesmal 2 062 633,81 M. Sie sind gegen das vorhergehende Jahr in 7 Hallen (I, A, II, V, VI, VIII, X) um zusammen 48 888,76 M. gestiegen, in den übrigen 7 Hallen um zusammen 14 333,33 M. gesunken, also im ganzen um 34 555,42 M. gestiegen. Fast die Hälfte der gesamten Einnahmen aus Standgebühren, 983 674,49 M., kam aus den Central-Markthallen I und IA. In der Steigerung der Standgebühren-Einnahmen waren diese beiden Hallen allein mit 42 863,68 M. beteiligt. Der Rückgang der Standgebühren-Einnahmen in anderen Hallen wird von der Verwaltung teils aus der Verdrängung der Wohnhäuser durch Geschäftshäuser (bei Halle III und IV, Zimmerstraße und Doroshenstr.), zum Teil auch aus dem Wettbewerb des Straßenhandels (besonders bei Halle XI, Markheineckplatz) und der Ladens- und Kellergeschäfte erklärt.

Die Frage der Schwesterpflege in Krankenhäusern, welche neuerdings mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt hat, spielte am Sonntag in einer in der Charité von namhaften Medizinern abgehaltenen Konferenz eine Rolle. U. a. waren die Geheimräte v. Bergmann und v. Leyden anwesend. Man bezeichnete übereinstimmend die Schwesterpflege als die beste, weil die Kranken nicht allein körperlicher, sondern auch geistiger Pflege bedürftig sind und diese nur von Schwestern ausgeübt werden könne. Ob unter geistiger Pflege etwa die von sehr vielen Kranken nicht sonderlich verlangte Darreichung von Traktanden zu verstehen ist, wissen wir nicht. Es wurde ferner für selbstverständlich erklärt, daß eine Schwester zu keiner Hilfe herangezogen werden dürfe, welche ihr Sittlichkeits-gesühl verletzen dürfe. Da nun aber neuerdings mehrfach in unverblümter Weise mitgeteilt worden ist, daß Schwestern ausgiebig zu Hilfeleistungen bei männlichen Sexualkranken herangezogen worden sind, so ist vielleicht anzunehmen, daß die Verzele in solchen Hilfeleistungen nicht selten, was die Sittlichkeit herabsinken könnte. Eine Auffassung, der wir beipflichten möchten, vorausgesetzt, daß die Schwester zu ihrem schweren Amt überhaupt den nötigen sittlichen Fonds mitbringt. Es wurde in der Konferenz auch davon gesprochen, daß auf ein gutes männliches Wärterpersonal ebenfalls nicht verzichtet werden dürfe. Um ein solches zu gewinnen und zu erhalten, sollten Lohnerhöhungen und Pensionsberechtigungen angeregt werden. Hoffentlich erfüllen diese Versprechungen sich bald.

Der „Supper“ Sonntag brachte, infolge des anhaltenden Regenwetters, den Geschäftslenten nur wenig Nutzen. Zahlreiche Ladenbesitzer hatten es vorgezogen, ihre Geschäfte überhaupt nicht zu öffnen, andre schlossen sie vor der festgesetzten Zeit. Einnahmen von einigem Belang hatten lediglich bessere Konfektionsgeschäfte und solche Versandgeschäfte, welche sog. Geschenk-Pakete zum Verschicken nach außerhalb aus den von ihnen geführten Artikeln zusammenstellen. Erst gegen 5 Uhr, als es für kurze Zeit zu regnen aufhörte, zeigte sich ein etwas lebhafter Verkehr in den Straßen, der auch hier und da den Geschäftslenten zu gute kam.

Das gemeinsame Grabdenkmal der Parlamentarier Eduard Lasker und Ludwig Bamberger wurde Sonntag-nachmittag um 2 Uhr auf dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee enthüllt. Wegen des Regens fand die Feier in der Trauerhalle statt. Die Familien Lasker und Bamberger waren durch mehrere Mitglieder vertreten. Zahlreich versammelt waren die Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung, die sich an der Errichtung des

Denkmals beteiligt hat. Die Feier gipfelte in einer Gedendrede des Abg. Schrader. Das Denkmal besteht aus einer Bronzeplatte, die zu beiden Seiten von Granitsäulen flankiert wird. In einer bronzener Vorbeerkrone schmückt die Säulen. In der Tafel ist folgende Inschrift eingegraben: „Hier ruhen im Tode vereint, die im Leben gemeinsames Streben für Deutschlands Einheit und Freiheit verband.“ Eine strahlende Sonne und ein Vorbeerkrone bilden den Abschluß dieser Widmung. Eine Granitplatte bedeckt beide Gräber. Hier befindet sich links die Inschrift: Eduard Lasker — 14. Oktober 1828 — 5. Januar 1884, auf der rechten Seite: Ludwig Bamberger — 22. Juni 1823 — 14. März 1890. Frische Blumen und Kränze schmückten bald die Grabstätte.

Für Straßenbahn-Abonnenten. Die Direktion der „Großen Berliner Straßenbahn“ macht bekannt: Da zu Beginn des Jahres neue Zeilarten auszufertigen sind, wofür bei der außerordentlich großen Zahl derselben einige Zeit beansprucht wird, so bitten wir die Abonnenten, mit der Erneuerung nicht bis Ende Dezember zu warten, sondern sie bereits früher, womöglich bis 15. Dezember, unter Vorlage des Antrages und der Photographie in unserem Geschäftshause Leipziger Platz 14 oder auf einem unserer Bahnhöfe persönlich oder schriftlich zu bestellen. Eine Vorauszahlung ist nicht erforderlich. Die Abholung kann vom 27. Dezember an von unserem Geschäftshause oder von dem Bahnhofe, wo die Bestellung erfolgte, stattfinden; auch werden die Karten gegen Einzahlung des Betrages und des Portos brieflich zugeandt. Bei Bestellung nach dem 15. Dezember kann nicht für Vermeidung von Verzögerungen garantiert werden.

Rechtsanwalt Dr. Röhring, der im Sternberg-Prozess vielfach genannt wurde, ist, einem hiesigen Blatt zufolge, in der Liste der Rechtsanwälte bei dem Oberlandesgericht in Stettin gelistet worden. Dr. Röhring war, wie noch erinnerlich sein dürfte, der juristische Beirat des Bankiers Sternberg. Er bekleidete vor seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ein richterliches Amt.

Eine ganze Jahre Rebhühner, Gänse, Rehtenken etc. im Werte von etwa 1000 M., ist am Sonnabend gestohlen worden. Das Fuhrwerk, einem hiesigen Bild- und Geflügelhändler gehörig, hielt vor der Central-Markthalle in der Neuen Friedländerstraße. Der Kutscher begab sich, sein Geschäft ohne Aufsicht zurücklassend, in die Halle. Nach wenigen Minuten kam ein junger Mann aus der Halle, befestigte den Wagen und fuhr mit ihm davon. Weder ein in der Nähe stehender Schutzmann, noch die Kutscher der daneben haltenden Gefährte schöpften Verdacht und ließen den Dieb mit seiner Beute abfahren.

Nach einer Polizeibestimmung muß im Winterhalbjahr jeder Besitzer eines Hundes für sein Tier Unterlage und Decke mit sich führen, um den Hund gegen die Unbilden der Witterung schützen zu können. Der Deutsche Tierchutzverein, der solche Decken, unentgeltlich abgibt, bittet Besitzer alter Teppiche, Decken, Läufer etc. ihm solche zur Verfügung stellen zu wollen. Angaben von Adressen, wo derartige Decken abgeholt werden können, sind zu richten an das Bureau des Deutschen Tierchutzvereins, Lindenstraße 74, oder an das Depot an der Stadtbahn, Wogen 70/80.

Ueber das Verschwinden des Dr. B. v. Liebermann erhält das „Berl. Tagebl.“ vom Rechtsanwalt Harry Franke folgende Erklärung: „Als Generalbevollmächtigter des Herrn Dr. v. Liebermann erlaube ich Sie unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes, den Artikel in Ihrem gestrigen Abendblatt dahin zu berichtigen, daß es unrichtig ist, daß Herr v. Liebermann verschwinden ist. Wenn, was ich heute Abend nicht mehr feststellen kann, tatsächlich eine Klage des Unionklubs an der Gerichtstafel angehängt ist, so ist dies nur dadurch erklärlich, daß die objektiv unrichtige Thatsache, daß der Aufenthalt des Herrn v. Liebermann nicht zu ermitteln gewesen, dem Gericht unwahrheitsgemäß vorgebracht worden ist. Doppelt auffällig ist mir dies, da ich selbst namens des Herrn v. Liebermann an den Unionklub Zahlungen geleistet habe und annehmen zu können glaube, daß man dort wußte, daß ich Generalbevollmächtigter des Herrn v. L. bin.“

Der in Betracht kommende Herr ist übrigens, wie zum Ueber-schluß bemerkt sei, nicht mit dem gleichfalls am Pariser Platz wohnenden Maler Max Liebermann zu verwechseln.

Die Leipzigerstraße, die bis jetzt drei verschiedene Beleuchtungsarten aufwies, erhält eine einheitliche elektrische Beleuchtung durch Bogenlicht. Dieses Licht hat sich in der Mitte der Straße sehr bewährt. Die Lampen hängen in der Mitte des Fahrdamms an großen Masten, die gleichzeitig zur Befestigung der Drähte für die Straßenbahnen dienen sollen. Alle andern Masten dürften in der nächsten Zeit von der Straße verschwinden.

Feuerbericht. Eine größere Reihe Alarmierungen erfolgte seit Sonnabend. In der Zimmerstr. 88 brannte eine Hobelbank und Reinholdsdorferstraße 23 der Inhalt eines Schaufensters in einem Eisengeschäft. Kurz darauf mußte Werderstraße Markt 9 ein Frühbodenbrand abgelöscht werden. Sonnabendabend 9 Uhr brannten Wienerstraße 58 Bodenverschläge und Dachkonstruktion, und hatte ein Rohr längere Zeit Wasser zu geben. Eine Stunde später ging Stettinerstraße 37 ein Posten-Papier in einem Holzschuppen in Flammen auf. Am Sonntag früh erfolgte Alarm nach der Rüdelsdorferstr. 21, wo ein kleiner Dachstuhlbrand abzulöschen war. Kurz darauf wurde die Wehr nach dem Oberpostdirektions-Gebäude in der Spandauerstraße gerufen, in dessen Keller Holzabfälle Feuer gefangen hatten. Kleinerer Brände wurden später noch von Wangelstr. 135, Reichenbergerstr. 119a und Rudelsstr. 7 gemeldet.

Der Arbeiter-Sängerbund gab Sonnabend aus Anlaß seines ersten Stiftungsfestes im großen Saale der Bauerei Friedrichshain ein Konzert. Was der Bund nicht allein für die Pflege der Gesangs-kunst, sondern allgemein für die Arbeiterklasse bedeutet, das ist voriges Jahr aus Anlaß der Feier des zehn-jährigen Bestehens von uns dargelegt worden und braucht heute nicht wiederholt zu werden. Dafür wollen wir uns zunächst mit dem Fest an sich kurz beschäftigen oder richtiger gesagt mit einigen Neuerscheinungen, und zwar deswegen, weil sie als solche heute noch für manche Arbeiterkreise typisch sind. Wie es zumeist geschieht, und wie es besonders bei einem Stiftungsfest nicht mehr als billig ist, bestand die Veranstaltung aus zwei Teilen, aus Konzert und Tanz. Beginn neun Uhr. Daß die berühmte parlamentarische Halbe anährend zu ihrem Recht kam, versteht sich. Nun aber wäre alles schön gewesen, wenn das Programm, das aus 13 Nummern bestand, sich glatt und prächtig abgewickelt hätte. Damit koperte es aber sehr. Nicht allein, daß immer geraume Zeit verging, bis der Sängerbund sich zum Singen zusammengesunden hatte. Das ist erklärlich daraus, daß die einzelnen Sänger aus verschiedenen Gegenden des Saales, zuweilen sogar von der Gallerie sich nach dem Podium begeben mußten. Allerdings ließe sich auch hier mehr Pünktlichkeit schaffen, wenn bestimmte, günstig gelegene Plätze ausschließlich den Mitwirkenden und selbstverständlich auch deren Damen reserviert würden; eine Anordnung, die kein Verständiger aus dem Publikum der Leistung ablehnen würde. Aber unbegreiflich ist, daß auch das Orchester zwischen seinen einzelnen Vorträgen oft bedenklich lange Pausen machte. Das beeinträchtigt die Empfanglichkeit der Zuhörerschaft in unangenehmer Weise. Ganz selbstverständlich werden in solcher Pause am Tische Gespräche angeknüpft, die auch fortbauern, wenn die Musik bereits wieder begonnen hat, desgleichen wird nach dem Stellen verlangt und so kämpfen genau wie bei den gewöhnlichen Bierkonzerten zwei Gruppen von Geräuschen einander ab. Betrachtet sich die Musik nur als Füllsel, als Gegenstand zum Zeitotzschlagen, so ist gegen das Pauzieren ja nicht viel einzuwenden; will sie aber, wie sie wenigstens in einem Arbeiterkonzert soll, erst genommen sein und auf ihr Publikum bildend und erziehend ein-

wirken, so ist ein Verfahren wie das vom Sonnabend sehr zu beurteilen. Unter dem hier angegebenen Umständen kam es denn auch glücklich dahin, daß die Uhr halbwegs war, als beileibe nicht das ganze Konzert, sondern zwei Drittel davon, neun Klammern, zu Ende waren. Daß eine solche Langsamkeit nicht notwendig zum eigenen Wohlstand von Arbeiter-Konzerten gehören muß, ist zum Glück vielfach durch die That bewiesen worden. Ein Muster präzisier Abwicklung war das kürzlich von der freien Volksbühne veranstaltete Mozarkonzert, obgleich gerade hier die Vereinsleitung mit großen, unvorhergesehenen Hindernissen zu kämpfen hatte; ebenfalls verdiente ein am Totensonntag von einigen dem Arbeiter-Sängerbund angehörigen Vereinen gegebenes Konzert in diesem Punkte Anerkennung. Wir sind überzeugt, daß der Arbeiter-Sängerbund auch in seinen Gesamtveranstaltungen Wandel zum Besseren schaffen wird.

Das Konzert selbst war interessant durch zwei vom Sonderchor des Bundes präzis vorgetragene Kompositionen von M. Weichheim: Georg Herweghs bekanntes Wundestück „Ber und Arbeit“, das kein geringerer als Hans v. Willow zuerst in eine allerdings schwer zu singende Musik gesetzt hat und das später wirkungsvoller von dem Deutschamerikaner Sahn komponiert worden ist, hatte hier eine Melodie empfangen, die zwar die padende, grobdeutliche Leidenschaft vermissen ließ, zu welcher die Herweghschen Worte den Komponisten drängen, deren geschickte Komposition aber dennoch mit gutem Recht den ihr gespendeten Beifall sich zueignen durfte. Weniger glücklich war Heines Gedicht „Die Leube“ in Musik gesetzt. Der Komponist hatte hier eine bedauerliche Gewaltthat begangen. Heine hat in der „Leube“ die Leute, die er meinte, mit Spott begossen und seine Absicht deutlich genug in den Schlüssen des Gedichts zum Ausdruck gebracht:

„Singe nur in dieser Richtung,
Aber halte deine Dichtung
Nur so allgemein wie möglich.“

Diese Worte hat der Komponist einfach kopiert und dann den Torso mit einer Musik umflochten, in welche die Melodie der Parzellaise, wie uns scheint, ohne sonderliche Ueberlegung hineingezwungen worden ist. Abgesehen von der ins Publikum hineingetragenen Verwirrung hat der Komponist sich damit an Mouget de Risle und mehr noch an Heinrich Heine verstoßen.

In **Cassins Panoptikum** ist eine Privatstiftung für drahtlose Telegraphie eingerichtet, wo ein bewährter Sachmann das Wesen dieser neuesten Erfindung demonstriert und dem Verständnis der Besucher in denkbar faßlicher Weise zugänglich macht. Diese Vorführungen finden statt in den Stunden von 11—1 Uhr mittags und von 4—10 Uhr abends.

Soziale Rechtspflege.

Von Pontius zu Pilatus. Ein in mehrfacher Beziehung interessanter Prozeß hat jetzt vor dem Gewerbegericht seine vorläufige Erledigung gefunden, nachdem ein eigenartiges Schicksal die Sache bereits vor das Kammergericht gebracht hatte. Der Kläger A. war seiner Zeit bei der Firma Stiefler u. Comp. in Arbeit getreten und hatte an den Chef I. M. für ein neues Krankenlakenbuch gezahlt. Als dann das Arbeitsverhältnis gelöst wurde, erhielt er ein Krankenlakenbuch nicht ausgehändigt. Man verwies ihn an die Krankenkasse, bei der das Buch lag. A. machte die Firma dafür haftbar, daß er mangels des Lakenbuchs eine ihm sonst sichere Stellung nicht erhielt, und klagte beim Gewerbegericht auf Schadenersatz. Das Gewerbegericht erklärte sich für unzuständig, weil es sich hier nicht um eine Forderung aus dem Arbeitsverhältnis handelte. Kam klagte A. beim Amtsgericht, aber auch dieses erklärte sich für unzuständig und das Landgericht als Berufungsinstanz bestätigte seine Entscheidung. Daraufhin wurde durch Rechtsanwält Dr. Heinemann das Kammergericht angegangen, ein Verdict zu bestimmen, wo der Kläger sein Recht verfolgen könne. Das Kammergericht folgte seinem Antrage und bestimmte das Gewerbegericht als das zuständige Gericht, indem es u. a. sagte: Auch wenn das Krankenlakenbuch überhaupt nicht in die Hände der Beklagten geraten sei, so entspringe der geltend gemachte Anspruch doch dem kontraktlichen Verhältnis, weil der Kläger behauptet und gerade darauf seinen Anspruch gründet, daß die Beschaffung des Buches von der Kasse eine dem Arbeitgeber durch Gesetz auferlegte und damit eine bei jedem unter Versicherungsverhältnis stehenden Arbeitsverhältnis vorhandene kontraktliche Pflicht des Arbeitgebers sei. Die Sache kam nun wieder an das Gewerbegericht, das sich in vier verschiedenen Sitzungen damit beschäftigte. — Den Beklagten Stiefler, dem Herr Platen vom Holzindustriellen Verband zur Seite stand, fiel es plötzlich ein, daß er Junge mitglied sei. Er erhob jetzt aus diesem Grunde den Einwand der Unzuständigkeit und verlangte Ueberweisung der Sache an das Junge-Schiedsgericht. Alwin Körsten, der Vorstand des Klägers, erklärte es für sehr eigenartig, daß man nach dreiviertel Jahren mit diesem Einwand komme. Herr Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz bemerkte ebenfalls, daß er deshalb dem Arbeitgeber einen Vorwurf machen müsse. Er hätte schon damals wissen müssen, daß er Junge-Mitglied sei. Herr v. Schulz zeigte sich sofort geneigt, die Sache wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts und Zuständigkeit des Junge-Schiedsgerichts diesem zu überweisen. A. Körsten beschloß aber die Mitgliedschaft des Herrn Stiefler, und machte in den späteren Terminen, als diese feststand, folgendes geltend: Herr Stiefler gehöre allerdings der Junge, an der Klage habe aber lediglich die offene Handelsgesellschaft G. H. A. Stiefler und Compagnie verlagert, nicht auch die einzelnen Inhaber Stiefler und Wisse, und offene Handelsgesellschaften könnten überhaupt nicht Mitglieder von Junge sein. Im letzten Termin erklärte sich dann das Gewerbegericht für zuständig, indem es die Ueberweisung an das Junge-Schiedsgericht ablehnte. Materiell machte A. Körsten zu Gunsten des Klägers geltend: Woedike sage in seinem Kommentar zum Krankenversicherungs-Gesetz, daß nach der jetzigen Fassung des Gesetzes davon ausgegangen werden müsse, daß der Arbeitgeber der Ortskasse gegenüber alleiniger Schuldner an das Ganze sei und daß der versicherte Arbeiter nur dem Arbeitgeber hafte. Daran gehe hervor, daß die Kasse nur dem Arbeitgeber das Krankenbuch auszuhandigen habe und daß dieser andererseits verpflichtet sei, es für den bei ihm beschäftigten Arbeiter zu besorgen. Der Arbeiter habe nicht die Pflicht, sich das durch den Arbeitgeber als Vermittler bezahlte Krankenbuch von der Kasse zu beschaffen. Die Renditen der meisten Ortskassen würden bezugen, daß die Wähler nur den Arbeitgebern, nicht aber den Arbeitern übergeben würden. Seiten Beklagte somit verpflichtet gewesen, das Buch zu beschaffen und es dem Kläger bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses zu geben, so hätten sie für den Schaden, der dem Kläger durch das Fehlen des Buches entstand. Es könne nicht bestritten werden, daß A. dadurch ein Schaden entstanden sei, denn ein (als Junge vorgeschlagener) Arbeitgeber habe ihn wegen Fehlens des Krankenbuchs nicht eingestellt, wie es überhaupt Monz sei im Gewerbe, die Vorlegung des Krankenbuchs zu verlangen, sowie sich jemand zur Arbeit melde. Sei der Betreffende in keiner Kasse, dann werde auf seine Kosten ein Mitgliedsbuch besorgt; sei er aber Mitglied und habe sein Buch nicht zur Verfügung, dann werde er sicher nicht in Arbeit genommen. In den meisten Einigungs-Verträgen sei sogar ausdrücklich bestimmt, daß Orts-Kassenbücher beim Arbeitgeber aufgehoben würden. — Der Vorstand des Gewerks, Herr Platen, bestritt in längeren Ausführungen jede Verpflichtung. — Der Gerichtshof gab dem Antrage des Klägers statt und verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung einer Entschädigung und aller inzwischen entstandenen Kosten, insgesamt zu 123,79 M. Das Objekt ist verurteilungsfähig.

Gerichts-Beitrag.

Der Leutnant der Landwehr v. Langen, Verwalter der Quelle Fürstendamm, W. m. v. H. zu Westend, stand gestern wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges vor

dem Schöffengericht zu Charlottenburg. Anfangs Juli d. J. forderten die Arbeiter genannter Gesellschaft die Entlassung des Inspektors Mädel. Dieser Herr sollte sich gegen ein dort beschäftigtes Mädchen schwer vergangen haben. Da trotzdem die Entlassung des M. nicht erfolgte, nahmen die Arbeiter ihre Entlassung, nachdem ihnen erklärt worden war, daß sie aufhören könnten. Einige der auf diese Weise außer Arbeit gekommenen Männer hatten ihre Wohnung auf dem Grundstück der Gesellschaft Fürstendamm 110 und mußten, da zwei Tage (1) Kündigungsfrist bestand, für diese zwei Tage den Abzug von 2 M. für „Miete“ sich gefallen lassen. Noch vor Ablauf dieser Zeit begannen die Arbeiter ihre bis dahin innegehabten Wohnungen zu räumen. Die Gesellschaft resp. der Verwalter v. Langen glaubte hieraus, das heißt aus dem nochmaligen Eindringen in das Gehöge der Gesellschaft, einen Hausfriedensbruch herleiten zu dürfen; die deshalb angeklagten Arbeiter wurden aber freigesprochen.

Wegen seines mehr als sonderbaren Verhaltens bei dem Umzuge dieser Arbeiter stand gestern der Leutnant a. D. vor Gericht. In der Verhandlung wurde folgendes festgestellt: Nachdem der Angeklagte den Umzug tagsüber gebuhlet hatte, forderte er den Auswärtigen Franke, welcher noch einiges Gerät fortzuschaffen hatte, auf, sofort das Grundstück zu verlassen. Franke ging, nicht ohne zuvor gegen L's Verhalten protestiert zu haben. Der Angeklagte, „gereizt“ durch den Widerspruch, rannte zurück, holte sich zur „Abwehr“ des völlig Unbewaffneten einen Säbel und begann ohne weiteres auf Franke einzuschlagen. F. setzte sich jetzt zur Wehr und hielt die Waffe des Angeklagten fest, bis der jetzt noch bei der Gesellschaft angestellte Kutsher Werner dem Unternehmer zu Hilfe kam.

Der Angeklagte versuchte die Sache so darzustellen, als ob er sich in Notwehr befunden habe. Seine Angaben wurden jedoch selbst durch seinen Entlohnungszeugen Werner in jedem Punkte widerlegt.

Das Gericht verurteilte den v. Langen nach dem Antrage des Staatsanwalts zu der niedrigen Geldstrafe von zwanzig Mark eventuell vier Tagen Gefängnis.

Es giebt eben in Preußen-Deutschland noch milde Richter.

Ein trauriges Bild bot die Verhandlung, mit der gestern die letzte diesjährige Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Quib begann. Der Arbeiter Friedrich Dreher war der schweren Körperverletzung mit tödlichem Ausgang beschuldigt. Der 42 Jahre alte Angeklagte, der acht Kinder zu ernähren hat, von denen das älteste soeben eingetretet wurde, erkrankte sich des besten Leumunds. Er hatte im Quergebäude des Grundstücks Gdeltzer Ufer 6 eine kleine Wohnung inne. Ueber ihm wohnte der Arbeiter Schulz mit seiner aus 5 Köpfen bestehenden Familie. Schulz arbeitete wegen andauernder Kränklichkeit seit dem Herbst vorigen Jahres nicht mehr. Seit dieser Zeit war er auf seine Invalidenrente von monatlich 15 M. angewiesen. Trotz seines körperlichen Zustandes sprach er häufig in übertriebenem Maße der Klage an, und dann war seine Ehefrau den ärgsten Mißhandlungen ausgesetzt. Ein schlimmer Tag war es immer, wenn Schulz am ersten des Monats seine Rente holte. Einen Teil des Geldes vertrat er sofort, den Rest behielt er ebenfalls für sich und überließ es seiner Ehefrau, für den Unterhalt seiner Familie aufzukommen. Dies wiederholte sich auch am 1. August d. J. Frau Schulz hatte ihren Mann zur Kasse begleitet, um zu verhindern, daß er nach Abhebung des Geldes sofort einkehrte. Es gelang ihr dies nur teilweise. In Hause angekommen, kam es zwischen dem Ehepaar wieder zu einem wüsten Antritt. Der Angeklagte, der während der Mittagspause eine Stunde der Ruhe pflegen wollte, wurde durch beständigen Lärm über ihm aus dem Schlafe geweckt. Er hörte Hilferufe der Frau Schulz und eilte hinaus, um der Bedrängten beizustehen. Als er vor der Schulzischen Wohnung angelangt war, traf er mit dem ebenfalls im Hause wohnenden Instrumentenmacher Stengel zusammen, der ihm erzählte, daß auch er durch die Hilferufe veranlaßt herbeigekommen wäre. Er habe Schulz auf seiner Ehefrau liegend und dieselbe mißhandelnd angetroffen und ihn von seinem Olyer heruntergerissen. Dann habe Schulz ihm die Thür gewiesen. Als jetzt wieder Hilferufe ertönten, drang der Angeklagte in die Schulzische Wohnung. Er traf das Ehepaar in derselben Situation wie seitens Stengels geschildert war. Schulz kniete auf seiner Ehefrau, hatte sie mit der Linken am Halbe gepackt und verjagte ihr mit der Rechten Schläge ins Gesicht. Der Angeklagte verurteilte den Schulz herunterzureißen und als ihm dies nicht gelang, verjagte er ihm eine ganze Anzahl wuchtiger Olyere. Nun sprang Schulz auf. Als der Angeklagte fortstürzte, auf ihn einzuschlagen, sprang die Ehefrau Schulz dazwischen und rief dem Angeklagten zu: „Nun hören Sie auf, er hat genug!“ Dreher wandte sich um der Thüre zu, ergriff aber plötzlich einen an der Wand stehenden Jagdschuh und führte damit einen Schlag gegen den Kopf des hinter ihm stehenden Schulz. Der Betroffene stürzte zu Boden. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, brachte seine Ehefrau ihn nach dem Krankenhaus Friedrichshain, wo er noch an demselben Tage verstorben ist. So schilderten die Witwe Schulz und ihre 11jährige Tochter den Vorgang. Der Angeklagte behauptete dagegen, daß er sich im Zustande der Notwehr befunden habe. Schulz sei es gewesen, der zuerst den Jagdschuh ergriffen habe, um ihm damit einen Schlag zu verfehlen. Er habe ihm aber den Stuhl entzogen und ihn damit gegen den Kopf geschlagen.

Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Angeklagte Mißgefahl verdiene, er müsse aber doch bestraft werden; der Verteidiger plädierte dagegen auf Verneinung der Schuldfragen.

Nach kurzer Beratung lautete der Spruch der Geschworenen auf nicht schuldig, worauf der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Ein Nachspiel zum Kautzer Prozeß beschäftigte gestern die siebente Strafkammer am Landgericht I. Wegen Verleumdung des Ersten Staatsanwalts Schweigger in Konig hatte sich der hiesige Rechtsanwalt Sonnenfeld zu verantworten. Der Angeklagte war seiner Zeit bei der Verhandlung gegen Moritz Levy wegen Meineides in Gemeinschaft mit dem Rechtsanwalt Appelbaum der Verteidiger. Er hatte, wie er auf Befragen des Vorsitzenden angibt, eine Vollmacht von Levy und war diesem gestellt worden von verschiedenen Vereinigungen jüdischer Mitglieder aus Berlin, die dieses Strafverfahren als eine gemeinsame Angelegenheit aller Juden betrachteten. Nach seiner Verleumdung hatte der Verteidiger Appelbaum dem Ersten Staatsanwalt Schweigger mitgeteilt, daß er auch die Ermordung des Winter und die dabei in Frage kommenden Verhältnisse in Anregung bringen wolle. Der Erste Staatsanwalt habe erklärt, daß er sich dagegen sträuben werde. Der Mitverteidiger habe dann mit ihm (dem Angeklagten) gesprochen und es sei mit dem Ersten Staatsanwalt Schweigger vereinbart worden, daß die Affaire Winter nicht in Verührung gebracht werden solle, der Verteidigung aber die Unterfrage gestattet werden müsse, ob Levy den ihm zum Vorwurf gemachten Meineid aus Furcht vor einer Strafverfolgung geleistet habe. Es kam darüber zu einer rechtlichen Differenz zwischen dem Ersten Staatsanwalt und der Verteidigung, die Unterfrage wurde aber gestellt.

In einer Versammlung des Humanitätsvereins, die hier in Berlin am 20. Juni d. J. abgehalten wurde, hat Dr. Sonnenfeld dann über die Koniger Vorgänge und besonders über den Prozeß gegen Moritz Levy referiert. Er hat dann die Beweisnahme geschildert und damit geschlossen, daß nach seiner vollen Ueberzeugung Moritz Levy unschuldig sei. Um nun zu erklären, wieso denn Levy doch verurteilt werden konnte, habe er hinzugefügt: In der That habe die ganze öffentliche Meinung zu Gunsten Levys geschwankt, bis der Erste Staatsanwalt mit besonderer Betonung die allgemeine Verdächtigung gegen Levy schleuderte. Dieser Verdacht sei bis dahin von der Behörde immer bekämpft gewesen und nun sei ein Vertreter der Anklagebehörde gekommen und habe einen allgemeinen Verdacht ausgesprochen. Daraus habe sich

die Verurteilung des Moritz Levy ergeben, denn wenn Moritz Levy an der Ermordung des Winter beteiligt gewesen wäre, müßte er ihn doch gekannt und deshalb einen Meineid geschworen haben. Er habe der Versammlung schließlich gesagt, daß er diese allgemeine Verdächtigung als illegal bezeichnet und der Erste Staatsanwalt in der Verhandlung einen Einwand gegen diesen Vorwurf nicht weiter erhoben habe.

In dem Vorwurfe der Illegalität erblickte Staatsanwalt Schweigger eine Verleumdung und stellte Strafantrag. Es wurden zu geistiger Verhandlung 17 Jengen geladen, darunter der Landgerichts-Direktor Schweidewitz, der Erste Staatsanwalt Schweigger, die Landrichter Schröder und Rieckow, der Rechtsanwält Appelbaum aus Konig.

Die Verteidigung wurde vom Justizrat Munde geführt. In der Beweisnahme schilderte Rechtsanwalt Appelbaum die Vorgänge genau im Sinne des Angeklagten. Landrichter Schröder, Konig und Landgerichtsdirektor Schweidewitz hingegen waren beide der Ansicht, daß der Rechtsanwalt Appelbaum die Aeußerung des Ersten Staatsanwalts falsch interpretiert und der Staatsanwalt Schweigger beim Ausspruch der in Betracht kommenden Aeußerung über Levy korrekter gehandelt habe. Nach langer Verhandlung besetzte der Gerichtshof den Angeklagten mit 300 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 1000 M. beantragt.

Das Urteil wurde wie folgt begründet: Der Gerichtshof sei überzeugt, daß der Erste Staatsanwalt Schweigger durch seine sachlich gehaltene Erwiderung den Vorwurf der Illegalität habe zurückgewiesen wollen und auch zurückgewiesen habe. In der hiesigen Versammlung handele es sich nicht um einen Rechenschaftsbericht des Angeklagten seinen Auftraggebern gegenüber, auch die Hofische, daß er als Jude über die Koniger Verhältnisse gesprochen, könne ihm nicht den Schuß des § 193 gewähren. Indem er den Vorwurf erhob, daß „illegal“ gehandelt und der Vorwurf der Illegalität nicht zurückgewiesen worden sei, habe er unzutreffende Thatsachen behauptet, durch die er den Ersten Staatsanwalt Schweigger in der öffentlichen Achtung herabwürdigte.

Wegen unwahrer Angaben bei der Erhebung von Zeugen-gebühren hatte sich am Sonnabend vor der Potsdamer Strafkammer die Frau des Malers Spoda aus Kowawes zu verantworten, welche bereits vom Schöffengericht dieserhalb wegen Betruges zu 3 M. Geldstrafe eventuell 1 Tag Gefängnis verurteilt war. Es lag nun der seltene Fall vor, daß der Staatsanwalt selber zu Gunsten der Angeklagten die Berufung eingeleitet hatte, weil sich nachträglich herausgestellt hatte, daß der Fiskus gar nicht durch die falsche Angabe der Angeklagten geschädigt war. Dieselbe hatte nämlich, als sie am 19. Juli cr. in der Potsdamer Gerichtskasse Zeugengebühren erhob, erklärt, sie sei von Kowawes-Remenbors mit der Eisenbahn gefahren und deshalb dafür 20 Pf. erhalten, während sie tatsächlich den Weg nach Potsdam zu Fuß gemacht hatte. Es hat sich nun ergeben, daß sie, wenn sie die Wahrheit gesagt hätte, für diesen Fußweg anstatt 20 Pf. 30 Pf. vergütet erhalten hätte, mithin der Fiskus um 10 Pf. besser fortgekommen ist. Die Angeklagte wurde deshalb freigesprochen.

In Leipzig hat gestern vor der Strafkammer die auf mehrere Tage angelegte Verhandlung gegen die Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Volkammeret-Aktiengesellschaft begonnen.

Verfassungen.

Ueber 2000 Berliner Polen vereinten sich am Sonntag zu einer Protestkundgebung gegen das Urteil im Breschener Schulkraut-Prozeß. Der Vorsitzende Redacteur Wrobel betonte einleitend, daß der Breschener Fall einen Markstein in der Geschichte des polnischen Volkes bedeute, weil er allen Polen ohne Unterschied des Standes, der Partei, sowie der Staatszugehörigkeit Gelegenheit geboten habe, ihre Solidarität gegenüber den Unterdrückten des Polenrechts zu bekunden. Der Referent, Buchdruckermeister Janiszewski, schilderte eingehend die Breschener Vorgänge und die sich daraus ergebende Protestbewegung. Die gewaltsame Germanisation werde nur den polnischen Widerstand verschärfen und keineswegs den von der preussischen Regierung und den Salafisten gewünschten Erfolg haben. Bedauerlich sei es, daß die polnische Reichstagsfraktion so wenig Verständnis für das empörte polnische Nationalgefühl gezeigt habe. Wochenlang habe sie mit ihrer Interpellation gezögert und diese endlich, als sie sich, von der Presse und den Wählern gedrängt, dazu entschließen mußte, in einer Form eingebracht, deren sich jeder echte Pole schämen müsse. Nicht um die Schädigung des deutschen Ansehens brauchen sich die Interpellanten zu kümmern, sondern um die Verfolgung des polnischen Volkes, das sie vertreten. Sensation erregte die Mitteilung des Redners, daß polnisch-russische, mit russischem Geld bezahlte Emissäre die Erregung des polnischen Volkes in Preußen bezweckten, um für Rußland Stimmung zu machen. Die russophile Propaganda werde planmäßig von Petersburg aus betrieben. (Hört! hört!) In der Debatte, die sich sehr erregt gestaltete, wurden die polnischen Abgeordneten als „feste Streber“, „Leistretter“ und „feige Hühner“ bezeichnet, die nicht wert wären, daß ihnen auch nur eine polnische Stimme zugefallen sei. Allgemein wurde erklärt, daß es Pflicht aller Polen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung sei, sich mit allen Mitteln der Germanisation entgegenzustellen, keine Ehen mit Deutschen schließen, die Kinder politisch zu erziehen und an der Idee des einzigen, unteilbaren Polens festzuhalten. Einstimmig wurde folgende Resolution zur Annahme: „Die am 8. d. Mts. verammelten Polen Berlins sprechen den Opfern des Breschener Prozeßes ihr herzlichstes Mitgefahl aus und fordern alle Landsleute zu Geldsammlungen für deren Unterstützung auf. Sie geben ihrer großen Gemüthsregung über die allgemeine Solidarität aller Polen, diesseits und jenseits der Grenzen, Ausdruck und protestieren energisch gegen die systematische Unterdrückung der polnischen Nationalität durch die preussische Regierung, gegen die Entziehung der elementaren Rechte auf den Gebrauch der Muttersprache in der Schule, besonders beim Religionsunterricht, gegen die Christianisierung polnischer Vereine und Zeitungen und fordern alle Rechte, auf die ein Kulturvolk Anspruch hat. Endlich sprechen sie der polnischen Reichstagsfraktion ihre Enttäuschung darüber aus, daß sie bis jetzt mit ihrer Interpellation gewartet und diese in einer Weise formuliert hat, welche des polnischen Namens unwürdig ist.“ Der Ueberblick der Zellerammlung wurde den Opfern des Breschener Prozeßes überwiehen. Da auf Anordnung der Polizei die Frauen vor Beginn der Verhandlung den Saal verlassen mußten, soll demnach eine besondere öffentliche Polinnenversammlung zwecks Stellungnahme zum Breschener Fall eibernen werden.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin). Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16: Versammlung. Tagesordnung: Wiederholte Resultat des Ganges der am 12. v. M. beschlossenen freiwilligen Beiträge.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branchen-Versammlung der Steilmacher Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstr. 57.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 10. Dezember 1901. Etwas kühler, vielfach heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen oder Graupelschauern und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

M. G. Schwedener. Sie können sich an den Waisenzug Ihres Bruders und an die Armenverwaltung (Dammhagen-Gebäude) wenden. — **Wraiser, Gdchestr**. Wenden Sie sich an einen Klempner oder an einen Vergolder. — **G. v. Z. 1 u. 2. S. 3. 100. N. 2. 1900. Warner**. Ja — 50007. 1. Es genügt eine schriftliche, erst genannte Anforderung. 2. Nein. 3. So lange Ihre Frau gegen Ihren Willen ohne Grund von Ihnen getrennt lebt, sind Sie in Ihrer Alimentation nicht verpflichtet. Ihre Pflicht, für Ihr Kind zu sorgen, bleibt bestehen. — **N. W. 30**. Sie können nur im Wege der Güte etwas erreichen. Mit einer Klage würden Sie und der Wit nicht durchbringen. — **Grüder**. Leider würde Ihre Sache mit einer Klage schwerlich durchbringen. Tragen Sie den Fall Ihrer Gewerkschaft vor. — **W. G. Schwedener**. Am 1. Oktober 1890. — **B. III. Ja**.